



Rheinland-Pfalz


Statistische Monatshefte

Statistik
nutzen

05 | 2005



Statistisches Landesamt



Fotonachweis

Titelfoto: Achim Steinhäuser.

Die Kurstadt Bad Ems ist in diesem Jahr Gastgeberstadt des Rheinland-Pfalz-Tages (10. bis 12 Juni). Mit Heilbädern in Rheinland-Pfalz sowie Kur und Reha beschäftigen sich Beiträge in diesem Heft.

Autorenfotos: Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

Inhalt

kurz + aktuell	253
Fremdenverkehr in den rheinland-pfälzischen Heilbädern Rückblick und aktuelle Lage	260
Vorsorge und Rehabilitation in Rheinland-Pfalz	273
Das Risiko, ein Pflegefall zu werden	284
Daten zur Konjunktur	289
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	311
Neuerscheinungen	321

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50-100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

4 647 Schwangerschaften vorzeitig beendet

Rheinland-Pfalz weist niedrigste Abbruchquote unter den Bundesländern auf

Im vergangenen Jahr entschieden sich 4 647 Frauen mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz ihre Schwangerschaft vorzeitig zu beenden. Mit zwölf Schwangerschaftsabbrüchen je 100 potenzielle Geburten wies Rheinland-Pfalz die geringste Abbruchquote aller Bundesländer auf. Im Bundesdurchschnitt wurden 15,4 Abbrüche je 100 potenziell Geborene gezählt.

In mehr als 97% der Fälle wurde die Schwangerschaft ohne Indikation auf Grundlage der Beratungsregelung beendet. In diesen Fällen konnte die Schwangere dem Arzt durch eine Bescheinigung nachweisen, dass sie sich mindestens drei Tage vor dem

Eingriff in einer anerkannten Stelle hatte beraten lassen. Die übrigen Frauen beendeten ihre Schwangerschaft aufgrund medizinischer (116) bzw. kriminologischer (4) Indikation.

Eine quantitative Einschätzung lässt sich vornehmen, indem die Zahl der Frauen mit Schwangerschaftsabbruch auf die geschätzte Zahl der schwangeren Frauen insgesamt bezogen wird. In diesen Quoten – die sich auch altersspezifisch differenzieren lassen – zeigt sich, dass Jüngere und Ältere ihre Schwangerschaft deutlich häufiger vorzeitig beenden ließen als Frauen im mittleren Alter. Von den Schwangeren, die jünger als 15 Jahre waren, ließen rund 86% die Schwangerschaft abbrechen. Bei den 15- bis 17-Jährigen betrug die Abbruchquote 39%. Ähnlich hoch war sie bei den über 45-Jährigen (40%). Dem geringsten Abbruchdruck unterlagen 30- bis 34-Jährige mit einer Quote von rund 7%.

Unter den Bundesländern wies Rheinland-Pfalz im Hinblick auf Schwangerschaftsabbrüche die höchste „Auspendlerrate“ auf. Lediglich 77% der betroffenen Frauen ließen den Eingriff in rheinland-pfälzischen Arztpraxen bzw. Krankenhäusern durchführen. Die Übrigen wandten sich an Gynäkologen in den anderen Bundesländern.

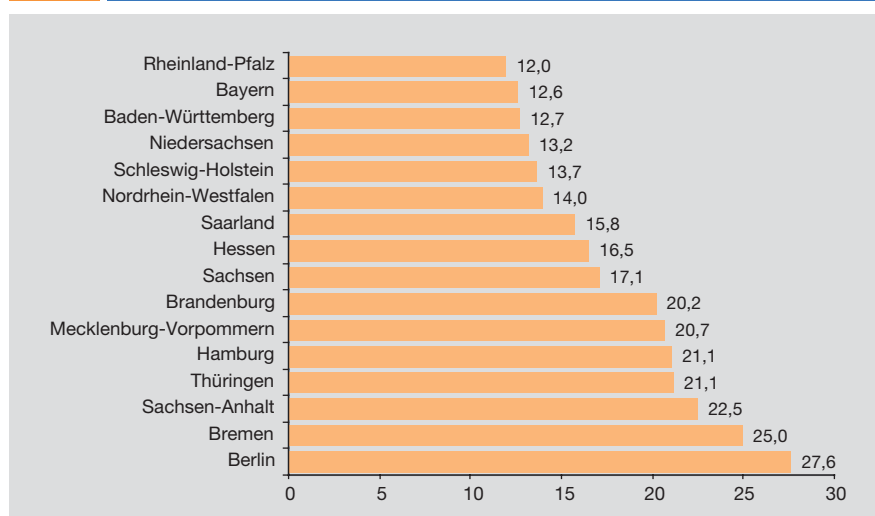
Das Kreuz mit dem Kreuz:

Mehr als 20 000 Patientinnen und Patienten wurden 2003 wegen Rückenleiden stationär versorgt

In rheinland-pfälzischen Krankenhäusern wurden im Jahr 2003 mehr als 20 000 Patientinnen und Patienten vollstationär wegen Rückenleiden behandelt. Dies waren 2,4% der insgesamt in Krankenhäusern versorgten Patientinnen und Patienten. Offensichtlich leiden Männer wie Frauen annähernd gleichermaßen unter Krankheiten, die medizinisch als Dorsopathien bezeichnet werden und Knochen, Gelenke, Bindegewebe, Muskeln und Nerven des Rückens betreffen können. Im Durchschnitt verbrachten die stationär Behandelten knapp 10,5 Tage im Krankenhaus. Damit lag die durchschnittliche Verweildauer bei diesem Patientenkreis rund zwei Tage über dem Gesamtdurchschnitt aller stationär versorgten Kranken.

Auch in rheinland-pfälzischen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

Schwangerschaftsabbrüche 2004 je 100 potenzielle Geburten nach Bundesländern



wurden zahlreiche Patientinnen und Patienten wegen Rückenleiden behandelt. Wie aus der Diagnosestatistik hervorgeht, die 2003 erstmals an Vorsorge- und Reha-Einrichtungen mit mehr als 100 Betten erhoben wurde, belief sich die Zahl der Dorsopathie-Patientinnen und -Patienten auf über 10 000. Sie stellten damit gut 15% der in Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen Betreuten. Die durchschnittliche Behandlungsdauer lag hier bei knapp 24 Tagen.

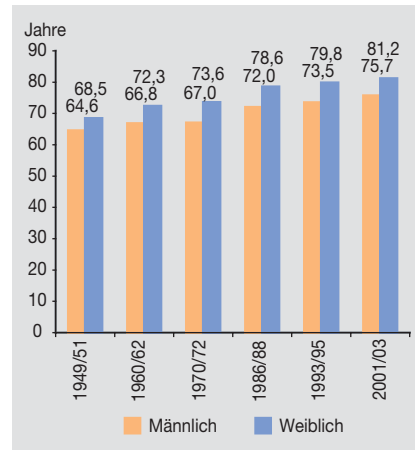
Im Jahr 2002 wurden nach den Ergebnissen der Krankheitskostenrechnung des Statistischen Bundesamtes bundesweit rund 8,4 Mrd. Euro zur Behandlung von Dorsopathien aufgewendet, das waren rund 100 Euro je Einwohner. Von dieser Gesamtsumme entfielen 2,9 Mrd. Euro auf stationäre und teilstationäre Behandlungsmaßnahmen, und zwar jeweils gut 1,4 Mrd. Euro auf Krankenhäuser bzw. Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen.

Lebenserwartung in Rheinland-Pfalz gestiegen – neue Sterbetafel

Die Lebenserwartung der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer hat sich weiter erhöht. Die Lebenserwartung eines neugeborenen Mädchens beträgt nunmehr 81,2 Jahre und die eines neugeborenen Jungen 75,7 Jahre.

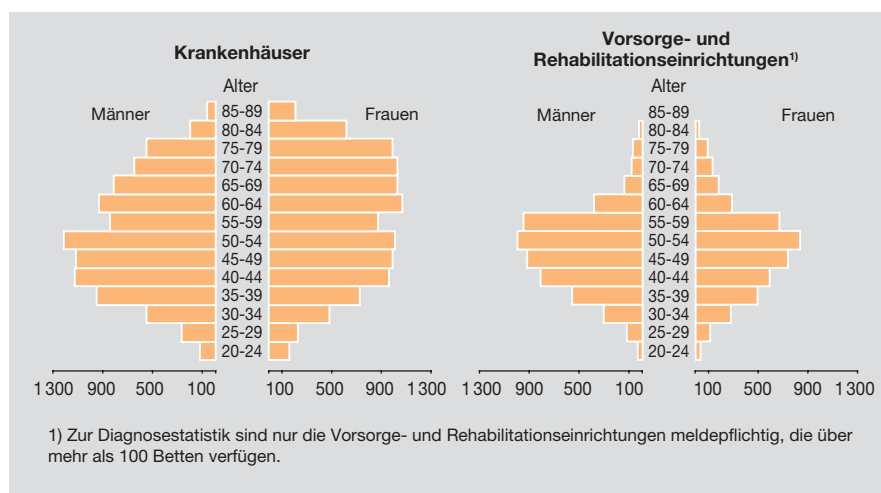
Der langfristige Trend einer zunehmenden Lebenserwartung hat sich damit fortgesetzt. Anfang der 1950er-Jahre lag die Lebenserwartung bei der Geburt für das weibliche Geschlecht noch bei weniger als 69 Jahren, zu Beginn der 1970er-Jahre aber schon bei 74 Jahren. Die Lebenserwartung eines Jungen ist stets deutlich niedriger gewesen. So hatte ein Neugeborener zu Beginn der 1950er-Jahre im Durchschnitt nur 65 Lebensjahre zu erwarten, in den frühen 1970er-Jahren waren es 67 Jahre.

Lebenserwartung bei der Geburt 1949/51-2001/03



Ausschlaggebend für die positive Entwicklung ist in erster Linie der Rückgang der früher hohen Säuglings- und Kindersterblichkeit. Aber auch im höheren Alter hat sich die Lebenserwartung in den zurückliegenden Jahrzehnten deutlich erhöht. So kann sich ein Mann, der heute mit 65 Jahren aus dem Erwerbsleben ausscheidet, noch auf durchschnittlich fast 16 Jahre im Ruhestand freuen, bei einer Frau in diesem Alter sind es sogar mehr als 19 Jahre. Gegenüber 1970 sind dies bei den Männern vier und bei den Frauen fünf Jahre mehr. Bei allen Angaben handelt es sich um Durchschnittswerte.

In rheinland-pfälzischen Einrichtungen wegen Dorsopathien behandelte 20- bis 89-Jährige nach Alter und Geschlecht

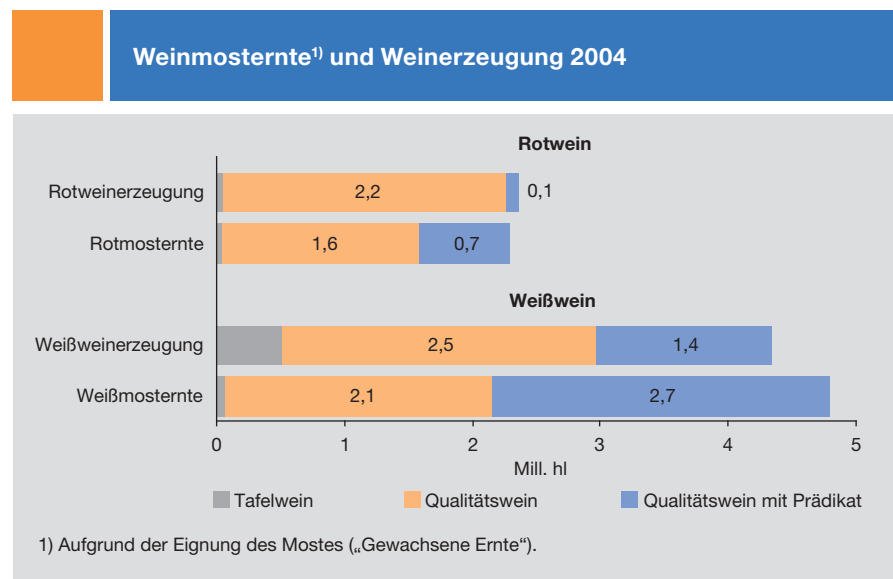


Sterbetafeln werden in Rheinland-Pfalz alle zwei Jahre neu berechnet. Sie beruhen jeweils auf der Entwicklung der Zahl der Gestorbenen und der Bevölkerung im Durchschnitt von drei Jahren.

2004er: Sieben von zehn Flaschen sind Qualitätsweine ohne Prädikat

Die rheinland-pfälzischen Weinerzeuger kehrten 2004 zur Normalität zurück. Nach dem mengenmäßig geringen, aber qualitativ hochwertigen Ausnahmejahrgang 2003 wurde im vergangenen Jahr aus einer durchschnittlichen Erntemenge überwiegend Qualitätswein erzeugt. Fast 70% der 6,7 Mill. hl (2003: 49% von 5,6 Mill. hl), das sind zwei Drittel der deutschen Weinerzeugung, entfallen auf diese Qualitätsstufe. Die mit Prädikaten wie „Kabinett“, „Spätlese“, „Auslese“ usw. versehenen Weine (Qualitätsweine mit Prädikat) kommen dagegen nur noch auf 22% (Vorjahr: 46%). Die Tafelweine machen 8,5% der gesamten in Rheinland-Pfalz 2004 erzeugten Menge aus.

Die Produktion von Rotweinen (2,4 Mill. hl) hat einen neuen Höchststand erreicht: Mittlerweile ist in jeder dritten von den Erzeugern und Kellereien abgefüllten Flasche Rotwein enthalten – vor fünf Jahren war es erst jede sechste. Dabei ist der Anteil der Qualitätsweine ohne Prädikat mit 94% extrem hoch, das höherwertige Segment ab Kabinett aufwärts (4,1%) und der Tafelweinbereich (2,4%) sind hingegen mengenmäßig



fast bedeutungslos. Das Spektrum in der Weißweinerzeugung (4,3 Mill. hl) ist dagegen breiter: 57% „einfachen“ Qualitätsweinen stehen immerhin 31% Qualitätsweine mit Prädikat und 12% Tafelweine gegenüber.

Viele Erzeuger – das zeigt der Vergleich der Qualitätsstufen aus der Weinmosternte und der Weinerzeugung – werden auch mit dem 2004er Jahrgang ihr Weinangebot an die Nachfrage auf dem Weinmarkt anpassen. Indem sie als Qualitätswein mit Prädikat geeignete Moste als „Qualitätswein“ und für Qualitätswein geeignete Moste als „Tafelwein“ ausbauen, werten sie die so etikettierte Flasche inhaltlich auf. So sind beispielsweise beim Rotwein die Chancen für den Konsumenten, beim Trinken eines 2004er Qualitätsweins eigentlich einen Prädikatswein im Glas zu haben, besonders hoch. Insgesamt dürften etwa 1,4 Mill. hl von diesem verbraucherfreundlichen Verdrängungseffekt betroffen sein.

Die Zahlen zur Weinerzeugung wer-

den sekundärstatistisch aus der bei der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz geführten EU-Weinbaukartei ausgewertet. Die Daten zur Weinmosternte aufgrund der Meldungen der Berichterstatte des statistischen Landesamtes liegen bereits im Herbst 2004 vor.

Mehr Verkehrsunfälle im Februar, im März wieder weniger Unfallopfer als im Vorjahresmonat

Im Februar 2005 hat es auf den Straßen in Rheinland-Pfalz öfter gekracht als ein Jahr zuvor. Es gab rund 9 200 Unfälle, 800 mehr als im Februar 2004. Dabei verloren 17 Menschen ihr Leben, einer weniger als im gleichen Vorjahresmonat. Die Zahl der Verletzten lag höher als vor einem Jahr.

Im März wurden in Rheinland-Pfalz 21 Menschen bei Unfällen getötet, fünf weniger als im März 2004. Die Zahl der Schwerverletzten lag bei 289, das waren 33 weniger als ein Jahr zuvor. Fast 1 300 Verkehrsteil-

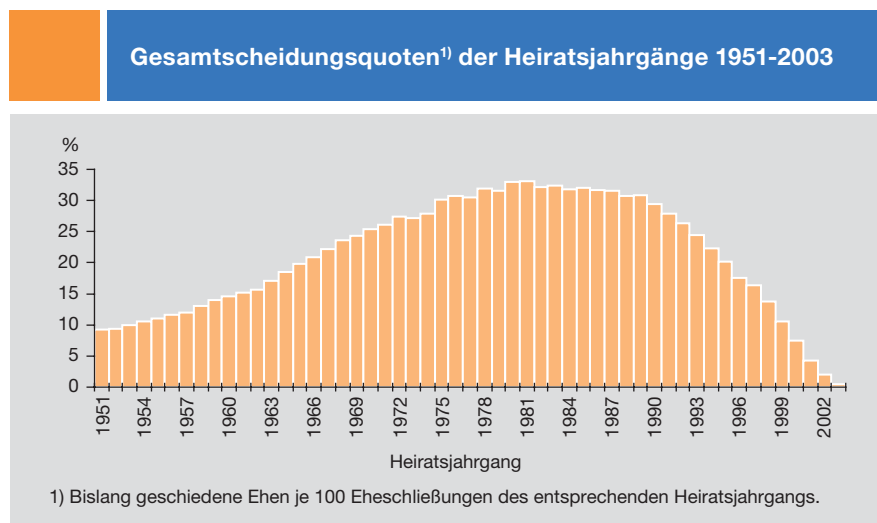
nehmer wurden leicht verletzt (-52). 9 705 Unfälle nahm die Polizei auf, im März des vergangenen Jahres waren es annähernd 9 900.

Insgesamt ist die Unfallbilanz für das erste Quartal 2005 günstiger als im Vorjahr. Die Zahl der Todesopfer lag mit 63 um vier unter der des Vorjahreszeitraums. Schwer verletzt wurden 764 Menschen, 51 weniger als von Januar bis März 2004. Allerdings erhöhte sich die Zahl der Leichtverletzten, und zwar um 150 auf 3 647.

Seit drei Jahren enden jährlich mehr als 11 000 Ehen vor dem Scheidungsrichter

Im vergangenen Jahr wurden vor den rheinland-pfälzischen Familiengerichten annähernd 11 300 Ehen geschieden. Die Scheidungszahlen bewegten sich damit im dritten Jahr in Folge jenseits der 11 000er-Marke. Berücksichtigt man neben den betroffenen Eheleuten die 9 541 Kinder, die hierdurch zu Scheidungswaisen wurden, so waren mehr als 32 100 Familienangehörige unmittelbar von Ehescheidung betroffen.

Ein Vergleich der Eheschließungs- und Scheidungsjahrgänge zeigt eine ausgeprägte Scheidungsbereitschaft auch bei jung verheirateten sowie bei älteren Paaren. Bis Ende 2004 wurde von den 1999 und damit vor fünf Jahren geschlossenen Ehen mehr als jede Zehnte, von den vor zehn Jahren eingegangenen Ehen annähernd jede Vierte geschieden. Von den Paaren, die 1984 und damit



vor rund 20 Jahren vermeintlich den „Bund fürs Leben“ schlossen, wurde bis Ende des vergangenen Jahres schon fast jedes dritte Paar durch den Familienrichter getrennt.

Dass sogar alte Liebe rostet, zeigte sich auch im vergangenen Jahr. So wurden im Jahr 2004 annähernd 1 270 Ehepaare nach mehr als 25-jähriger Ehedauer geschieden, unter ihnen zehn Paare, die über 50 Jahre verheiratet waren und die sich somit erst nach der Goldenen Hochzeit rechtskräftig trennten.

Im Jahr 2004 verunglückten weniger Zweiradfahrer

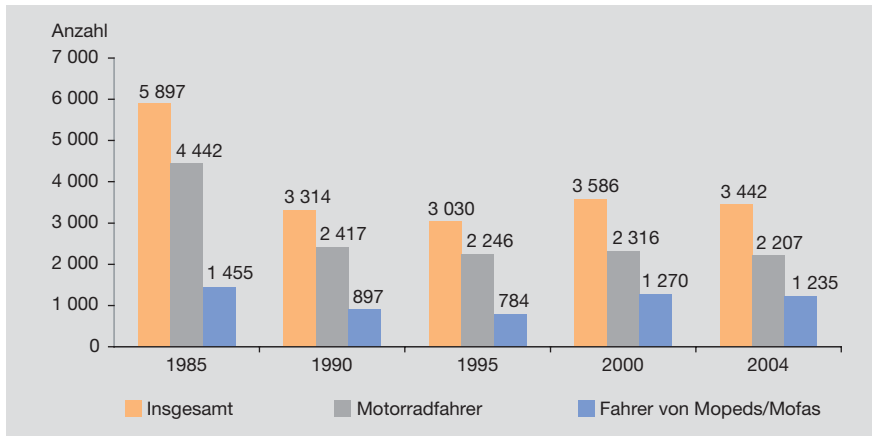
Zahl der Krafträder steigt seit Jahren an

Im Jahr 2004 verunglückten in Rheinland-Pfalz 3 442 motorisierte Zweiradfahrer, das waren 12% weniger als im Vorjahr. 55 Motorradfahrer und acht Benutzer von Mofas oder Mopeds wurden getötet, fast 1 000 Fah-

rer und Mitfahrer motorisierter Zweiräder erlitten schwere Verletzungen. Insgesamt sind in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr 292 Menschen bei Verkehrsunfällen getötet und 4 500 schwer verletzt worden.

Junge Menschen sind als Zweiradfahrer besonders gefährdet. 28% der verunglückten Motorradfahrer waren 15 bis 24 Jahre alt. Zur Altersgruppe der 15- bis 17-Jährigen gehörten 47% aller verunglückten Fahrer und Mitfahrer von Mofas bzw. Mopeds. Die Verkehrsteilnahme und damit die Unfallhäufigkeit von Zweirädern sind stark abhängig von saisonalen Einflüssen. Schlechte Straßen- und Witterungsverhältnisse, wie sie im Winterhalbjahr oft vorliegen, halten viele Zweiradfahrer von den Straßen fern; bei schönem Wetter im Sommerhalbjahr sind sie umso häufiger unterwegs. Während 52% der verunglückten Pkw-Insassen in den Monaten April bis September zu Schaden kamen, betrug der entsprechende Anteil bei Motorradfahrern 79% und

Verunglückte motorisierte Zweiradfahrer 1985-2004



bei den Benutzern von Mofas oder Mopeds 62%. Der unfallträchtigste Monat für Zweiräder war 2004 der Mai, im Januar verunglückten die wenigsten Zweiradbenutzer. Auch der Rückgang der Unfallzahlen muss vor dem Hintergrund des gegenüber dem „Supersommer“ 2003 schlechteren Wetters betrachtet werden.

Die Zahl der Motorradunfälle ist seit einigen Jahren konstant, die Zahl der Getöteten und Verletzten geht leicht zurück, und das trotz einer stetig steigenden Zahl von Motorrädern. Bessere Schutzbekleidung, bauliche Maßnahmen – beispielsweise an Leitplanken – sowie die Verbesserung des Rettungssystems dürften zu dieser Entwicklung beigetragen haben. Dagegen hat es bei den Mofas und Mopeds seit Mitte der 1990er Jahre einen deutlichen Anstieg der Zahl der Unfälle gegeben; die Zahl der verletzten Moped- und Mofanutzer hat sich in diesem Zeitraum ebenfalls erhöht. Diese Entwicklung muss vor dem Hintergrund der Zunahme vor allem

von Rollern und anderen Zweirädern gesehen werden, die keine amtliche Zulassung benötigen.

Die Zahl der Krafträder hat sich in den vergangenen zehn Jahren nahezu verdoppelt. Im Januar 1994 waren gut 111 000 motorisierte Zweiräder zugelassen, im Januar 2004 waren es fast 217 000. Nicht enthalten sind in diesen Zahlen die Zweiräder bis 40 cm³ Hubraum, die nicht amtlich zugelassen werden müssen. Diese Fahrzeuge, für die ein Versicherungskennzeichen ausreicht, werden in der amtlichen Statistik nicht erfasst.

Rheinland-Pfalz ist das Bundesland mit dem größten Waldanteil

Gemeinde Waldleiningen ist am waldreichsten

Waldleiningen im Pfälzerwald ist die am stärksten bewaldete Gemeinde in Rheinland-Pfalz: 95,2% des rund 2 700 ha großen und knapp 450

Einwohner zählenden Dorfes bei Kaiserslautern sind von Wald bedeckt. Die benachbarten Ortschaften Elmstein (ebenfalls 95,2%) und Wilgarts-wiesen (92,8%) rangieren knapp dahinter. Von den zwölf Gemeinden mit Waldanteilen über 90% liegen allein elf im Pfälzerwald – damit wird deutlich, dass es sich bei dem Biosphärenreservat im Süden des Landes noch um ein relativ geschlossenes Waldgebiet handelt. Entsprechend hoch sind auch die Waldanteile der übergeordneten Verwaltungsbezirke in dieser Region. So ist der Landkreis Südwestpfalz mit 62,5% der am stärksten bewaldete Kreis. Gleiches gilt für Kaiserslautern (61,9%) unter den kreisfreien Städten und Lambrecht (91,9%) unter den Verbandsgemeinden des Landes.

Hohe Waldanteile sind auch in Orten der anderen rheinland-pfälzischen Mittelgebirge zu finden: Im Hunsrück sind Langweiler (91,7%) und Allenbach (85,9%), beide unweit des Erbeskopfes gelegen, führend. Die waldreichste Gemeinde des Westerwaldes ist Datzerath bei Neuwied (84,8%). Direkt dahinter folgt mit Kesseling (84,5%) in der Verbandsgemeinde Altenahr die erste Eifelgemeinde. Die Wälder von Braubach am Mittelrhein nehmen mit 76,6% des Stadtgebietes die führende Stellung im rheinland-pfälzischen Teil des Taunus ein.

Der Waldreichtum vieler Kommunen trägt maßgeblich dazu bei, dass Rheinland-Pfalz, was den Waldanteil an seiner Landesfläche angeht, mit 40,8% an der Spitze der Bundes-

länder liegt. Der Bundesdurchschnitt von knapp 30% wird ebenso übertroffen wie das Mittel aus allen 25 Staaten der Europäischen Union, das rund 36% beträgt. Der Staat der Europäischen Union, der der rheinland-pfälzischen Bewaldungsrate am ehesten entspricht, ist die Slowakei.

Die Flächenerhebung schreibt jährlich u.a. die Waldflächen der Gemeinden fort. Grundlage dafür ist der Jahresabschluss des automatisierten Liegenschaftsbuches (ALB). Die rheinland-pfälzischen Zahlen geben den Stand vom 31.12.2003 wieder. Eine Aktualisierung wird voraussichtlich im September 2005 erfolgen.

Im Wintersemester deutlich weniger Gasthörer an Hochschulen

Im Wintersemester 2004/05 besuchten 885 Gasthörerinnen und Gasthörer Lehrveranstaltungen an rheinland-pfälzischen Hochschulen. Das waren 511 Gaststudierende oder knapp 37% weniger als im Vorjahr. Der Hauptgrund für den starken Rückgang liegt – nach Auskunft der Hochschulen – in der Einführung von Studiengebühren, die sich auf bis zu 250 Euro je Semester belaufen können.

Offenbar haben ältere „Bildungshungrige“ die Einführung der Gasthörergebühr eher akzeptiert als die jüngeren. Der Rückgang war in dieser Altersgruppe mit –30% (–238 Personen) deutlich schwächer ausgeprägt als bei den unter 60-Jährigen mit –46%

(–273 Personen). Dadurch stieg der Anteil der Seniorinnen und Senioren unter den Gasthörern um sechs Prozentpunkte auf nunmehr 63% an.

Knapp 43% der Gaststudierenden im Wintersemester 2004/05 waren Frauen. Damit hat sich ihr Anteil an der Gesamtzahl der Gasthörer gegenüber dem Vorjahressemester um drei Prozentpunkte verringert. Zugewonnen hat hingegen auch unter den weiblichen „Wissensdurstigen“ der Anteil der Seniorinnen. Er stieg von 54% im Wintersemester 2003/04 auf jetzt 68%.

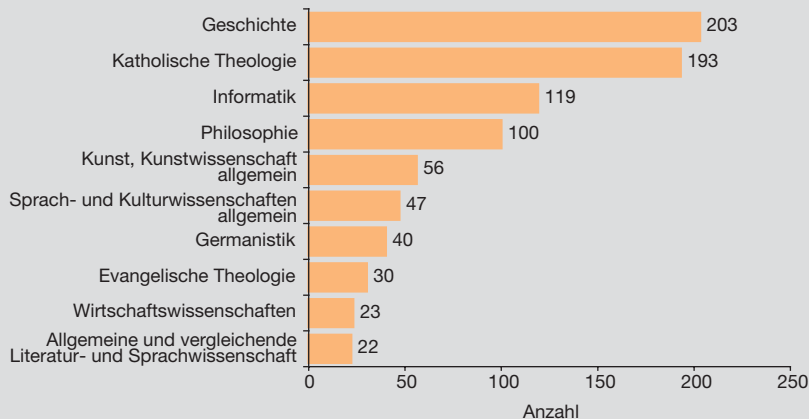
68% der Gasthörerinnen und Gasthörer wählten in einer ersten Fachrichtung Lehrangebote aus den Sprach- und Kulturwissenschaften, knapp 18 Prozent bildeten sich in mathematisch-naturwissenschaftlichen Lehrveranstaltungen fort. Es folgten mit jeweils 6% Belegungen in den Fächergruppen Kunst, Kunstwissenschaft sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

Etliche Gaststudierende immatrikulierten sich in mehreren Fachrichtungen, so dass sich eine Gesamtzahl von 1 094 Belegungen ergibt. Besonders begehrt waren Veranstaltungen in den thematischen Schwerpunkten Geschichte (203), Katholische Theologie (193), Informatik (119) und Philosophie (100).

Die meisten Gaststudierenden (321) waren an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz eingeschrieben. Die Universität Trier (142), die Theologische Fakultät Trier (133) und die Fachhochschule Trier (96) zogen ebenfalls zahlreiche Gasthörerinnen und Gasthörer an.

Gaststudierende dürfen auch ohne allgemeine Hochschulreife Lehrveranstaltungen und Kurse an Hochschulen besuchen, können jedoch keine Prüfungen ablegen. Die Hochschulen bieten im Rahmen der Gasthörer Ausbildung einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlich geforderten „lebenslangen Lernen“.

Die zehn beliebtesten Fachrichtungen von Gasthörerinnen und Gasthörern im Wintersemester 2004/05



Zahl der Neuhabilitationen rückläufig – Frauen holen weiter auf

An den wissenschaftlichen Hochschulen in Rheinland-Pfalz habilitierten sich im vergangenen Jahr insgesamt 66 Personen. Sie erbrachten den Nachweis ihrer wissenschaftlichen Lehrbefähigung und qualifizierten sich damit für eine Berufung zum Hochschullehrer. Die Zahl der Neuhabilitierten sank gegenüber dem Vorjahr um acht und gegenüber 2002 um 16 Personen. Seinerzeit war mit 82 erfolgreich abgeschlossenen Habilitationsverfahren ein historischer Höchststand bei der Ausbildung wissenschaftlichen Lehrpersonals in Rheinland-Pfalz erreicht worden. Eine Ursache für den deutlichen Rückgang dürfte in der Einführung der Juniorprofessur liegen. Mit Etablierung dieses neuen Modells wurde jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ein alternativer Weg in die Professorenlaufbahn eröffnet, der die Habilitation nicht mehr vorsieht.

Mit 23 erfolgreichen Habilitandinnen verzeichneten die Wissenschaftlerinnen den bisher höchsten Stand in der Landesgeschichte. Dagegen lag die Zahl der von Männern abgeschlossenen Habilitationsverfahren deutlich niedriger als im Jahr 2003.

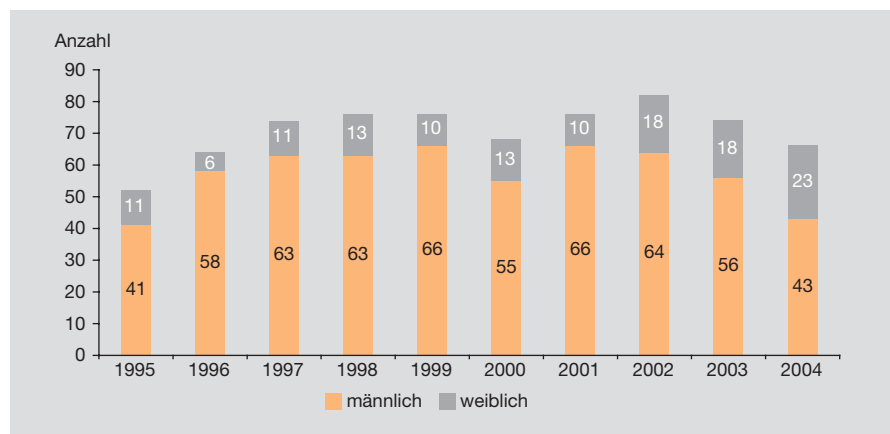
Das Habilitationsalter lag mit 39,5 Jahren etwas niedriger als im Vorjahr. Frauen waren beim Abschluss des Habilitationsverfahrens geringfügig älter als ihre männlichen Kollegen.

Auch 2004 wurden erneut die meisten Neuhabilitationen (22) in Humanmedizin bzw. Gesundheitswissenschaften abgelegt. 21 Absolventen erlangten die akademische Lehrerlaubnis (Venia Legendi) in Fachgebieten der Sprach- und Kulturwissenschaften und zwölf in Fächern der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.

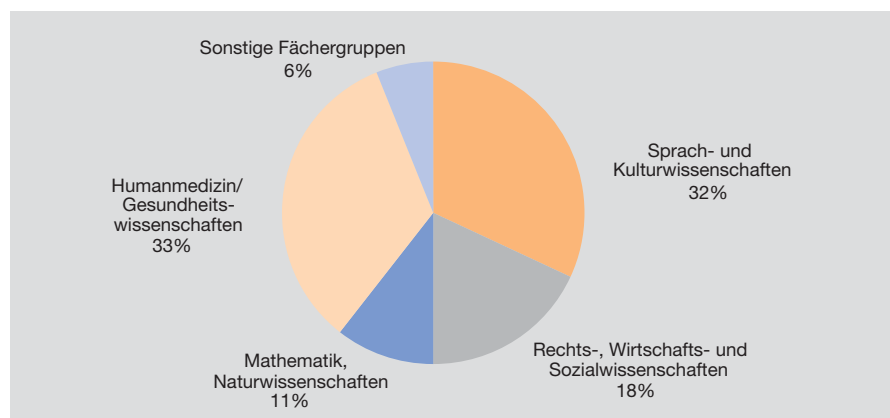
Das Habilitationsverfahren setzt sich in der Regel aus drei Teilleistungen zusammen: einer umfassenden wis-

senchaftlichen Abhandlung (der Habilitationsschrift), einer mündlichen Prüfung (dem Habilitationskolloquium) sowie einer öffentlichen Antrittsvorlesung. Nach erfolgreichem Abschluss des Verfahrens wird die Lehrbefähigung für ein Fachgebiet zuerkannt. Zugleich erwirbt der Kandidat das Recht, den Titel „Privatdozent“ zu führen. Mit dieser Qualifikation können sich die Neuhabilitierten um einen Lehrstuhl an einer Hochschule bewerben.

Neuhabilitierte 1995-2004 nach Geschlecht



Neuhabilitierte 2004 nach Fächergruppen



Fremdenverkehr in den rheinland-pfälzischen Heilbädern

Rückblick und aktuelle Lage

Von Wolfgang Ellermeyer und Peter Lübbers

Die staatlich anerkannten Heilbäder in Rheinland-Pfalz bieten neben klimatischen, landschaftlichen und kulturellen Qualitäten eine ausgezeichnete Infrastruktur für den Urlaubs-, Erholungs-, Sport- und Gesundheitstourismus. Sie haben mit hohem Aufwand die Vielfalt und Qualität der Fremdenverkehrseinrichtungen und ihre Angebote ständig ausgebaut und sich wandelnder Nachfrage, speziell bei den Gesundheits-, Wellness-, Fitness- und Sportangeboten, angepasst. Die Beherbergungsstatistik weist für das Jahr 2004 gut 4 Mill. Übernachtungen in den 21 Heilbädern aus, zu denen auch die heilklimatischen Kurorte und Kneippkurorte zählen. Das waren rund 19% aller touristischen Übernachtungen in Rheinland-Pfalz. Allerdings zeigen sich auch in Rheinland-Pfalz, insbesondere im Jahr 1997 nach In-Kraft-Treten der dritten Stufe der Gesundheitsstrukturreform, die Auswirkungen der Einsparungen im Gesundheitswesen.

Rahmenbedingungen haben sich verschlechtert

Der Fremdenverkehr in den Heilbädern, namentlich in den dortigen Vorsorge- und Rehabilitationskliniken (siehe hierzu auch den Beitrag auf Seite 273 zur Entwicklung der Kapazitäten, Auslastung und medizinischen Ausrichtung dieser Einrichtungen), wird maßgeblich von der Leistungsfähigkeit der Kliniken, wie z. B. angemessener kurärztlicher und pflegerischer Betreuung bei den Anwendungen, bestimmt, aber auch von der Attraktivität der Betriebe des Hotel- und Gaststättengewerbes und der touristischen Anziehungskraft des jeweiligen Kur- und Rehabilitationsstandortes.

Unabhängig davon spielen die gesundheitspolitischen Entscheidungen eine wichtige Rolle. Zu nennen sind hier vor allem das Gesundheitsstrukturgesetz aus dem Jahr 1997 mit einer Reihe von Einschränkungen für Vorsorge- und Rehabilitationskuren, aber auch gesetzliche Regelungen,

die Verbesserungen des Leistungsumfangs mit sich brachten (siehe Kasten).

Im Einzelfall sind die Auswirkungen dieser gesetzlichen Vorgaben nur bedingt statistisch quantifizierbar, da sie oft von anderen Faktoren, beispielsweise der Attraktivität der touristischen Infrastruktur und den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Kommunen, überlagert werden können. So sind große Heilbädergemeinden eher in der Lage, aufgrund ihrer ohnehin vorhandenen breiten Infrastruktur und größerer Potenziale (z. B. gewerblicher Art) alternative Entwicklungskonzepte zu verwirklichen, wohingegen kleinere Bädergemeinden sehr viel stärker gezwungen sind, solche Grundvoraussetzungen für Alternativen erst zu schaffen.

Heilbäder sind Kurorte mit Prädikat

Zur Gemeindegruppe „Heilbäder“ werden die 20 rheinland-pfälzischen Städte und Gemeinden zusammengefasst, die in der

Mineral- und
Moorbäder
überwiegen

Hintergrund

Gesetzliche Regelungen mit Auswirkungen auf Kuren und Reha-Maßnahmen

In Verbindung mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 wurde eine Zuzahlungspflicht für Kuren der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) für maximal 30 Tage je Kalenderjahr eingeführt.

Durch die dritte Stufe des Gesundheitsstrukturgesetzes aus dem Jahr 1997 wurde die Regeldauer bei Kuren von vier auf drei Wochen gekürzt, die mit der ersten Stufe der Gesundheitsreform und mit der zweiten Stufe bereits erhöhte Zuzahlung bei stationären Vorsorge- und Rehabilitationskuren nochmals heraufgesetzt, der Zeitraum bis zur frühestmöglichen Wiederholung der Kur auf vier Jahre verlängert und der Urlaub auf Kuren angerechnet.

Laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine große Anfrage¹⁾ sind durch das GKV-Modernisierungsgesetz (GMG), das zum 1. Januar 2004 in Kraft getreten ist, im Bereich der ambulanten Vorsorge und Rehabilitationsleistungen in anerkannten Kurorten keine Leistungseinschränkungen erfolgt. Danach besteht der Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung unverändert fort, der durch das Gesetz zur Verbesserung des Zuschusses zu ambulanten medizinischen Vorsorgeleistungen zum 1. August 2002 verbessert worden war. Dabei wurde der Höchstzuschuss der Krankenkassen zu den sonstigen Kosten einer Kur (also insbesondere Unterkunft, Verpflegung und Fahrtkosten) von 8 auf 13 Euro täglich angehoben. Ferner wurde die zeitliche Begrenzung auf eine Regeldauer von drei Wochen aufgehoben und das Wiederholungsintervall von vier auf drei Jahre verkürzt.

Fundstellen der genannten Gesetze:

Gesetz zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts (Haushaltsbegleitgesetz 1983) vom 20. Dezember 1982 (BGBl. I S. 1857).

Gesundheitsstrukturreform – 3. Stufe (1997): Gesetz zur Entlastung der Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung (Beitragsentlastungsgesetz – BeitrEntlG) vom 1. November 1996 (BGBl. I S. 1631).

Gesetz zur Verbesserung des Zuschusses zu ambulanten medizinischen Vorsorgeleistungen vom 26. Juli 2002 (BGBl. I S. 2873).

Gesetz zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz – GMG) vom 14. November 2003 (BGBl. I S. 2190).

1) Deutscher Bundestag: Probleme des Tourismus in Deutschland trotz des weltweiten Aufschwungs dieser Zukunftsbranche. Bundestagsdrucksache 15/3287 vom 14. Juni 2004, S. 10 f.

statistischen Abgrenzung als Mineral- und Moorbäder (9), heilklimatische Kurorte (3) und Kneippkurorte (8) entsprechend hoch prädikatisiert sind. Berücksichtigt wird darüber hinaus die Stadt Lahnstein mit ihren Heilquellen-Kurbetrieben, die unter den Mineral- und Moorbädern mit nachgewiesen wird. Niedriger prädikatisierte Kurorte werden anderen Gemeindegruppen, wie z. B. derjenigen der „Luftkurorte“, zugeordnet (siehe hierzu Kasten zur Definition).

Der größte Übernachtungsanteil an den Heilbädern insgesamt entfällt in Rhein-

land-Pfalz auf die Mineral- und Moorbäder (62,9%), gefolgt von den Kneipp-Kurorten (28,3%). Den kleinsten Anteil am hiesigen Aufkommen haben die heilklimatischen Kurorte (8,8%).

Die gemeldeten Gäste- und Übernachtungszahlen umfassen auch die Fremdenverkehrsbetriebe (z. B. Hotels), die außerhalb des Kurgeschehens jedem Touristen ihren Service anbieten. Häufig werden die Angebote an Übernachtungsmöglichkeiten auch von Gästen genutzt, die eine ambulante bzw. so genannte offene Badekur

Touristen und Kurgäste werden in der Statistik nicht getrennt erfasst

durchführen. Eine Trennung zwischen stationären Kurgästen, ambulanten Kurgästen und Touristen ist auf der Basis der Daten aus der amtlichen Statistik nur sehr eingeschränkt möglich.

Vorsorge- und Reha-Kliniken werden als Betriebsart nachgewiesen

Andere Abgrenzung im Vergleich zum Nachweis in der Krankenhausstatistik

Vorsorge- und Reha-Kliniken beherbergen den klassischen, stationären Kurpatienten. Stationäre Kurgäste lassen sich von anderen Kurgästen nur insoweit abgrenzen, als dies aus ihrem Nachweis bei der Betriebs-

art „Vorsorge- und Rehabilitationskliniken“ geschlossen werden muss. Allerdings gehen in die Beherbergungsstatistik unter Umständen auch nicht an einer Kur beteiligte Begleitpersonen mit ein (soweit eine Klinik für solche Gäste ein Übernachtungsangebot hat). Daten über Vorsorge- und Reha-Kliniken werden in verschiedenen Statistiken in unterschiedlicher Abgrenzung und mit unterschiedlicher Zielsetzung erfasst (wirtschaftszweigsystematische Ausrichtung in der Beherbergungsstatistik und medizinische Ausrichtung sowie Personalausstattung in der Krankenhausstatistik; siehe hierzu auch Kasten „Datenbasis“).

Datenbasis

Die Daten zur Entwicklung des heimischen Tourismus, und damit auch des Tourismus in Heilbädern, stammen aus der monatlichen Beherbergungsstatistik. Auskunftspflichtig sind alle Beherbergungsstätten ab neun Betten. Weiterhin werden auf landesrechtlicher Grundlage die Vermieter von Privatquartieren und gewerblichen Kleinbetrieben mit weniger als neun Betten in die Statistik einbezogen (allerdings nur in 643 für den Fremdenverkehr prädikatisierten Gemeinden – und damit auch in den Heilbädern).

Die Statistik erfasst monatlich die angekommenen Gäste und deren Übernachtungen – differenziert nach dem Herkunftsland der Gäste – sowie die Zahl der angebotenen Fremdenbetten. Die Daten werden nach Gemeindegruppen und Betriebsarten ausgewiesen.

Dabei werden auch speziell Vorsorge- und Rehabilitationskliniken abgegrenzt. Grundlage hierfür ist die Einstufung einer Einrichtung nach ihrer überwiegenden wirtschaftlichen Ausrichtung gemäß der Wirtschaftszweigsystematik 2003. Im Unterschied dazu werden Einrichtungen in der Krankenhausstatistik schwerpunktmäßig aufgrund ihrer medizinischen Angebote bzw. Leistungsfähigkeit als Vorsorge- und Rehabilitationskliniken definiert; die Kriterien hierfür sind in § 107 Abs. 2 des Sozialgesetzbuches V festgelegt. Der Kreis der in den beiden Statistiken jeweils erfassten „Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen“ in Rheinland-Pfalz stimmt daher nicht vollständig überein.

Definition

Zur Abgrenzung der Heilbäder in der Beherbergungsstatistik

In der Beherbergungsstatistik wird bei der Darstellung nach den Gemeindegruppen in prädikatisierte Gemeinden – wie Heilbäder, Luftkurorte, Erholungsorte, Fremdenverkehrsorte – und nicht prädikatisierte Orte, die in der Gruppe der sonstigen Gemeinden zusammengefasst werden, unterschieden.

Die staatliche Anerkennung als Kurort mit der Bezeichnung Heilbad erfolgt auf der Grundlage des Kurortgesetzes.¹⁾ Heilbäder grenzen sich von den übrigen Gemeindegruppen dadurch ab, dass sie höheren Anforderungen in Bezug auf Kurbetriebe, Hotels und Gaststätten, natürliche Kurmittel, gesundheitsförderndes Klima und Einrichtungen zur Anwendung der Kurmittel genügen sowie einen dem Kurbetrieb entsprechenden Ortscharakter besitzen.

Die Gemeindegruppe der Heilbäder selbst umfasst in der Beherbergungsstatistik die Mineral- und Moorbäder, heilklimatischen Kurorte und Kneipp-Kurorte.

1) Landesgesetz über die Anerkennung von Kurorten, Erholungsorten und Fremdenverkehrsgemeinden (Kurortgesetz) vom 21. Dezember 1978, zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Juli 2003 (GVBl. 2003, S. 155).

Kurgäste in ambulanter Badekur, die gegebenenfalls auch Angebote dieser Kliniken in Anspruch nehmen, sind dagegen entsprechend ihrer gewählten Unterkunft in den Auswertungen bei einer anderen Betriebsart, wie Hotels, Gasthöfe, Pensionen, Hotels garnis, eventuell sogar in einem benachbarten Ort, enthalten.

der veröffentlicht werden. Damit wird die Möglichkeit, den „klassischen“ Kurgast abzugrenzen, noch weiter eingeschränkt, so dass auch in dem vorliegenden Beitrag nur die Gäste und Übernachtungen insgesamt dargestellt werden.

Rheinland-pfälzische Heilbäder bundesweit im Mittelfeld

Vergleicht man die Übernachtungszahlen der Touristen in den Heilbäderorten der einzelnen Bundesländer, so liegt Rheinland-Pfalz auf Platz sechs hinter Hessen, das knapp 1,8-mal so viele Übernachtungen aufzuweisen hat. An der Spitze stehen die großen Flächenstaaten Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Bayern verzeichnete 2004 einen Anteil der Übernachtungen in Heilbädern an den Übernachtungen in ent-

5,9% der Übernachtungen in deutschen Heilbädern entfallen auf Rheinland-Pfalz

Nicht in allen Heilbädern gibt es Vorsorge- und Reha-Kliniken

Vorsorge- und Reha-Kliniken gibt es in 14 der 21 rheinland-pfälzischen Heilbäder. Zu den sieben Orten, die nach der wirtschaftszweigsystematischen Abgrenzung der Beherbergungsstatistik nicht über solche Einrichtungen verfügen, gehören Sinzig, Rengsdorf, Bad Hönningen, Bad Breisig, Kyllburg, Lahnstein und Ehlscheid. Ergebnisse für die Betriebsart „Vorsorge- und Reha-Kliniken“ können aus Geheimhaltungsgründen wegen der oftmals nur geringen Zahl lediglich für wenige Heilbä-

T 1

Gäste und Übernachtungen in Deutschland 2004 nach Ländern

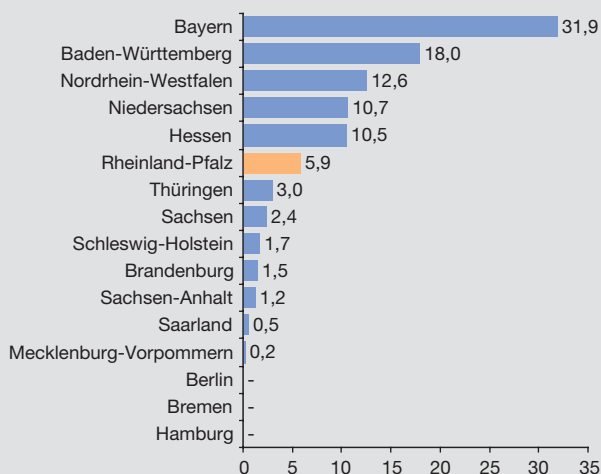
Bundesland	Insgesamt		Darunter Heilbäder ²⁾				
	Gäste ¹⁾	Über- nach- tungen ¹⁾	Gäste ¹⁾	Über- nach- tungen ¹⁾	Anteil an insgesamt		Durch- schnitt- liche Verweil- dauer
					Gäste ¹⁾	Über- nach- tungen ¹⁾	
1 000				%		Tage	
Baden-Württemberg	14 336,0	40 023,3	2 311,7	11 887,4	16,1	29,7	5,1
Bayern	23 871,2	73 661,0	3 400,0	21 137,0	14,2	28,7	6,2
Berlin	5 923,8	13 260,4	-	-	-	-	-
Brandenburg	3 320,8	9 256,5	220,7	964,5	6,6	10,4	4,4
Bremen	795,4	1 422,4	-	-	-	-	-
Hamburg	3 263,1	5 945,5	-	-	-	-	-
Hessen	10 090,2	24 853,4	1 244,4	6 947,8	12,3	28,0	5,6
Mecklenburg-Vorpommern	5 709,0	24 394,8	22,8	153,3	0,4	0,6	6,7
Niedersachsen	10 073,9	34 489,4	1 378,0	7 057,8	13,7	20,5	5,1
Nordrhein-Westfalen	15 505,6	37 690,2	1 734,5	8 345,5	11,2	22,1	4,8
Rheinland-Pfalz	6 955,8	19 826,7	911,2	3 875,1	13,1	19,5	4,3
Saarland	728,4	2 167,4	39,5	342,0	5,4	15,8	8,7
Sachsen	5 607,4	15 232,9	175,3	1 579,4	3,1	10,4	9,0
Sachsen-Anhalt	2 348,8	5 874,3	103,2	824,2	4,4	14,0	8,0
Schleswig-Holstein	4 877,2	22 132,8	210,7	1 099,1	4,3	5,0	5,2
Thüringen	3 004,8	8 537,9	276,3	1 983,0	9,2	23,2	7,2
Deutschland	116 411,4	338 768,8	12 028,2	66 196,0	10,3	19,5	5,5

1) Angaben nur für Betriebe mit neun und mehr Fremdenbetten; einschließlich Campingtourismus. – 2) Mineral- und Moorbäder, heilklimatische Kurorte, Kneipp-Kurorte; ohne Seebäder.

S 1

Übernachtungen in Heilbädern 2004 nach Ländern

Anteil an den Übernachtungen in den Heilbädern in Deutschland in %



sprechenden Orten im Bundesgebiet von 31,9%. Demgegenüber lag der rheinland-pfälzische Anteil bei 5,9%, gefolgt von Thüringen mit 3%.

In Rheinland-Pfalz entfallen fast ein Fünftel der Übernachtungen auf Touristen und Kurgäste in Heilbädern

Für den rheinland-pfälzischen Tourismus selbst betrug der Anteil der Übernachtungen in Heilbädern rund 19% an den gesamten touristischen Übernachtungen im Land.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste lag im Bundesgebiet bei 5,5 Tagen, in Rheinland-Pfalz bei 4,3 Tagen. Dieser direkte Ländervergleich umfasst allerdings nur Betriebe mit neun und mehr Fremdenbetten einschließlich Campingtourismus.

Zuwachs bei den Gästen, Rückgang bei den Übernachtungen

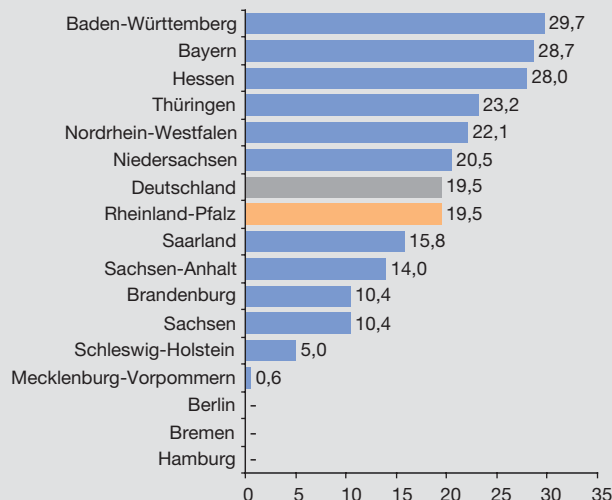
Spitzenwert für Gästezahlen im Jahr 2000

Im Jahr 2004 wurden in den rheinland-pfälzischen Heilbädern fast 920 000 Gäste

S 2

Übernachtungen in Heilbädern in Deutschland und den Ländern 2004

Anteil an den Übernachtungen in allen Gemeinden in %



registriert. Das waren annähernd 194 000 Gäste mehr als 1980. Wenn auch der Wert des Jahres 2004 damit gegenüber 1980 um rund 27% gestiegen ist, gab es eine Reihe von Jahren, in denen das Gästeaufkommen zum Teil weit über den Wert von 2004 hinausging. Zu nennen sind hier insbesondere die Jahre 1992 und 2001 mit Werten von über 960 000 und das Jahr 2000 mit einem Spitzenwert von gut 991 000 Gästen.

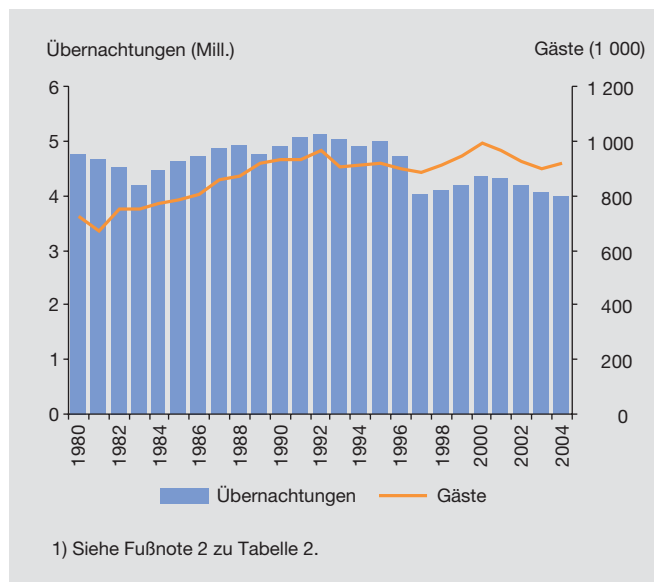
Der Anteil der ausländischen Gäste an der Zahl der Gäste insgesamt fiel gegenüber 1980 um 2,5 Prozentpunkte, konnte aber in den Jahren seit 1998 erfreulicherweise bei rund 10% gehalten werden.

Anteil ausländischer Gäste in den letzten Jahren konstant um 10%

Die Einbußen beim Gesundheitstourismus spiegeln sich in den Übernachtungsergebnissen wider. Seit 1980 bewegen sie sich dabei in einer Schwankungsbreite von 4 Mill. bis gut 5,1 Mill. Höchstwerte über 5 Mill. wurden in den Jahren 1991 bis 1993

Heute deutlich weniger Übernachtungen als Anfang der 1990er Jahre

S 3

Fremdenverkehr in den Heilbädern
1980-2004¹⁾

erreicht. Im Vergleich zu 1980 lag die Zahl der Übernachtungen im Jahr 2004 in den Heilbädern mit nur noch wenig über 4 Mill. um 15,7% niedriger.

Zahl der Übernachtungen in Heilbädern stärker gesunken als in anderen Gemeindegruppen

Dagegen verzeichneten andere Gemeindegruppen Zuwächse. So wurden im Jahr 2004 in den Luftkurorten insgesamt rund 2,8 Mill. Übernachtungen registriert; das

waren 7,5% mehr im Vergleich zu 1980. Die rheinland-pfälzischen Erholungsorte zählten 1980 knapp 3 Mill. Übernachtungen. 25 Jahre später waren es fast 3,5 Mill. (+17%). In den übrigen Gemeinden stiegen die Übernachtungszahlen von 7,7 Mill. (1980) auf 10,8 Mill. (2004).

Die größten Einbrüche gegenüber dem jeweiligen Vorjahr verzeichneten die Heilbäder in den Jahren 1983 (-7,5%) und vor allem 1997 (-14,9%), wohl als Folge der geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen im Jahr 1983 und der bereits erwähnten Einschränkungen durch die Gesundheitsstrukturreform 1997 (siehe Kasten „Hintergrund“). Jedoch konnten die Übernachtungszahlen bis 2001 wieder auf über 4,3 Mill. gesteigert werden. Nach dieser kurzen Erholungsphase fielen sie bis zum Jahr 2004 allerdings noch unter das Niveau von 1997 und sanken damit auf den niedrigsten Wert (rund 4 Mill.) seit 1980.

Deutlicher Rückgang der Übernachtungen im Jahr 1997 – trotz zwischenzeitlicher Erholung: niedrigster Wert seit 1980 wird im Jahr 2004 erreicht

Der Anteil der Übernachtungen ausländischer Gäste an den Übernachtungen insgesamt stieg gegenüber 1980 um 2,1

T 2

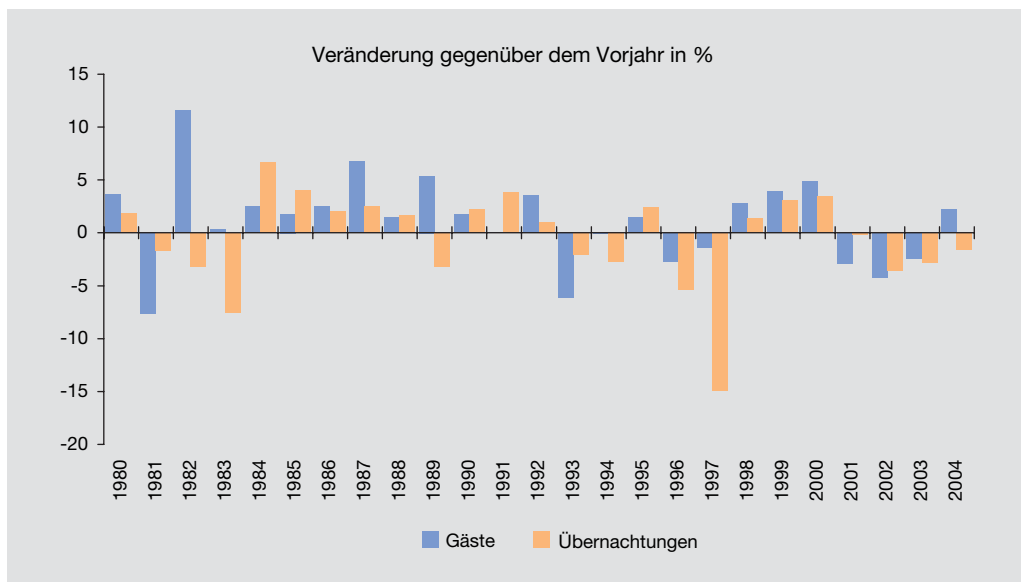
Fremdenverkehr in den Heilbädern 1980-2004

Jahr ²⁾	Betriebe ¹⁾	Betten	Bettenauslastung	Gäste		Übernachtungen		Durchschnittliche Verweildauer
				insgesamt	darunter Ausländer	insgesamt	darunter Ausländer	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Tage
1980	802	29 018	44,8	725 886	94 801	4 747 520	237 542	6,5
1985	624	31 330	40,6	783 699	125 629	4 642 104	339 443	5,9
1990	566	31 338	42,7	933 280	133 322	4 882 624	376 976	5,2
1995	507	31 517	43,4	921 673	83 484	4 995 044	247 458	5,4
2000	452	29 693	40,1	991 378	104 763	4 346 061	296 032	4,4
2001	443	29 771	39,9	963 097	96 173	4 339 167	272 167	4,5
2002	440	29 827	38,4	922 667	91 370	4 184 770	264 922	4,5
2003	428	28 540	39,1	900 126	91 078	4 068 607	277 670	4,5
2004	418	28 372	38,7	919 743	97 930	4 004 494	282 957	4,4

1) Zahl der Betriebe ohne Kleinbetriebe mit weniger als neun Fremdenbetten. Alle anderen Merkmale der Tabelle enthalten Angaben für diese Betriebsart. – 2) Der Nachweis der Heilbäder erfolgt in der Abgrenzung der im Jahr 2004 prädikatisierten Heilbäder. Ab 1981 sind in den Ergebnissen auch Angaben für Kindererholungsheime und für Jugendherbergen enthalten.

S 4

Fremdenverkehrsentwicklung in den Heilbädern 1980-2004



Prozentpunkte auf 7,1%. Die Zunahme der Übernachtungen auf knapp 283 000 (+19,1%) konnte die Rückgänge bei den Inlandsübernachtungen allerdings bei weitem nicht ausgleichen.

schen Nachfrage als Folge der politischen Entscheidungen auf dem Gesundheitssektor auch auf die Beherbergungskapazitäten ausgewirkt hat. Aufgrund dieser Maßnahmen sank die Bettenauslastung insbesondere 1983 und 1997 auf historische Tiefstände von 36,3 bzw. 35,3%. Gegenüber dem vergleichsweise hohen Wert von 1980

Bettenauslastung in Heilbädern etwas besser als in Luftkur- oder Erholungsorten

Immer weniger Fremdenverkehrsbetriebe in Heilbädern

Seit 1980 stete Abnahme der Betriebszahlen

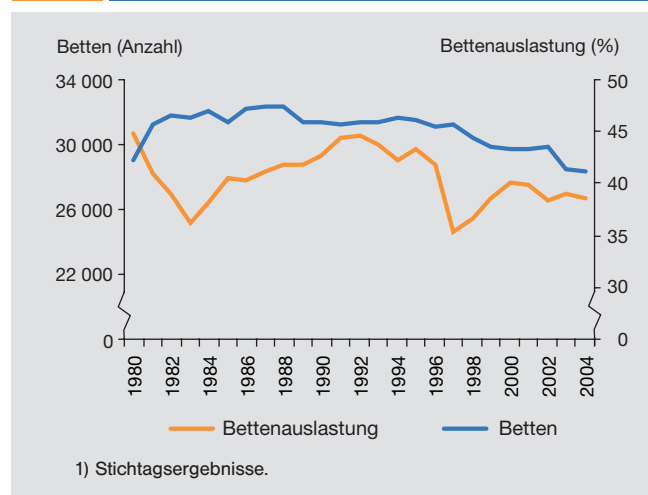
Entsprechend dem allgemeinen Trend in der Fremdenverkehrsentwicklung mussten auch die Heilbäder und Kurorte einen Rückgang der Zahl der Betriebe hinnehmen: Wurden im Jahr 1980 noch 802 Betriebe mit neun und mehr Fremdenbetten gezählt, waren es 2004 bei einer fast durchgängigen jährlichen Abnahme nur noch 418.

Bettenauslastung stieg nach Einbruch im Reformjahr 1997 vorübergehend, ging aber bis heute wieder leicht zurück

Die Zahl der Betten umfasst auch Angaben für Kleinbetriebe. Im Jahr 1980 wurden noch etwas mehr als 29 000 Fremdenbetten registriert, demgegenüber gab es 2004 nur noch 28 372 (-2,2%). Diese Entwicklung zeigt, dass sich der Rückgang der touristi-

S 5

Kapazitäten und Auslastung der Fremdenverkehrsbetriebe in den Heilbädern 1980-2004¹⁾



lag sie 2004 um 6,1 Prozentpunkte niedriger (38,7%). Zum Vergleich: In den Luftkurorten lag die Bettenauslastung 2004 bei 32,2%, in den Erholungsorten bei 28,9%.

Durchschnittlicher Aufenthalt verkürzt

Ein weiterer Indikator für die Bedeutung des Gesundheitstourismus in einer Region ist die Aufenthaltsdauer der Gäste, die in den rheinland-pfälzischen Heilbädern heute im Durchschnitt 4,4 Tage beträgt. Im Jahr 1980 waren es noch durchschnittlich 6,5 Tage. Das heißt: Die Kurgäste kommen nach wie vor, fahren aber früher nach Hause. Der Rückgang ist möglicherweise auch damit zu erklären, dass neben den bereits genannten politischen Entscheidungen, partiell unzureichenden Tourismusinfrastrukturen und ungenutzten Erholungspotenzialen (z. B. räumlichen Gegebenheiten) landesweit der – mit einer kürzeren durchschnittlichen Aufenthaltsdauer verbundene – Erholungs- und Durchreiseturismus zugenommen hat.

Der Trend zur kürzeren Verweildauer zeigt sich auch in den anderen rheinland-pfälzischen Tourismusgemeinden. In den Luftkurorten ging die Aufenthaltsdauer von 4,8 Tagen im Jahr 1980 auf 3,5 Tage im Jahr 2004 zurück. Die gleiche Aufenthaltsdauer wurde 2004 in den Erholungsorten registriert. 1980 hatte der Wert hier noch bei 4,9 Tagen gelegen.

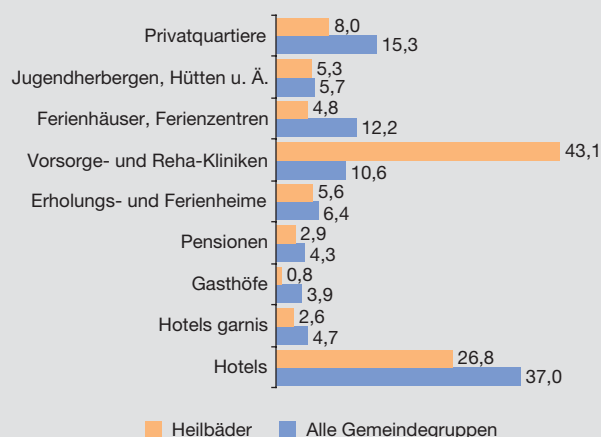
Landesweit starker Rückgang der Übernachtungszahlen, besonders bei Vorsorge- und Reha-Kliniken

Die Entwicklung im Gesundheitstourismus als Teilbereich des Tourismusmarktes lässt sich vor allem auch an der Zahl der Gäste und Übernachtungen in den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken ablesen. Diese Einrichtungen beherbergen ausschließlich oder überwiegend Kurgäste, sind jedoch nicht nur in den klassischen Kurorten, sondern auch in Gemeinden ohne staatliche Anerkennung als Kurort zu finden.

S 6

Übernachtungen 2004 nach Betriebsarten

Anteile der Betriebsarten an den Übernachtungen insgesamt in %



Die Anbieter im Marktsegment der Vorsorge- und Rehabilitationskliniken verzeichneten gegenüber 1980 einen Rückgang der Übernachtungen, der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer und der Auslastung. Diese Betriebsart musste, was sich ja auch in den Gesamtergebnissen der Heilbäder deutlich niederschlägt, in den Jahren 1983 (–17%) und 1997 (–25%) besonders starke Einbußen bei den Übernachtungen hinnehmen.

Der Anteil der Übernachtungen in Vorsorge- und Reha-Einrichtungen bewegt sich seit dem Jahr 2000 um 11% und hat damit etwa gegenüber 1980 (13,3%) nachhaltig verloren.

Fazit: Insgesamt verhaltene touristische Nachfrage seit 2002

Auch wenn die touristische Nachfrage in den Heilbädern, bezogen auf die Übernachtungen, insbesondere in den Jahren

von 1997 bis 2001 eine Steigerung erlebte, blieb sie doch von der allgemeinen Zurückhaltung in der Reisenachfrage seit dem Jahr 2002 nicht ganz verschont. Die Wettbewerbssituation im Gesundheitstourismus ist zudem durch eine Vielzahl neuer Anbieter geprägt, die diesen durchaus attraktiven Markt für sich entdeckt haben. Es ist ferner davon auszugehen, dass sich der Wettbewerb durch das nicht zu unterschätzende Potenzial im Kur- und Bäderbereich der im Jahr 2004 beigetretenen EU-Staaten – insbesondere der Tschechischen Republik, der Slowakei, Polens und Ungarns – weiter verschärfen könnte.¹⁾

Aus Sicht des Deutschen Heilbäderverbandes besteht kein unmittelbarer Anlass zur Sorge, dass es zu gravierenden Nach-

frageverschiebungen von gesundheitssuchenden Reisenden ins Ausland kommen wird. Vielmehr könne, so der Verband, einerseits davon ausgegangen werden, dass das hohe Niveau in den deutschen Heilbädern und Kurorten von zahlreichen ausländischen Patienten als Vorteil gesehen wird. Andererseits werde das (bisherige) Preisgefälle gegenüber einigen ausländischen Bädern zu einem Ausgleich der Migrationsbewegungen führen.²⁾

1) Deutscher Bundestag: Probleme des Tourismus in Deutschland trotz des weltweiten Aufschwungs dieser Zukunftsbranche. Bundestagsdrucksache 15/3287 vom 14. Juni 2004, S. 11.

2) Wirtschaftliche Situation und Zukunftschancen der Heilbäder und Kurorte 2003/2004, Hrsg.: Deutscher Heilbäderverband e. V., Bonn, in: Archiv des Badewesens, Heft 7/2004, S. 376.

Wolfgang Ellermeyer, Betriebswirt (VWA), leitet das Sachgebiet Handel, Gastgewerbe, grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Peter Lübbers, Diplom-Ökonom, leitet das Referat Handel, Verkehr, Dienstleistungen, grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Die Entwicklung in den einzelnen rheinland-pfälzischen Heilbädern auf einen Blick ist auf den Seiten 269-272 zusammengestellt.

Ein Blick auf die Entwicklung in den einzelnen Heilbädern in Rheinland-Pfalz¹⁾

Die Orte sind in der Reihenfolge entsprechend der Zahl der Übernachtungen aufgeführt. Die jeweils angegebenen höchsten und niedrigsten Werte für die Übernachtungen in den Fremdenverkehrsbetrieben der Heilbäder beruhen auf einer Betrachtung der Zeitreihe seit 1980. Die Zuordnung zur Betriebsart Vorsorge- und Reha-Kliniken erfolgt hier nach der überwiegenden wirtschaftlichen Ausrichtung gemäß der Wirtschaftszweigsystematik 2003.

Bad Neuenahr-Ahrweiler

Das – gemessen an der Zahl der Gäste und Übernachtungen – größte rheinland-pfälzische Heilbad ist seit jeher Bad Neuenahr-Ahrweiler. 41% aller Übernachtungen entfielen auf die zehn Vorsorge- und Reha-Einrichtungen am Ort.

Höchster Wert: 1991 mit 858 000 Übernachtungen
Niedrigster Wert: 1983 mit 597 000 Übernachtungen
Jüngste Entwicklung: Seit 2001 rückläufige Übernachtungszahlen.

Bad Dürkheim

Bad Dürkheim, ein traditionelles Heilbad und eines der vier rheinland-pfälzischen Staatsbäder, liegt – gemessen an den Übernachtungszahlen 2004 – auf Platz zwei unter den Heilbädern. Fast 60% der Übernachtungen entfielen auf die drei Vorsorge- und Rehabilitationskliniken der Stadt.

Höchster Wert: 1995 mit 564 000 Übernachtungen
Niedrigster Wert: 1981 mit 230 000 Übernachtungen
Jüngste Entwicklung: Im Jahr 2004, nach zwei Jahren rückläufiger Übernachtungszahlen, leichte Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 1,6%.

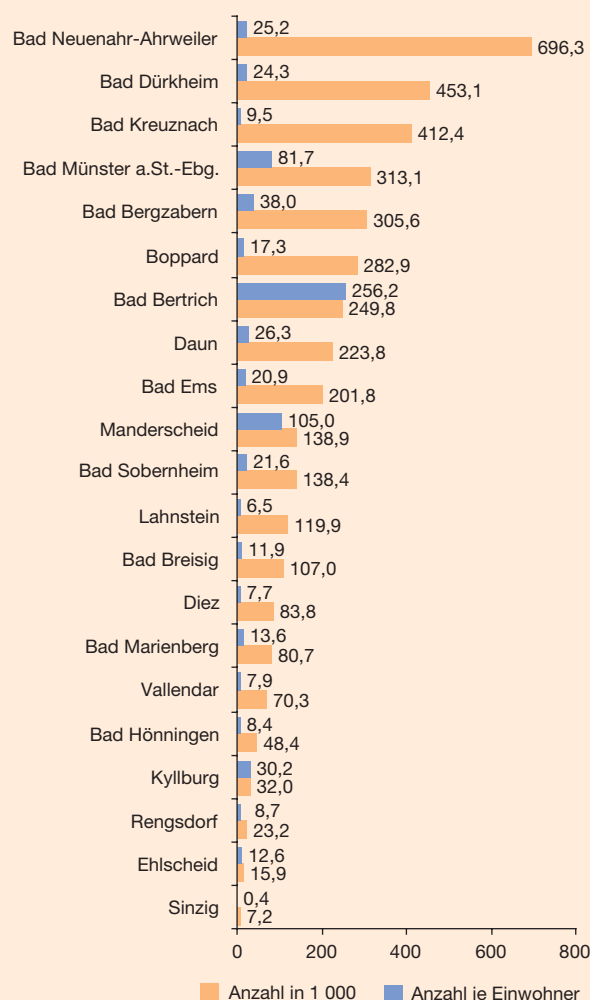
Bad Kreuznach

Gemessen an der Zahl der Übernachtungen rangiert Bad Kreuznach an dritter Stelle. Der Anteil der Übernachtungen in den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken übertrifft mit 63% deutlich den rheinland-pfälzischen Durchschnitt.

Höchster Wert: 1993 mit 603 000 Übernachtungen
Niedrigster Wert: 1998 mit 404 000 Übernachtungen
Jüngste Entwicklung: Seit 2002 rückläufige Übernachtungszahlen.

¹⁾ Die in der Beherbergungsstatistik nach der Wirtschaftszweigsystematik nachgewiesene Zahl der Vorsorge- und Reha-Kliniken stimmt ggf. nicht mit der in der Krankenhausstatistik aufgrund rein medizinischer Kriterien dargestellten Zahl von Kliniken überein.

Übernachtungen 2004 nach Heilbädern



Bad Münster am Stein-Ebernburg

Bad Münster liegt mit der Zahl der Übernachtungen je Einwohner mit 81,7 deutlich über dem Heilbäderdurchschnitt von 17,7. Mehr als die Hälfte der Übernachtungen (54%) entfiel 2004 auf Vorsorge- und Reha-Einrichtungen.

Höchster Wert: 1991 mit 488 000 Übernachtungen
Niedrigster Wert: 1997 mit 298 000 Übernachtungen
Jüngste Entwicklung: Im Jahr 2004, nach vier Jahren steigender Übernachtungszahlen, ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 4,6%.

Bad Bergzabern

Das Staatsbad Bad Bergzabern steht mit über 300 000 Übernachtungen an fünfter Stelle. Die Verweildauer der Gäste übertraf mit 6,9 Tagen den Durchschnitt aller Heilbäder deutlich. Da in Bad Bergzabern nur zwei Kurkliniken im Rahmen der Beherbergungsstatistik befragt werden, sind Aussagen z. B. zum Übernachtungsaufkommen in diesen Kliniken aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich.

Höchster Wert: 2000 mit 349 000 Übernachtungen
Niedrigster Wert: 1983 mit 258 000 Übernachtungen
Jüngste Entwicklung: Seit 2001 rückläufige Übernachtungszahlen.

Boppard

Auch das Kneipp-Heilbad Boppard (1975 wurde das Heilbad Bad Salzig eingemeindet) zählt noch zu den größeren Heilbädern des Landes. Allerdings spielt hier der Kurbetrieb mit nur einer Kurklinik im Vergleich zum Erholungs- und Durchreisetourismus eine untergeordnete Rolle. Rund zwei Drittel der Übernachtungen entfielen 2004 auf Hotels.

Höchster Wert: 1981 mit 380 000 Übernachtungen
Niedrigster Wert: 2003 mit 279 000 Übernachtungen
Jüngste Entwicklung: Im Jahr 2004, nach drei Jahren rückläufiger Übernachtungszahlen, Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 1,3%.

Bad Bertrich

Das Staatsbad Bad Bertrich rangiert hinsichtlich der Gesamtzahl der Übernachtungen nach Boppard auf Rang sieben unter den Heilbädern. Mit 256 Gästeübernachtungen je Einwohner ist es jedoch erheblich stärker vom Fremdenverkehr geprägt.

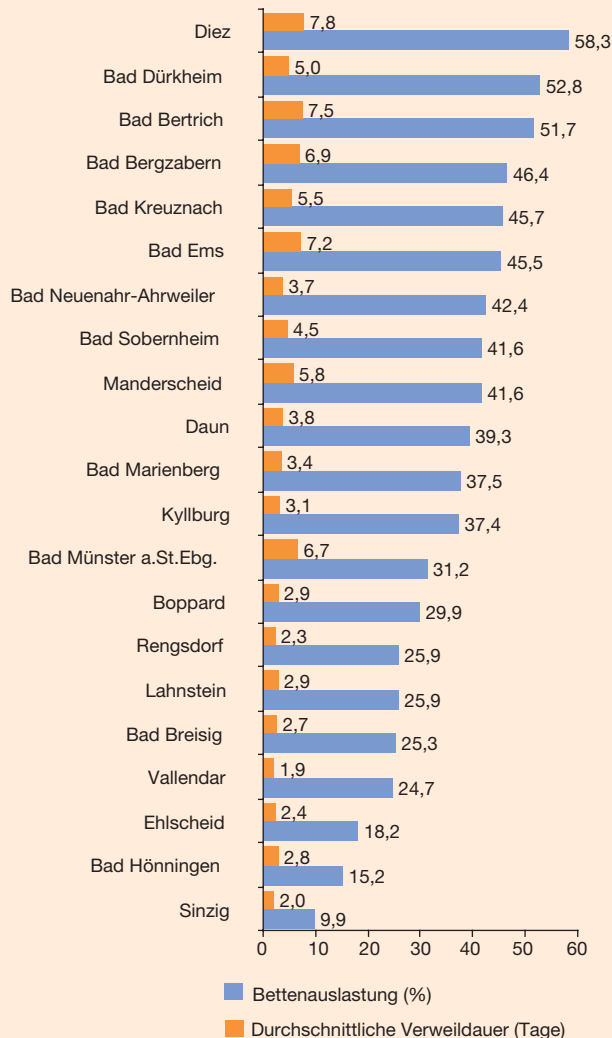
Höchster Wert: 1995 mit 381 000 Übernachtungen
Niedrigster Wert: 1983 mit 203 000 Übernachtungen
Jüngste Entwicklung: Im Jahr 2004, nach zweistelligem Minus im Vorjahr, leichte Zunahme der Übernachtungszahlen um 1,6%.

Daun

Der Kneipp- und heilklimatische Kurort Daun nimmt, gemessen an den Übernachtungszahlen, den achten Rang unter den rheinland-pfälzischen Heilbädern und Kurorten ein. Fast zwei Drittel der Übernachtungen entfallen auf Hotels, Kleinbetriebe sowie Ferienzentren und Ferienwohnungen.

Höchster Wert: 1990 mit 337 000 Übernachtungen
Niedrigster Wert: 2003 mit 221 000 Übernachtungen
Jüngste Entwicklung: Im Jahr 2004, nach drei Jahren rückläufiger Übernachtungszahlen, leichte Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 1,2%.

Bettenauslastung und Verweildauer der Gäste
2004 nach Heilbädern



Bad Ems

Das traditionsreiche Staatsbad Bad Ems rangiert heute mit etwas mehr als 200 000 Übernachtungen an neunter Stelle unter den rheinland-pfälzischen Heilbädern. Mehr als 70% der Übernachtungen wurden 2004 in den vier örtlichen Sanatorien und Heilstätten gezählt. Das Staatsbad verzeichnete mit 7,2 Tagen die dritthöchste Verweildauer aller Heilbäder.

Höchster Wert: 1988 mit 369 000 Übernachtungen
Niedrigster Wert: 2004 mit 202 000 Übernachtungen
Jüngste Entwicklung: Seit 2001 stetige Abnahme der Übernachtungszahlen.

Manderscheid

Der heilklimatische Kurort Manderscheid in der Eifel stand 2004 mit 139 000 Übernachtungen auf Rang zehn der 21 Heilbäder.

Höchster Wert: 1980 mit 192 000 Übernachtungen
 Niedrigster Wert: 1997 mit 131 000 Übernachtungen
 Jüngste Entwicklung: Seit dem Jahr 2001 sind die Übernachtungszahlen mit Ausnahme des Jahres 2003 rückläufig.

Bad Sobernheim

In der Felke-Stadt Bad Sobernheim hat der Tourismus in den letzten 25 Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. In der Stadt werden die Kurgäste überwiegend in Kurkliniken untergebracht: 2004 entfielen auf diese Einrichtungen fast 82% der Übernachtungen.

Höchster Wert: 2003 mit 140 000 Übernachtungen
 Niedrigster Wert: 1981 mit 63 000 Übernachtungen
 Jüngste Entwicklung: Im Jahr 2004, nach sechs Jahren steigender Übernachtungszahlen, Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 1,1%.

Lahnstein

Die Kurthermen Rhein-Lahn sind seit 1978 als Heilquellen-Kurbetrieb staatlich anerkannt. In Lahnstein ist keine Vorsorge- oder Rehabilitationsklinik ansässig. 60% der Übernachtungen entfielen 2004 auf Hotels, 40% auf die übrigen Beherbergungsbetriebe.

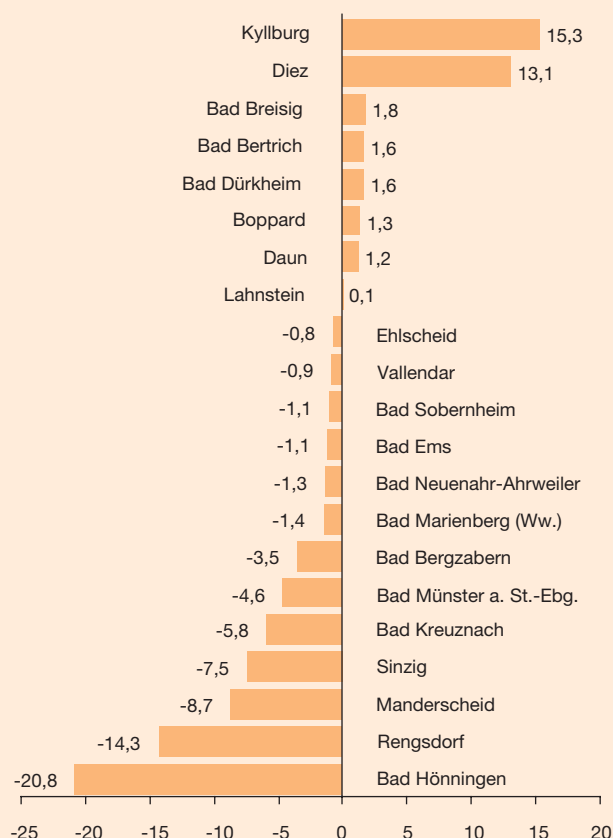
Höchster Wert: 1989 mit 197 000 Übernachtungen
 Niedrigster Wert: 2003 mit 120 000 Übernachtungen
 Jüngste Entwicklung: Im Jahr 2004, nach zwei Jahren sinkender Übernachtungszahlen, keine weitere Abnahme (+0,1%).

Bad Breisig

Das gegenüber Bad Hönningen gelegene Bad Breisig rangiert hinsichtlich der Übernachtungszahlen auf Platz 13 unter den Heilbädern. Es verfügt über keine Kurklinik.

Höchster Wert: 1980 mit 151 000 Übernachtungen
 Niedrigster Wert: 1986 mit 98 000 Übernachtungen
 Jüngste Entwicklung: Nach einem Minus im Jahr 2003 leichte Zunahme der Übernachtungszahlen um 1,8%.

Übernachtungen in den Heilbädern 2004
 Veränderung gegenüber 2003 in %



Weitere Heilbäder mit weniger als 100 000 Übernachtungen im Jahr 2004:

Diez, Bad Marienberg, Vallendar, Bad Hönningen, Kyllburg, Rengsdorf, Ehlscheid und Sinzig

In den letzten Jahren hatten unter diesen Orten vor allem Diez, Bad Marienberg und Kyllburg Zuwächse bei den Übernachtungen zu verzeichnen. Dagegen ist der heilklimatische Kurort Rengsdorf vom stärksten und nachhaltigsten Einbruch des Fremdenverkehrs seit 1980 betroffen.

Bad Hönningen, Sinzig, Rengsdorf, Kyllburg und Ehlscheid bieten keine Übernachtungsmöglichkeiten in Vorsorge- und Rehabilitationskliniken an. Dagegen wird das Tourismusgeschehen in Diez im Wesentlichen von einer Kurklinik am Ort bestimmt, die 1999 eröffnet wurde.

Als jüngstes rheinland-pfälzisches Heilbad ist im Oktober 1992 die Gemeinde Ehlscheid in der Verbandsgemeinde Rengsdorf als heilklimatischer Kurort anerkannt worden.

Die Eifelstadt Kyllburg hat im vergangenen Jahr im Rahmen des Landesgesetzes über die Anerkennung von Kurorten, Erholungsorten und Fremdenverkehrsgemeinden auf die staatliche Anerkennung als Kneipp-Kurort verzichtet, ist aber weiterhin berechtigt, die Bezeichnung „Luftkurort“ zu verwenden. Ab dem Jahr 2005 wird Kyllburg somit in der Statistik nicht mehr unter den Heilbädern nachgewiesen werden.

Diez

Höchster Wert: 2001 mit 87 000 Übernachtungen
Niedrigster Wert: 1986 mit 19 000 Übernachtungen
Jüngste Entwicklung: Nach zweistelligem Minus in 2002 wieder Zunahme der Übernachtungszahlen in den Jahren 2003 und 2004.

Bad Marienberg

Höchster Wert: 1991 mit 106 000 Übernachtungen
Niedrigster Wert: 1999 mit 54 000 Übernachtungen
Jüngste Entwicklung: Im Jahr 2004, nach zwei Jahren zweistelliger Zuwachsraten, leichter Rückgang der Übernachtungszahlen gegenüber dem Vorjahr um 1,4%.

Vallendar

Höchster Wert: 1981 mit 138 000 Übernachtungen
Niedrigster Wert: 1999 mit 56 000 Übernachtungen
Jüngste Entwicklung: Nach einem Plus im Jahr 2003 von 2,4% leichte Abnahme der Übernachtungszahlen um 0,9%.

Bad Hönningen

Höchster Wert: 1981 mit 123 000 Übernachtungen
Niedrigster Wert: 2004 mit 48 000 Übernachtungen
Jüngste Entwicklung: In den Jahren 2003 und 2004 prozentualer Rückgang der Übernachtungszahlen in zweistelliger Höhe.

Kyllburg

Höchster Wert: 1987 mit 45 000 Übernachtungen
Niedrigster Wert: 1993 mit 24 000 Übernachtungen
Jüngste Entwicklung: Nach einem Minus im Jahr 2003 zweistellige Zuwachsrate der Übernachtungszahlen (+15,3%).

Rengsdorf

Höchster Wert: 1980 mit 101 000 Übernachtungen
Niedrigster Wert: 1998 mit 22 000 Übernachtungen
Jüngste Entwicklung: Nach einem Plus im Jahr 2003 zweistellige Abnahmerate der Übernachtungszahlen (-14,3%).

Ehlscheid

Höchster Wert: 1980 mit 54 000 Übernachtungen
Niedrigster Wert: 2004 mit 16 000 Übernachtungen
Jüngste Entwicklung: Im Jahr 2004, nach den in den Jahren 2002 und 2003 stärksten Abnahmeraten der letzten 25 Jahre, ein leichtes Minus von 0,8%.

Sinzig

Höchster Wert: 1980 mit 43 000 Übernachtungen
Niedrigster Wert: 2004 mit 7 000 Übernachtungen
Jüngste Entwicklung: Seit 2000 rückläufige Übernachtungszahlen bei teilweise zweistelligen Abnahmeraten.

Vorsorge und Rehabilitation in Rheinland-Pfalz



Von Gerd Reh

Die medizinische, berufliche und soziale Rehabilitation hat angesichts der bestehenden Möglichkeiten zur Eingliederung Kranker und Behinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft einen hohen Stellenwert. Nach Auffassung von Experten wird der Bedarf an Rehabilitationsleistungen zukünftig steigen. Diese Entwicklung wird – neben den erweiterten therapeutischen Möglichkeiten – unter anderem durch eine Zunahme chronischer Erkrankungen und die demografische Alterung gefördert. Aufgrund verschiedener Belastungsfaktoren in modernen Gesellschaften wird beispielsweise mit einer Zunahme psychischer Erkrankungen gerechnet. Abzusehen ist auch ein erhöhter Bedarf an geriatrischen Leistungen. In der medizinischen Rehabilitation wird zudem versucht, die klassische Trennung zwischen Akutmedizin und Rehabilitation aufzubrechen und beide Teile der Versorgungskette als integrierte Leistungskomplexe anzubieten. Parallel hierzu bemühen sich die Kurorte, ihre Attraktivität durch Schaffung von Freizeitangeboten zu erhöhen, um neben dem „klassischen“ Kurpatienten neue Zielgruppen erreichen zu können. Nachdem die Branche im vergangenen Jahrzehnt einem tief greifenden Strukturwandel ausgesetzt war, sprechen der Bedarf potenzieller Kunden und die Angebotsvielfalt für günstigere Zukunftsaussichten in diesem Wirtschaftsbereich.

„Kuren“ in Rheinland-Pfalz regional von Bedeutung

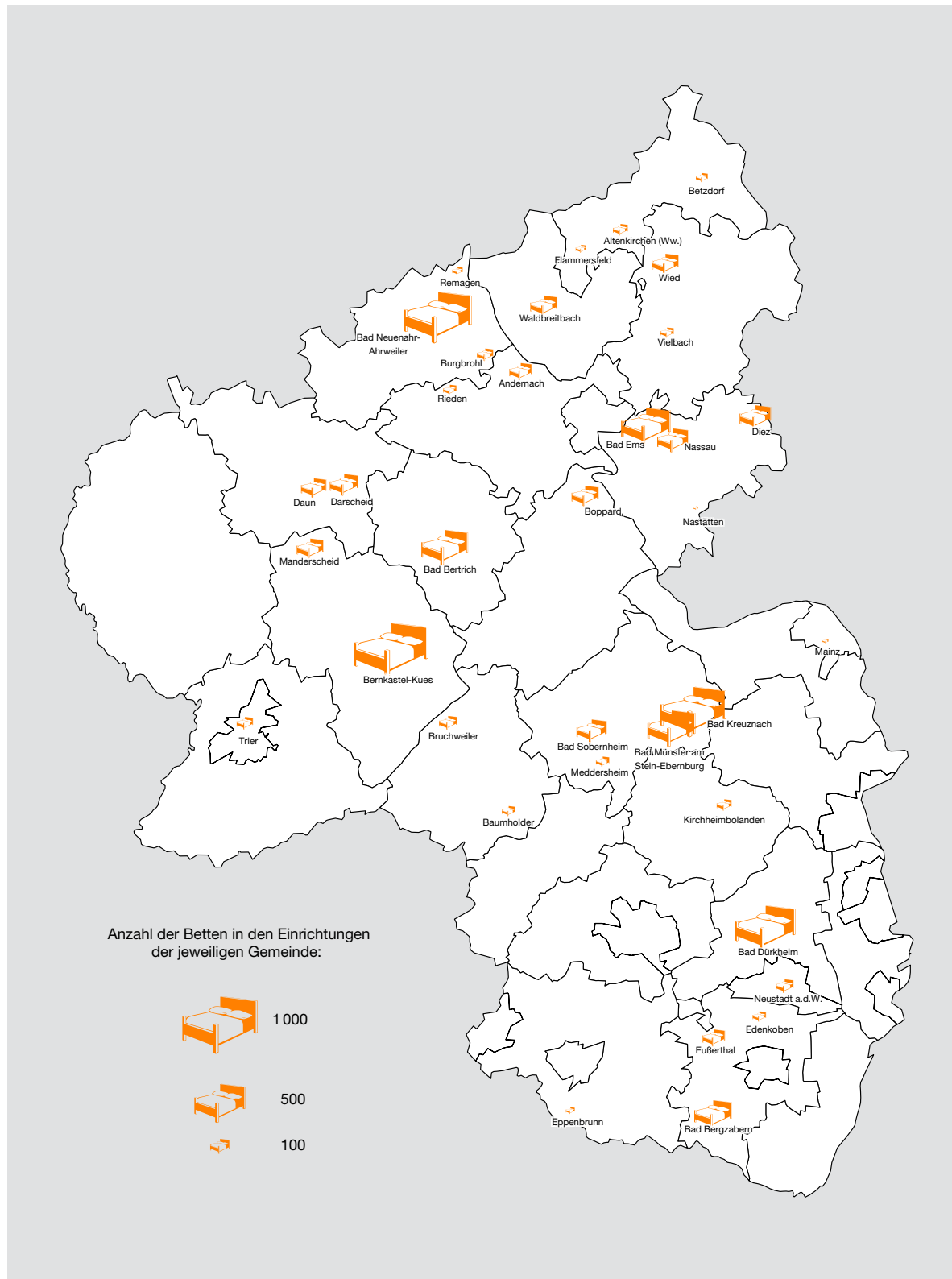
In landschaftlich reizvollen Regionen des Landes finden sich 5,1% der mehr als 1 340 deutschlandweit ansässigen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen. An den insgesamt vorgehaltenen Bettenkapazitäten haben die rheinland-pfälzischen Einrichtungen einen Anteil von 4,6%, das entspricht knapp dem Bevölkerungsanteil des Landes (4,9%) an der Gesamtbevölkerung aller Bundesländer.

Die Branche ist in Rheinland-Pfalz, regional zwar begrenzt, ein nicht unbedeutender

Wirtschaftsfaktor. Die im Land betriebenen Einrichtungen finden sich konzentriert in wenigen Gemeinden. Hierzu zählen Orte in den Landkreisen Ahrweiler, Bad Dürkheim, Bad Kreuznach, Bernkastel-Wittlich, Cochem-Zell und Südliche Weinstraße sowie im Rhein-Lahn-Kreis.

Ende 2003 betrieben private, öffentliche und freigemeinnützige Träger in Rheinland-Pfalz 68 zur Krankenhausstatistik berichtspflichtige Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen (zur Abgrenzung der Erhebungsbereiche in der Krankenhaus- bzw. der Beherbergungsstatistik siehe Kasten

Durchschnittliche Auslastung der landesweit 68 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen lag 2003 bei 82%



„Datenbasis“ auf Seite 262). In 8 403 aufgestellten Betten wurden im Laufe des Jahres 90 386 Patientinnen und Patienten versorgt. Diese verbrachten im Durchschnitt 27,8 Tage in den Einrichtungen. Somit wurden insgesamt 2 515 821 Pflēgetage erbracht. Die Häuser waren damit durchschnittlich zu 82% ausgelastet.

Einschnitte durch Kostendämpfung im Gesundheitswesen

Bettenauslastung nahm in zehn Jahren um 8 Prozentpunkte ab

In den vergangenen Jahren haben sich im Bereich der Vorsorge und Rehabilitation tief greifende Änderungen vollzogen. Die Zahl der Kliniken hat binnen eines Jahrzehnts um sieben Einrichtungen abgenommen (-9,3%). Im gleichen Zeitraum wurden Bettenkapazitäten im Umfang von 674 Einheiten abgebaut (-7,4%). Gegenüber dem Vergleichsjahr 1993 ist die Zahl der behandelten Patienten um 5,1% gestiegen. Da deren Verweildauer in den Einrichtungen in der Zwischenzeit sehr deutlich – um durchschnittlich 6,8 Tage, das heißt um 19,7% – gesunken ist, ging die Zahl der erbrachten Pflēgetage um 15,4% zurück. Die durchschnittliche Bettenauslastung, die noch Anfang der 1990er Jahre rund 90% betragen hatte, reduzierte sich – trotz des Kapazitätsabbaus – um etwa 8 Prozentpunkte.

Auslastung besser als im Bundesdurchschnitt

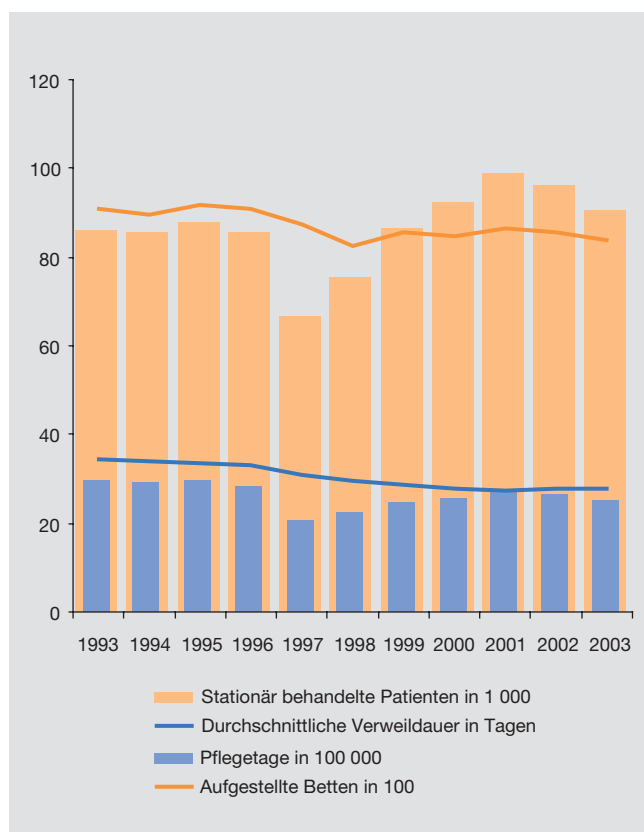
Ungeachtet dessen ist die Auslastung der rheinland-pfälzischen Häuser nach wie vor höher als im Bundesdurchschnitt. Deutschlandweit liegt die Kapazitätsauslastung der Häuser seit Jahren deutlich unter 80%.

Leistungseinschränkungen durch gesetzliche Regelungen

Die dargestellten Entwicklungen verliefen im Zeitablauf nicht kontinuierlich. Vielmehr

S 2

Entwicklung ausgewählter Merkmale im Bereich der Vorsorge und Rehabilitation 1993-2003



weisen die Zeitreihen zum Teil tiefe Einschnitte um das Jahr 1997 auf. Diese sind auf gesetzgeberische Maßnahmen zurückzuführen, die darauf abzielten, auch die im Bereich der Vorsorge und Rehabilitation deutlich gestiegenen Gesundheitsausgaben zu begrenzen. Mit dem Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz wurden in der gesetzlichen Rentenversicherung und mit dem Beitragsentlastungsgesetz in der gesetzlichen Krankenversicherung ab Januar 1997 die Leistungen für Rehabilitation spürbar reduziert. Unter anderem wurde der Kreis der potenziell Berechtigten eingeschränkt, der Abstand zwischen Rehabilitationsmaßnahmen von drei auf vier Jahre verlängert, die Regelkurdauer

von vier auf drei Wochen verkürzt und die von Patientinnen und Patienten zu entrichtende Zuzahlung deutlich erhöht. Infolge dieser Maßnahmen sanken zeitnah sowohl die Zahl der Anträge als auch die von den Kostenträgern bewilligten Rehabilitationsmaßnahmen (siehe hierzu auch Kasten „Hintergrund“ auf Seite 277).

Reformjahr 1997 brachte spürbare Einschnitte: 22% weniger stationär behandelte Patienten

Entsprechend ging die Zahl der in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen stationär behandelten Patientinnen und Patienten von 1996 auf 1997 drastisch um mehr als 22% zurück. Bei gleichzeitig um insgesamt zwei Tage gesunkener Verweildauer in den Einrichtungen verminderte sich die Zahl der erbrachten Pflegetage binnen eines Jahres um annähernd 27%. Da nicht unmittelbar im gleichen Umfang Bettenkapazitäten abgebaut wurden, sank die Auslastung der Häuser um über 20 Prozentpunkte auf 64,8%.

Zahl der Pflegetage trotz inzwischen wieder gestiegener Patientenzahlen deutlich gesunken

In den Jahren nach 1997 beruhigte sich die Lage wieder: Die Patientenzahlen stiegen zunächst kontinuierlich bis zum Jahr 2001 auf annähernd 100 000 an und verblieben – trotz einer Abnahme in den beiden Folgejahren – auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Bei einer weiter rückläufigen, sich aber inzwischen bei knapp 28 Tagen stabilisierenden durchschnittlichen Verweildauer liegt die Zahl der erbrachten Pflegetage im Jahr 2003 jedoch deutlich niedriger als Anfang der 1990er Jahre. Die Anbieter von Vorsorge- und Rehabilitationsleistungen reagierten auf diese Entwicklungen mit einer Anpassung der Bettenkapazitäten, so dass sich in der jüngeren Vergangenheit wieder eine Bettenauslastung von zum Teil deutlich über 80% ergibt.

Bettenkapazitäten wurden angepasst

Strukturwandel hat keine gravierenden Auswirkungen auf die Einrichtungsgröße

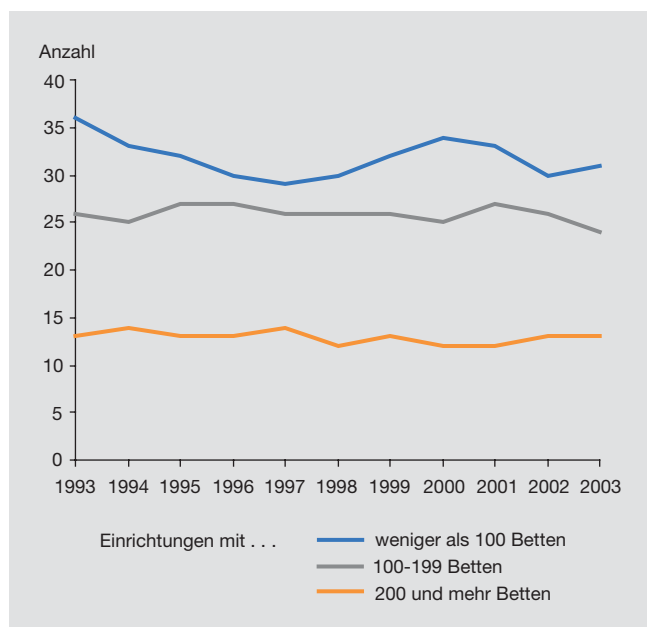
Der Strukturwandel hat keine tief greifenden Auswirkungen hinsichtlich der Größenstruktur der Einrichtungen gebracht. Die Zahl der Großbetriebe mit über 200 Betten ist zwischen 1993 und 2003 mit 13 Häusern konstant geblieben. Die Zahl der mittelgroßen Einrichtungen mit einer Bettenkapazität von 100 bis 199 Betten hat sich im Vergleichszeitraum um zwei Häuser auf 24 reduziert. Die Zahl der kleineren Häuser mit weniger als 100 Betten schrumpfte demgegenüber merklich.

Zahl der großen Einrichtungen weitgehend konstant geblieben

Auch hier verlief die Entwicklung nicht kontinuierlich. Es zeigen sich bei den kleineren und mittelgroßen Einrichtungen deutliche Schwankungen. So ging die Zahl der kleineren Häuser von 1993 bis 1997, dem Jahr

S 3

Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 1993-2003 nach der Größe der Einrichtung



Hintergrund

Medizinische Vorsorge und Rehabilitation

Verschiedene Institutionen beteiligt

Das deutsche Sozialversicherungsrecht unterscheidet grundsätzlich Vorsorge, Behandlung (Kuration), Rehabilitation und Pflege. In diesen Bereichen gibt es ein vielfältig gegliedertes System von Trägern und Zuständigkeiten.

Für die Rehabilitation ist in erster Linie die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) zuständig; die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) erhielt erst 1975 einen eigenen gesetzlichen Auftrag zur Rehabilitation. Beide Sozialversicherungsträger haben für die Bearbeitung von Reha-Anträgen und die anschließende Durchführung von Maßnahmen eigene Organisationsstrukturen aufgebaut. Dies führt dazu, dass die Leistungen weitgehend standardisiert sind und eine Verzahnung mit dem kurativen System fehlt.

Neben der gesetzlichen Rentenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung erbringen auch die gesetzliche Unfallversicherung (GUV), die Kriegsopferversorgung und die Sozialhilfe Leistungen zur medizinischen Rehabilitation. Ihr Anteil am Leistungsgeschehen ist aber gering.

Schon 1974 hatte der Gesetzgeber mit dem Reha-Angleichungsgesetz diese verschiedenen Träger zur Zusammenarbeit in einer Bundesarbeitsgemeinschaft verpflichtet und die Aufstellung von Reha-Gesamtplänen gefordert. Auch die Erweiterung und Präzisierung des Reha-Auftrags der gesetzlichen Krankenversicherung durch das Gesundheitsreformgesetz von 1989 dienten dazu, die Koordination in diesem Bereich zu verbessern.

Medizinische Vorsorgeleistungen werden vor allem durch die gesetzliche Krankenversicherung finanziert.

Unterschiedliche Leistungsarten

In den Bereichen Vorsorge und medizinische Rehabilitation gilt es grundsätzlich zwischen den nachstehenden Leistungsarten zu unterscheiden:

– Medizinische Vorsorgeleistungen

Sie dienen dem Zweck, Gefährdungen oder Schwächungen der Gesundheit entgegenzuwirken und Pflegebedürftigkeit zu vermeiden. Zu ihnen zählen die klassischen Bäderkuren, bei denen die Behandlungs- und Unterbringungskosten je nach gesundheitlicher Schwächung ganz oder teilweise übernommen werden. Stationäre Vorsorgemaßnahmen sind Reha-Leistungen rechtlich gleichgestellt.

Medizinische Vorsorgeleistungen werden vor allem von der gesetzlichen Krankenversicherung finanziert.

– Medizinische Reha-Leistungen

Sie können ambulant oder stationär durchgeführt werden.

Die gesetzliche Krankenversicherung ist laut Sozialgesetzbuch (SGB V) für Maßnahmen zuständig, die einer drohenden Behinderung oder Pflegebedürftigkeit vorbeugen oder eine bereits eingetretene Behinderung oder Pflegebedürftigkeit beseitigen, bessern oder daran hindern, sich zu verschlimmern.

Von der gesetzlichen Rentenversicherung getragene medizinische Rehabilitation erfolgt vornehmlich stationär und dient dazu, eine Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit der Versicherten zu vermeiden.

Darüber hinaus hat die gesetzliche Rentenversicherung einen Versorgungsauftrag für präventive und berufsfördernde Leistungen.

Die gesetzliche Unfallversicherung ist zuständig, wenn gesundheitliche und funktionelle Einschränkungen infolge eines Arbeits- oder Wegeunfalls auftreten. Dies gilt nicht nur für die medizinische Rehabilitation, sondern auch für Maßnahmen der beruflichen und sozialen Rehabilitation.

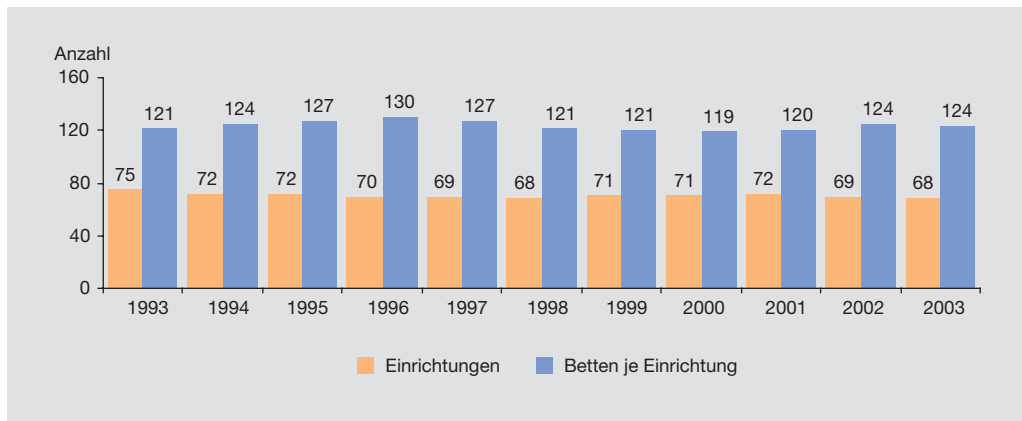
– Anschlussheilbehandlungen und Frührehabilitation

Anschlussheilbehandlungen sind im Gesetz nicht explizit als spezielle Form der medizinischen Rehabilitation definiert. Sie schließen sich vielmehr unmittelbar an eine Akutbehandlung an und schlagen damit eine Brücke zwischen Kuration und Rehabilitation. Sie werden vorwiegend in Reha-Kliniken mit entsprechender fachlicher Spezialisierung durchgeführt. Es hat sich gezeigt, dass frühzeitig einsetzende rehabilitative Maßnahmen den Reha-Erfolg deutlich erhöhen; dies ist insbesondere bei speziellen Indikationsbereichen der Fall, wie z.B. nach einem Herzinfarkt oder Schlaganfall.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Gesundheitsbericht für Deutschland 1998.

S 4

Einrichtungen und Betten je Einrichtung 1993-2003



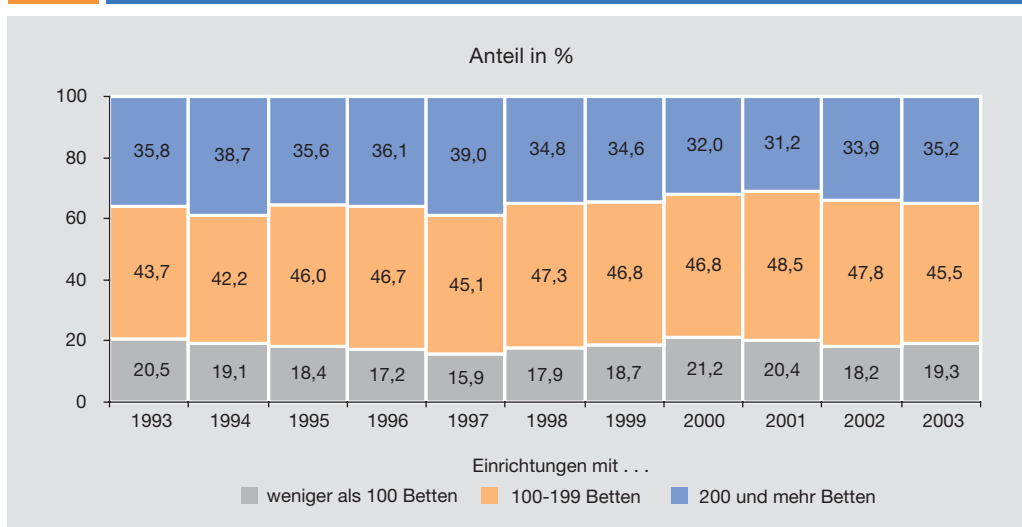
der „tiefen Einschnitte“, zunächst kontinuierlich zurück, um in den Folgejahren wieder kurzfristig anzusteigen. Diese Zunahme könnte darauf zurückzuführen sein, dass im Zuge der Reformen einzelne Häuser durch Bettenabbau in diese niedrigere Größenklasse „wechselten“. Ein Indiz hierfür kann darin gesehen werden, dass sich die Reihen der Einrichtungen mit weniger als 100 Betten und derjenigen mit 100 bis 199 Betten erkennbar gegenläufig entwickeln.

Über den Gesamtzeitraum gesehen erhöhte sich in den Jahren 1993 bis 1996 zunächst die durchschnittliche Bettenkapazität je Einrichtung. In den Folgejahren bis einschließlich 2000 kehrte sich dieser Trend um; die Einrichtungen bauten Betten ab. Für die Jahre nach 2000 ist dann wieder eine Entwicklung hin zu größeren Einrichtungen festzustellen. So stieg die Durchschnittsgröße der Häuser zwischen 2000 und 2003 von 119,1 auf 123,6 Betten.

Kapazität derzeit bei durchschnittlich 124 Betten je Haus

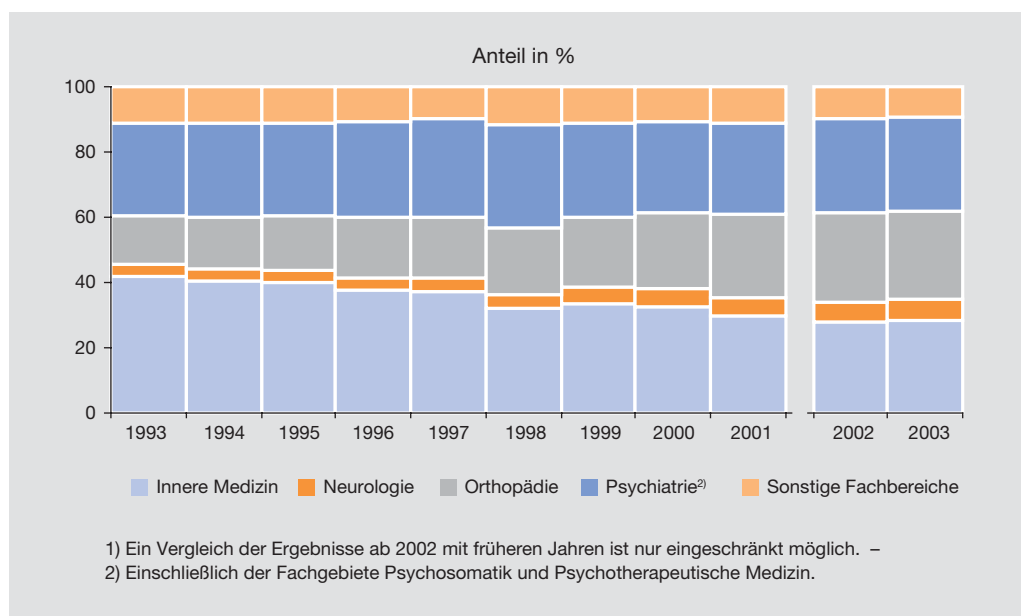
S 5

Verteilung der Bettenkapazitäten nach der Größe der Einrichtungen 1993-2003



S 6

Verteilung der Betten in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 1993-2003 nach Fachbereichen¹⁾



Ursache der jüngeren Entwicklung kann sein, dass der Betrieb kleinerer Einrichtungen mit unterdurchschnittlicher Bettenkapazität aufgegeben wurde oder aber (auch kleinere) Einrichtungen ihre Kapazitäten wieder aufgestockt haben. Was letztendlich zutrifft, muss einer einzelbetrieblichen Betrachtung vorbehalten bleiben.

Die meisten Plätze gibt es in Einrichtungen mit 100 bis 199 Betten

Im gesamten Beobachtungszeitraum wurden die meisten Plätze in Einrichtungen mit einer Größe zwischen 100 und 199 Betten vorgehalten; im Jahr 2003 waren dies 45,5% der Gesamtkapazität. 35,2% des Bettenvolumens entfielen zuletzt auf Einrichtungen mit 200 und mehr Plätzen. Diese Größenklasse stellte – über den Vergleichszeitraum gesehen – stets das zweitstärkste Potenzial. 19,3% der Bettenkapazitäten entfielen 2003 auf Anbieter mit weniger als 100 Plätzen.

Deutliche Verschiebungen im Behandlungsspektrum

In den 68 Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen wurden im Jahr 2003 insgesamt 88 Fachabteilungen geführt. Das Gros dieser Abteilungen entfiel auf die Bereiche Innere Medizin (24), Psychiatrie¹⁾ (23) und Orthopädie (19). Hinzu kamen sieben neurologische Fachabteilungen sowie 15 Organisationseinheiten, die keiner in der Statistik gängigen Untergliederung zugeordnet werden können und die deshalb statistisch unter „sonstige Fachbereiche“ subsumiert sind.

Innere Medizin, Psychiatrie und Orthopädie dominieren das Behandlungsspektrum

Von den vorgehaltenen Betten entfiel jeweils deutlich mehr als ein Viertel auf die Bereiche Psychiatrie, Innere Medizin und Orthopädie. Annähernd 7% der Bettenkapazitäten waren in neurologischen und 9,2% in sonstigen Fachabteilungen aufgestellt.

1) Hier einschließlich der Fachgebiete Psychosomatik und Psychotherapeutische Medizin.

Im Verlauf der vergangenen Jahre haben sich deutliche Verschiebungen im Behandlungsspektrum ergeben. Diese Veränderungen lassen sich allerdings nur eingeschränkt bis in den aktuellen Zeitraum verfolgen. Aufgrund von Umstellungen in der statistischen Systematik werden die Fachabteilungen seit dem Jahr 2002 nicht mehr nach der Organisationsstruktur der Häuser erfasst, sondern entsprechend der Fachrichtung des jeweils leitenden Arztes nachgewiesen.

Bettenanteil des Bereichs Innere Medizin hat deutlich abgenommen

In der Zeitspanne zwischen 1993 und 2003 ist der Bettenanteil der Abteilungen der Inneren Medizin fast kontinuierlich von 41,8% auf zuletzt 28,4% gesunken. Der Anteil der Psychiatrie-Betten – die rund zur Hälfte für die therapeutische Behandlung von Suchtkrankheiten vorgehalten werden – blieb demgegenüber im Vergleichszeitraum annähernd konstant bei knapp 29%. Deutliche Zuwächse gab es in der Neurologie

und in der Orthopädie. Der Anteil neurologischer Behandlungsplätze nahm zwischen den Jahren 1993 und 2003 ausgehend von 3,8% sukzessive auf 6,7% zu. Ebenso deutlich gewachsen ist auch der Bettenanteil der Orthopädie. Er stieg von vormals 14,6% auf 27% im Jahr 2003.

Zur Verringerung der Gesamtbettenkapazitäten (-7,4%) hat die Innere Medizin mit einem Kapazitätsabbau von 37,2% überproportional beigetragen, wobei im gleichen Zeitraum die diesem Bereich zugeordneten spezifischen kardiologischen Angebote deutlich weniger zurückgenommen wurden (-7,3%). Der psychiatrische Fachbereich verlor 6,7% seiner Bettenkapazität von 1993. Deutlich ausgebaut wurden die Neurologie (+63,8%) und die Orthopädie (+70,8%).

Orthopädie und Neurologie vergrößerten ihre Kapazitäten

Personalkapazitäten wurden an die geänderten Rahmenbedingungen angepasst

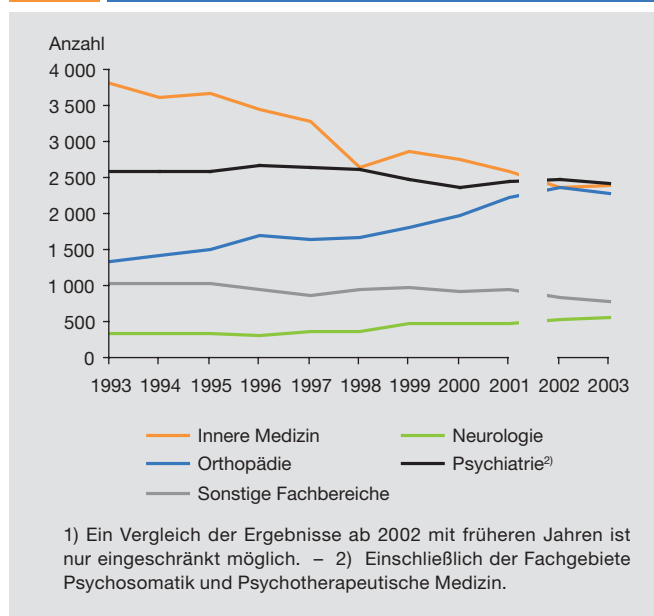
Ende 2003 waren in den rheinland-pfälzischen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 5 908 Personen beschäftigt, darunter 474 Ärztinnen und Ärzte.

Trotz rückläufiger Bettenkapazitäten und Pflegetage wurde gegenüber 1993 wegen der seither deutlich gestiegenen Patientenzahlen sowohl mehr ärztliches Personal als auch mehr Pflegepersonal beschäftigt. Umgerechnet auf Vollzeitkräfte (Teilzeitbeschäftigte werden hierbei in Vollzeitäquivalenten dargestellt) wurde das ärztliche Personal zwischen 1993 und 2003 um 6,4%, das Pflegepersonal sogar um 13,3% verstärkt. Zuwächse waren auch beim medizinisch-technischen Dienst²⁾ (+2,8%), beim

Gestiegene Patientenzahlen erforderten insbesondere mehr ärztliches und pflegerisches Personal

S 7

Betten in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 1993-2003 nach Fachbereichen¹⁾



Funktionsdienst³⁾ (+7,1%) und beim klinischen Hauspersonal (+10,2%) zu verzeichnen. Damit hat sich das Beschäftigungsvolumen der Personalgruppen erhöht, deren Aufgabe stärker durch die Zahl der im Laufe eines Jahres zu betreuenden Patienten als durch die Zahl der zu erbringenden Pflegetage bestimmt wird. Die starke Abhängigkeit dieser Personalgruppen von den Patientenfallzahlen schlägt sich statistisch in entsprechend hohen Korrelationen zwi-

schen diesen beiden Erhebungsmerkmalen nieder.

Deutlich abgebaut wurden Personalkapazitäten im technischen Dienst (–6,4%) sowie im Wirtschafts- und Versorgungsdienst (–38,4%). Zum letzteren Bereich zählt insbesondere das in Wäschereien und in Küchen eingesetzte Personal. Der starke Rückgang dürfte hier dadurch begünstigt worden sein, dass entsprechende Leistungen im Zuge des Outsourcing zunehmend an Fremdfirmen vergeben bzw. klinikübergreifend in zentralen Verbundeinrichtungen erbracht werden. Sowohl beim technischen Dienst als auch beim Wirtschafts- und Ver-

Technischer Dienst sowie Wirtschafts- und Versorgungsdienst mit verringerten Personalkapazitäten

2) Zu dieser Gruppe zählen insbesondere Krankengymnastinnen und -gymnasten, Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten, Psychologinnen und Psychologen, medizinische Bademeister/-innen, Sozialarbeiter/-innen etc.

3) Im Funktionsdienst werden u. a. Arbeits- und Ergotherapeutinnen und -therapeuten sowie das Personal in der Funktionsdiagnostik nachgewiesen.

Im Blick

Belastungskennziffern als Indikatoren für die Personalausstattung in den Kliniken

Berechnung unterschiedlicher Belastungsziffern für einzelne Personalgruppen sinnvoll

Auf der Grundlage der in der Krankenhausstatistik bei Vorsorge- und Reha-Einrichtungen erhobenen Daten lassen sich so genannte Belastungsziffern für die einzelnen Personalgruppen errechnen. Hierbei werden die jeweiligen Personalkapazitäten auf Patientenfallzahlen bzw. Pflegetage bezogen, wobei letztere als Maß für die Belastung durch die Bettenbelegung interpretiert werden können.¹⁾

Grundsätzlich zeigt sich eine deutlich stärkere Abhängigkeit der Beschäftigten im ärztlichen Dienst, Pflegedienst, medizinisch-technischen Dienst und Funktionsdienst wie auch des klinischen Hauspersonals von der Zahl der zu betreuenden Patienten als von der Zahl der Pflegetage. Daher ist es sinnvoll, für diese Personalgruppen die Belastungszif-

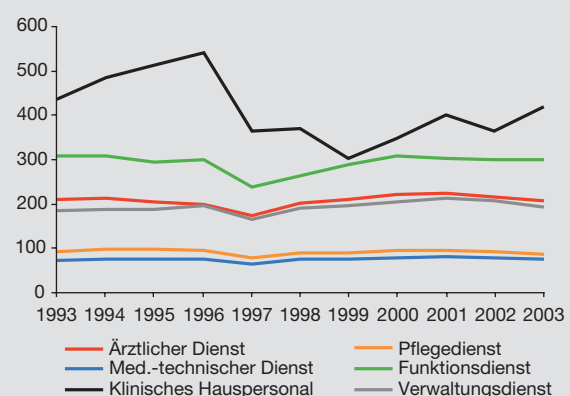
1) Die Belastungsziffern errechnen sich wie folgt:

- Bei der Belastung nach Fällen werden die in einem Jahr stationär behandelten Patientinnen und Patienten auf die Zahl der Vollzeitkräfte (Vollzeitäquivalente) bezogen.
- Die Belastung nach belegten Betten besagt, wie viele belegte Betten im Jahresdurchschnitt je Pflegetag auf eine Vollzeitkraft entfallen. Es gilt:

$$\frac{\text{Zahl der Pflegetage}}{\text{Zahl der Vollzeitkräfte (Vollzeitäquivalente)} \cdot 365 \text{ Tage}}$$

Belastung ausgewählter Personalgruppen in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 1993-2003 nach Fällen

Patientinnen und Patienten je Vollzeitkraft und Jahr (Anzahl)



Im Jahr 2003 versorgte eine ärztliche Vollzeitkraft im Durchschnitt 209 Patientinnen und Patienten. Im Pflegedienst entfielen 87, im medizinisch-technischen Dienst 75, im Funktionsdienst 301 und beim klinischen Hauspersonal 417 Patientinnen und Patienten auf jeweils eine Vollzeitkraft. Die Belastungsziffer für das Personal im Verwaltungsdienst lag bei 194 Patientinnen und Patienten je Vollzeitkraft.

fern nach Fällen zu berechnen, wohingegen bei den Personalkapazitäten im Wirtschafts- und Versorgungsdienst wie auch im technischen Dienst die stärkere Abhängigkeit von der Zahl der Pflegetage für die Bewertung der Belastung aufgrund der Bettenbelegung spricht.

Lediglich für den Personalstand im Verwaltungsdienst, der statistisch nachweislich in etwa gleich stark durch das Patienten- als auch das Pflegetagevolumen beeinflusst wird, bietet es sich an, beide Kennziffern nachzuweisen.

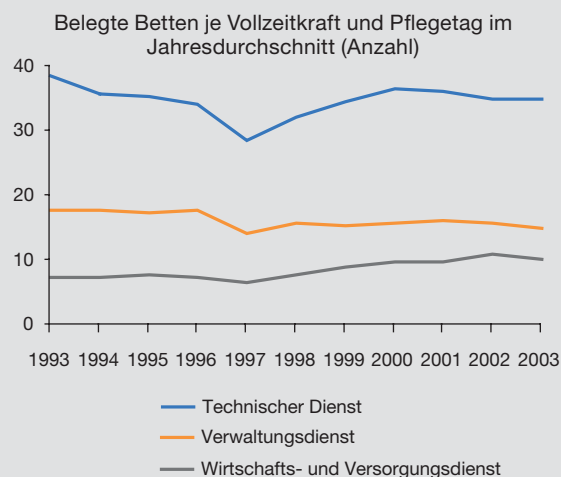
Belastungsziffern vorsichtig interpretieren

Für alle patientenabhängigen Personalgruppen mit Ausnahme des klinischen Hauspersonals hat sich die Belastung nach Fällen – abgesehen von dem mehr oder weniger starken Einschnitten im Reformjahr 1997 – im Zeitablauf kaum verändert. Der Einschnitt zeigt sich beim Pflegedienst und beim medizinisch-technischen Dienst nur schwach, beim ärztlichen Dienst und beim Verwaltungsdienst etwas stärker, beim Funktionsdienst dagegen sehr deutlich. Wollte man daraus den Schluss ziehen, dass es in einzelnen Personalgruppen nur in eingeschränktem Umfang gelungen ist, den Personalstand kurzfristig an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen, muss man allerdings berücksichtigen, dass für die einzelnen Gruppen unterschiedlich starke Beziehungen zur Patientenfallzahl bestehen. Bei vergleichsweise schwacher Korrelation – und dies ist zum Beispiel beim Funktionsdienst der Fall – können Zeitreihenschwankungen auftreten, die eine Tendenz zur Mehr- bzw. Minderbelastung des Personalkörpers in der Kennziffer nicht mehr deutlich erkennen lassen.

Die Auswirkungen einer geringen Korrelation zeigt sehr deutlich die Belastungsziffer beim klinischen Hauspersonal: Sie ist im Zeitablauf deutlichen Schwankungen unterworfen, die unabhängig von der Patientenzahl durch andere Einflüsse hervorgerufen werden. Hier korreliert die Zahl der Arbeitskräfte auch deutlich schwächer mit den Patientenzahlen, als dies beispielsweise für die Beschäftigten im ärztlichen, im Pflege- und im medizinisch-technischen Dienst der Fall ist.

Der gleiche Sachverhalt ergibt sich auch bei der Interpretation der Belastungsziffer, die den Personalstand zur Zahl der Pflegetage in Beziehung setzt. Sie ist eine Messlatte dafür, wie viele belegte Betten je Pflegetag im Jahresdurchschnitt auf eine Vollzeitkraft entfallen. Die so errechnete Bezugsgröße ist aufgrund des gegebenen Beziehungsgeflechts eine geeignete Messzahl für die Belastung des Personals im Wirtschafts- und Versorgungsdienst, im technischen Dienst und im Verwaltungsdienst.

Belastung ausgewählter Personalgruppen in
Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen
1993-2003 nach belegten Betten



Auf jede Vollzeitkraft im Wirtschafts- und Versorgungsdienst kamen im Jahr 2003 jahresdurchschnittlich zehn belegte Betten pro Tag. Für den technischen Dienst und den Verwaltungsdienst ergeben sich Beziehungszahlen von 34,8 bzw. 14,8 Betten je Vollzeitkraft.

Für den Wirtschafts- und Versorgungsdienst wie für den Verwaltungsdienst zeigen sich von 1993 bis 2003 – mit Ausnahme des Reformjahrs 1997, dass auch hier Spuren hinterlässt – ebenfalls kaum Veränderungen. Im Wirtschafts- und Versorgungsdienst ist die Kennziffer – gemessen an den belegten Betten – seit 1997 kontinuierlich gestiegen. Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass sukzessive Leistungen wie Küchen- und Wäschereidienste ausgelagert wurden. Ein Ansteigen der Kennziffer lässt somit nicht automatisch auf eine höhere Belastung des verfügbaren Personals schließen. Die Belastungsziffer im Verwaltungsdienst konsolidierte sich demgegenüber nach 1997 auf etwas niedrigerem Niveau.

Die Belastung des Personals im technischen Dienst zeigt hier den am stärksten uneinheitlichen Verlauf. Der Einschnitt im Reformjahr – der zunächst auf eine vergleichsweise hohe Entlastung des Personalkörpers schließen lässt – fällt sehr kräftig aus. Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass die Personalkapazitäten in diesem Bereich, der unter anderem Betriebsingenieure sowie Haustechniker umfasst, weniger stark von der Belegung der Häuser als vielmehr durch deren laufenden Betrieb bestimmt werden. Trifft dies zu, dann ist diese Ziffer keine geeignete Messlatte, um auf eine Mehr- bzw. Minderbelastung in dieser Personalgruppe zu schließen.

sorgungsdienst zeigt sich eine vergleichsweise starke Abhängigkeit von den erbrachten Leistungen, gemessen in Pflegetagen; der Einfluss der Patientenfallzahlen auf diese Personalgruppen ist eher gering.

Im Verwaltungsdienst – für den sich sowohl starke Abhängigkeiten zur Patientenzahl als auch zu den erbrachten Pflegetagen ergeben – wurde im Jahr 2003 ähnlich viel Personal beschäftigt wie zehn Jahre zuvor.

Inwieweit sich die aufgezeigten Entwicklungen in Mehr- oder Minderbelastungen der Beschäftigten niederschlagen, lässt sich statistisch in so genannten Personalbelastungszahlen ausdrücken. Diese globalen Kennziffern sind jedoch nur sehr eingeschränkt geeignet, die reale Belastung des Personals abzubilden. Auf diese Problematik wird in einer gesonderten Darstellung (siehe

Kasten „Im Blick: Belastungskennziffern als Indikatoren für Personal- und Kapazitätsausstattung in den Kliniken“) eingegangen. Die dort dargestellten Entwicklungen beziehen sich – wie die Darstellungen in diesem Beitrag – auf den Zehnjahreszeitraum 1993 bis 2003. Sie schließen damit das Jahr 1997 ein, das als ein Schicksalsjahr in die Annalen der Branche eingehen wird.

Gerd Reh, Diplom-Volkswirt, ist als Referent für die Bildungs-, Gesundheits- und Rechtspflegestatistiken zuständig.

Das Risiko, ein Pflegefall zu werden



Von Günter Ickler

Die wachsende Zahl älterer Menschen bringt eine immer größere Zahl Pflegebedürftiger mit sich. Zur sozialen Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit wurde als eigenständiger Zweig der Sozialversicherung eine soziale Pflegeversicherung geschaffen, die stufenweise in den Jahren 1995 und 1996 eingeführt wurde. Eine Statistik über Pflegeheime, ambulante Pflegedienste sowie die Empfänger pflegerischer Leistungen wird seit 1999 alle zwei Jahre durchgeführt. Die Definitionen und Abgrenzungen der Statistik beruhen auf dem Pflege-Versicherungsgesetz (Sozialgesetzbuch XI).

Wachsende Zahl älterer Menschen

Die Zahl älterer Menschen wächst immer weiter. Mittlerweile ist jeder vierte Rheinland-Pfälzer 60 Jahre oder älter. Im Jahr 1970 gehörte erst jeder Fünfte zu dieser Altersgruppe. Nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes zur künftigen Bevölkerungsentwicklung wird die Zahl der Menschen, die 60 Jahre oder älter sind, bis zum Jahr 2050 noch einmal um rund 20% zunehmen (mittlere Modellvariante, siehe Kasten).

Sechsmal so viele über 80-Jährige wie vor 50 Jahren

Besonders stark ausgeprägt sind die Veränderungen bei den Hochbetagten. Bis zum Jahr 2003 hat sich die Zahl der Seniorinnen und Senioren, die 80 Jahre oder älter sind, innerhalb von 50 Jahren mehr als versechsfacht und wird auch zukünftig steigen. Die Bevölkerungsprojektion errechnet für den Zeitraum bis 2050 nochmals eine Verdoppelung.

Demographisch bedingt mehr Pflegefälle

Ein höheres Lebensalter geht vielfach mit Krankheit und Gebrechlichkeit einher. Die betroffenen Menschen sind zur Bewälti-

Info

Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung

Das Statistische Landesamt erstellt in unregelmäßigen Zeitabständen Modellrechnungen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung. Den letzten Berechnungen liegt die fortgeschriebene Bevölkerung des Jahres 2000 zugrunde. In mehreren Varianten wurden alternative Entwicklungen zur künftigen Geburtenhäufigkeit, zur Lebenserwartung sowie zu den Wanderungen unterstellt. Die mittlere Variante beruht auf folgenden Annahmen:

- Geburtenrate: konstante Geburtenrate von 1,4 Kindern je Frau.
- Lebenserwartung: bis 2050 um vier Jahre steigende Lebenserwartung.
- Wanderungssaldo: abnehmender Wanderungsüberschuss bis 2006 auf jährlich 5 000 Personen, danach konstant.

gung des Alltags dann häufig auf Hilfe angewiesen; unter Umständen werden sie pflegebedürftig. Auch wenn der Anteil der Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölke-

rung (2,3% im Jahr 2003) gering erscheint, ist unbestritten, dass ihre Zahl aufgrund der demographischen Entwicklung zukünftig erheblich ansteigen wird.

Mehr als die Hälfte der Pflegebedürftigen ist älter als 80 Jahre

95 000 Menschen pflegebedürftig – zwei Drittel sind Frauen

Nach den Ergebnissen der Pflegestatistik aus dem Jahr 2003 gelten fast 95 000 Menschen in Rheinland-Pfalz als pflegebedürftig; etwa zwei Drittel davon sind Frauen. 54% der Pflegebedürftigen sind 80 Jahre oder älter, knapp 13% sind noch keine 60 Jahre alt.

Pflegebedürftige überwiegend zu Hause

Mehr als zwei Drittel oder rund 67 000 der Pflegebedürftigen leben zu Hause. Von diesen nehmen knapp 19 000 die Leistungen

T 1

Pflegebedürftige 2003 nach dem Alter und der Art der Pflege

Alter in Jahren	Pflegebedürftige		Davon			
	insgesamt	weiblich	mit Pflege zu Hause			in Heimen ¹⁾
			zusammen	versorgt durch		
				ambulante Pflegediens- te ¹⁾	Ange- hörige ²⁾	
unter 15	2 710	1 184	2 700	87	2 613	10
15-60	9 503	4 466	8 897	1 001	7 896	606
60-65	3 345	1 532	2 715	542	2 173	630
65-70	5 625	2 712	4 409	1 025	3 384	1 216
70-75	8 160	4 402	6 293	1 711	4 582	1 867
75-80	14 034	9 203	10 209	3 297	6 912	3 825
80-85	20 221	15 446	13 396	4 637	8 759	6 825
85-90	14 604	11 892	8 916	3 103	5 813	5 688
90 und älter	16 552	14 149	9 390	3 401	5 989	7 162
Insgesamt	94 754	64 986	66 925	18 804	48 121	27 829

1) Stand: 15.12.2003. – 2) Pflegebedürftige, die ausschließlich Pflegegeld erhalten (Pflegegeldempfänger); Stand: 31.12.2003.

gen eines ambulanten Pflegedienstes in Anspruch. Mehr als 48 000 der Betroffenen erhalten ausschließlich Pflegegeld und werden damit in aller Regel allein von Angehörigen betreut. Etwa 28 000 Pflegebedürftige werden stationär in Pflegeheimen versorgt.

Info

Pflegebedürftigkeit

Pflegebedürftig sind nach der Definition des Pflege-Versicherungsgesetzes Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße der Hilfe bedürfen.

Die pflegerische Versorgung kann zu Hause oder in Heimen erfolgen. Bei der häuslichen Pflege besteht die Möglichkeit, die Leistungen eines ambulanten Pflegedienstes in Anspruch zu nehmen oder ausschließlich Geldleistungen der Pflegeversicherung zu beanspruchen und die Pflege mit Hilfe von Angehörigen zu organisieren.

Pflegewahrscheinlichkeit – Anteil der Pflegebedürftigen an der Bevölkerung gleichen Alters

Das Pflegerisiko, also die Wahrscheinlichkeit, zum Pflegefall zu werden, ist in hohem Maße vom Alter abhängig. Bezieht man die nach dem Alter differenzierte Zahl der Pflegebedürftigen auf die Bevölkerung des jeweils gleichen Alters, so erhält man eine relative Häufigkeit, die sich als Pflegewahrscheinlichkeit interpretieren lässt. Das so eingeschätzte Pflegerisiko ist unter anderem dann von praktischer Bedeutung, wenn mit der Übertragung von Wohneigentum oder mit Grundstücks- und Immobiliengeschäften

T 2

Pflegewahrscheinlichkeit 2003 nach Altersgruppen und Geschlecht

Alter in Jahren	Insgesamt	Männlich	Weiblich
	Anteil der Pflegebedürftigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %		
unter 15	0,4	0,5	0,4
15-60	0,4	0,4	0,4
60-65	1,3	1,5	1,2
65-70	2,3	2,5	2,2
70-75	4,6	4,6	4,5
75-80	9,0	8,0	9,7
80-85	18,9	14,5	20,8
85-90	37,0	26,3	40,8
90 und älter	53,6	31,4	60,9
Insgesamt	2,3	1,5	3,1

ten eine Pflege- und Versorgungspflicht des Erwerbers verbunden wird. Im übrigen bilden die berechneten Pflegewahrscheinlichkeiten einen der Bausteine von Modellen zur Vorausschätzung der künftigen Zahl der Pflegebedürftigen.

Mehr als 50% der über 90-Jährigen sind pflegebedürftig

Die Wahrscheinlichkeit, zum Pflegefall zu werden, steigt mit zunehmendem Alter. So erhalten nur 0,4% der unter 60-Jährigen, aber 1,8% der 60- bis 70-Jährigen und 6,6% der 70- bis 80-Jährigen eine Betreuung nach dem Pflege-Versicherungsgesetz. Von den 80- bis 90-Jährigen sind sogar 23,8% als pflegebedürftig eingestuft, bei Personen, die 90 Jahre oder älter sind, fast 54%.

Höhere Lebenserwartung verursacht mehr Pflegefälle bei Frauen

Das Pflegerisiko ist aber auch geschlechtsabhängig. 3,1% aller Frauen, aber nur 1,5% der Männer sind pflegebedürftig. Das liegt zum einen an der deutlich höheren Lebenserwartung der Frauen. Zum anderen ist aber auch das Risiko für die Männer, in höherem Alter zum Pflegefall zu werden, offensichtlich geringer. Bis zum Alter von

73 Jahren liegen die Wahrscheinlichkeiten beim männlichen Geschlecht etwas über denen beim weiblichen, im darüber liegenden Alter sind die Werte für die Frauen aber deutlich größer. So sind fast zwei Drittel der über 90-jährigen Frauen, aber nur ein Drittel der Männer in diesem Alter pflegebedürftig. Als eine Ursache hierfür kann vermutet werden, dass von Krankheit und Gebrechlichkeit betroffene Männer eher sterben als Frauen in vergleichbaren Situationen. Die geringere Lebenserwartung der Männer hat zur Folge, dass beispielsweise der Bevölkerungsanteil der Frauen bei den über 75-Jährigen zwei Drittel und bei den über 90-Jährigen sogar mehr als drei Viertel beträgt.

Pflegewahrscheinlichkeit bei älteren Männern geringer als bei Frauen

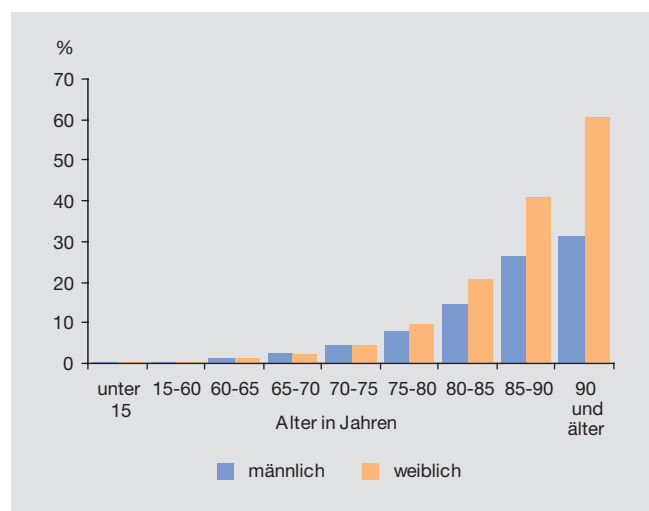
Zukünftig wesentlich mehr Pflegebedürftige

Alters- und geschlechtsspezifische Pflegewahrscheinlichkeiten lassen sich in einem einfachen Modell auch zur Berechnung der zukünftigen Zahl der Pflegebedürftigen

Demographisch bedingte Zunahme bei konstant gehaltener Pflegewahrscheinlichkeit

S 1

Pflegewahrscheinlichkeit 2003 nach Altersgruppen und Geschlecht



heranziehen, indem aktuelle Pflegequoten auf die voraussichtliche zukünftige Bevölkerungsstruktur übertragen werden. Im vorliegenden Fall werden die Pflegewahrscheinlichkeiten des Jahres 2003 – differenziert nach einzelnen Altersjahren und Geschlecht – mit den Ergebnissen der Bevölkerungsvorausberechnung¹⁾ multipliziert. Dadurch ergeben sich Aussagen zur künftigen Zahl der Pflegebedürftigen, die in diesem Beitrag für die Gesamtbevölkerung und die Gruppe der über 75-Jährigen dargestellt werden. Die Pflegewahrscheinlichkeiten des Jahres 2003 wurden bei den Berechnungen im Zeitablauf konstant gehalten. Änderungen in der Zahl der Pflegebedürftigen sind damit allein auf die demographische Entwicklung, also die Alterung der Bevölkerung, zurückzuführen.

Nach dieser Projektion wird die Zahl der Pflegebedürftigen in Zukunft erheblich zunehmen. Für die Gesamtzahl ist bis zum Jahr 2050 mit einem Anstieg um nahezu 60% auf rund 151 000 Personen zu rechnen. Die Zahl der Pflegebedürftigen, die 75 Jahre oder älter sind, wird sich auf 125 000 fast verdoppeln.

Erhebliche Zunahme der Zahl der Pflegebedürftigen: fast 60% bis zum Jahr 2050

Aufgrund der Veränderungen in der Altersstruktur der Bevölkerung ändert sich – auch bei alters- und geschlechtsspezifisch konstanter Pflegewahrscheinlichkeit – der Anteil der Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölkerung und damit das Risiko, irgendwann im Verlauf des Lebens zum Pflegefall zu werden. Da der Anteil der älteren Menschen zunimmt, wächst aufgrund des positiven Zusammenhangs zwischen Pflegewahrscheinlichkeit und Alter auch der Anteil der Pflegebedürftigen. Nach der Modellrechnung wird der Anteil aller Pfl-

Anteil der Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölkerung wird steigen

1) Ergebnisse der Modellrechnungen des Statistischen Landesamtes zur Bevölkerungsentwicklung (mittlere Variante, Basisjahr: 2000).

T 3

Pflegewahrscheinlichkeit und Pflegebedürftige 2003-2050

Jahr	Pflegewahrscheinlichkeit ¹⁾			Pflegebedürftige		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
	Anteil der Pflegebedürftigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe in %			Anzahl		

Bevölkerung im Alter von 75 Jahren und älter

2003	19,6	13,2	22,9	65 411	14 721	50 690
2010	20,4	13,7	24,4	74 849	18 558	56 291
2020	21,4	15,0	25,5	88 329	24 030	64 299
2030	21,5	14,9	25,7	96 117	26 233	69 884
2040	21,3	15,0	25,3	112 886	31 209	81 677
2050	24,0	16,5	28,7	124 958	32 976	91 982

Bevölkerung insgesamt

2003	2,3	1,5	3,1	94 754	29 768	64 986
2010	2,6	1,7	3,5	105 177	33 977	71 200
2020	3,0	2,1	4,0	118 107	39 264	78 843
2030	3,4	2,3	4,5	127 478	42 054	85 424
2040	4,0	2,7	5,3	141 533	45 579	95 954
2050	4,5	2,9	6,1	150 832	46 077	104 756

1) Berechnet mit konstant gehaltenen alters- und geschlechtsspezifischen Pflegewahrscheinlichkeiten (Werte des Jahres 2003) auf der Grundlage der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung (mittlere Variante der Modellrechnungen des Statistischen Landesamtes auf der Basis der Bevölkerungszahlen des Jahres 2000).

gebedürftigen an der Gesamtbevölkerung bis zum Jahr 2050 von 2,3% auf 4,5% steigen.

Beschränkt man diese Betrachtung auf die Altersgruppe der über 75-Jährigen, so errechnet sich auf der Basis der aktuellen Pflegewahrscheinlichkeiten ein Anstieg des Anteils der Pflegebedürftigen von 19,6 auf 24% für das letzte Jahr der Modellrechnung. Eine Unterscheidung nach dem Geschlecht ergibt, dass Männer in dieser Altersgruppe im Jahr 2050 ein Pflegerisiko von 16,5% und Frauen von 28,7% haben werden.

Bei den Berechnungen wurde keine Unterscheidung nach der Pflegeform vorgenommen. Wie eingangs erwähnt, werden pflegebedürftige Menschen überwiegend

allein durch Angehörige versorgt. Dies sind größtenteils die Ehefrauen und Töchter oder Schwiegertöchter. Aufgrund von Veränderungen der Haushalts- und Familienstrukturen und der vermutlich weiter zunehmenden Frauenerwerbstätigkeit ist anzunehmen, dass der für die häusliche Pflege zur Verfügung stehende Personenkreis kleiner wird, so dass die Zahl der in Heimen zu versorgenden Menschen von daher tendenziell zunimmt.

Günter Ickler, Diplom-Ökonom, leitet das Referat „Bevölkerung, Beschäftigte, Soziale Leistungen“.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

ifo Geschäftsklimaindex im April nochmals gesunken

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

Der ifo Index hat sich im April weiter verschlechtert. Er sank von 94 auf 93,3 Punkte und hat damit den niedrigsten Stand seit September 2003 erreicht. Obwohl er zum dritten Mal in Folge zurück gegangen ist, sehen Experten noch keine Anzeichen für eine Rezession. Allerdings hat die konjunkturelle Dynamik weiter nachgelassen, und sie wird wohl auch in den kommenden Monaten schwach bleiben. Als Ursache hierfür führen die Experten die weiterhin schwache Inlandsnachfrage an. Die Exporte laufen dagegen gut.

Wie bereits in den beiden Vormonaten wurden von den befragten Unternehmen sowohl die Geschäftslage als auch die Erwartungen ungünstiger beurteilt. Der Teilindex für die Geschäftserwartungen fiel deutlich von 94,6 auf 93,6 Zähler. Die Lageeinschätzung der Unternehmen sank dagegen nicht so stark, sie ging lediglich von 93,3 auf 93,1 Punkte zurück. Für die insgesamt schlechte Stimmung in den Unternehmen sind nach Meinung der Experten der hohe Ölpreis und der starke Euro verantwortlich.

Im verarbeitenden Gewerbe hat sich das Geschäftsklima wie bereits im Vormonat noch einmal spürbar verschlechtert, weil die Unternehmen in diesem Wirtschaftsbereich sowohl ihre aktuelle Geschäftslage als auch ihre Geschäftserwartungen für

die kommenden sechs Monate ungünstiger einschätzen.

Auch im Großhandel haben sich Lageeinschätzung und Erwartungen merklich verschlechtert.

Im Bauhauptgewerbe, das bereits seit langem in der Krise steckt, hat sich die Stimmung weiter verbessert. Die Unternehmen des Bauhauptgewerbes beurteilen sowohl die Geschäftslage als auch die Erwartungen günstiger als noch im März.

Eine Klimaverbesserung gab es auch im Einzelhandel. Hier hat sich die Lageeinschätzung weiter verbessert, und anders als im Vormonat beurteilen die Einzelhändler nun auch die Geschäftsaussichten für die kommenden sechs Monate günstiger.

Freundlichere Stimmung im Bauhauptgewerbe

Stimmungsverbesserung auch im Einzelhandel

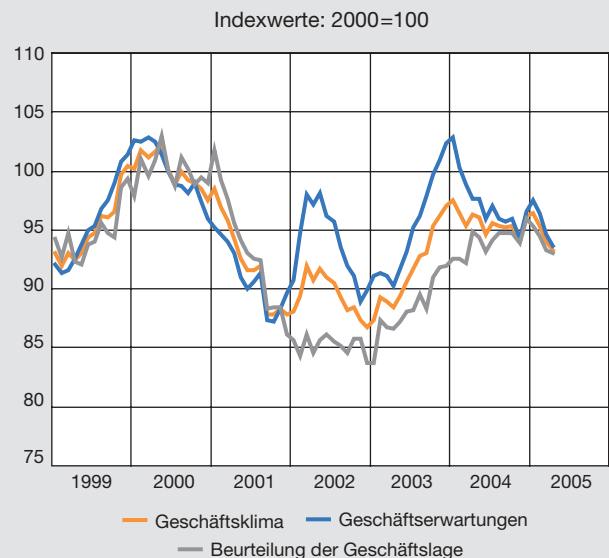
Konjunkturelle Dynamik lässt weiter nach

Sowohl Beurteilung der Lage als auch der Geschäftserwartungen ungünstiger

Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe und im Großhandel merklich schlechter

Stand:
April
2005

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



1) Verarbeitendes Gewerbe, Bauhauptgewerbe, Groß- und Einzelhandel (saisonbereinigt).

Quelle: ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München.

Steigende Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe und im Bausektor

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung. Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes aufgrund von Großaufträgen von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt der Auftragseingänge im Januar 2005 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Der preisbereinigte Zuwachs belief sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat auf 9,3%. Damit hat sich die Zuwachsrate im Vergleich zum Vormonat zum dritten Mal in Folge erhöht (Dezember 2004: +8,7%).

Allerdings ist die Vergleichbarkeit der Auftragsentwicklung gegenüber den Vormonaten durch erfassungstechnische Änderungen im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ eingeschränkt. Wegen des hohen Gewichts der chemischen Industrie am verarbeitenden Gewerbe können sich diese Änderungen auch im Gesamtergebnis auswirken.

Die günstige Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe zu Beginn des Jahres ist ausschließlich auf die kräftige Zunahme des Exportgeschäfts zurückzuführen. Die Auftragseingänge aus dem Ausland lagen im Januar 2005 real um 18,9% über dem Vorjahresmonat. Dagegen waren die Auftragseingänge aus dem Inland im Vergleich zum Vorjahresmonat zum ersten Mal nach September 2004 wieder rückläufig. Ge-

genüber Januar 2004 wurde ein Minus von 0,1% registriert. Im Dezember 2004 war hier noch eine Zunahme um 2,3% zu verzeichnen.

Der Fahrzeugbau, der etwa 14% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, verbuchte im Januar 2005 real 8,9% mehr Bestellungen als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die Zuwachsrate hat sich im Vergleich zum Vormonat um 0,7 Prozentpunkte leicht erhöht, nachdem die Entwicklung im Dezember etwas an Dynamik eingebüßt hatte. Die Inlandsbestellungen lagen dagegen im Vergleich zum Januar 2004 um 17,7% niedriger und waren zum sechsten Mal hintereinander rückläufig. Die Aufträge aus dem Ausland stiegen, ausgehend von ihrem schon hohen Niveau, nochmals deutlich an. Der Zuwachs im Drei-Monats-Durchschnitt um 35,7% wird dabei in erster Linie durch Großaufträge aus den Monaten Dezember 2004 und Februar 2005 bestimmt.

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) ist die Nachfrage weiter gestiegen. Das Volumen der Auftragseingänge nahm gegenüber dem Januar des Vorjahres um 8,6% zu. Die Zuwachsrate ist im Vergleich zum Vormonat um weitere 1,5 Prozentpunkte gestiegen, nachdem sie zuvor bereits zweimal zulegen konnte, und zwar um 2,4 bzw. 3,7 Prozentpunkte. Bei den Inlandsbestellungen war im Januar 2005 mit einem Anstieg von 5,6% wieder eine positive Entwicklung gegenüber dem Vorjahresmonat zu verzeichnen. Allerdings fiel der Zuwachs im Vergleich zum Vormonat um 6,5 Prozentpunkte geringer aus. Das Auslandsgeschäft erholte sich nach dem Einbruch im Oktober 2004 (Abnahme gegenüber September um 12,7 Prozentpunkte). Mit 6,3 Prozentpunkten war der Anstieg im Januar dabei noch deutlicher als im Dezember (+3,6 Prozent-

Auslandsaufträge im Fahrzeugbau weiter auf sehr hohem Niveau – Inlandsaufträge stark rückläufig

Auftragseingänge aus dem Ausland gewinnen im Maschinenbau an Schwung

Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe mit den Vormonaten nur bedingt vergleichbar

Steigerung der Auftragseingänge ausschließlich auf das Auslandsgeschäft zurückzuführen

Schwächere Auftragsnachfrage in der Metallherzeugung und -verarbeitung

punkte). Im Jahresvergleich kam es somit zu einem Plus der Auslandsbestellungen von 10,5% gegenüber Januar 2004.

In der Metallherzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 10%) lagen die Auftragseingänge im Januar 2005 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 3,4% höher. Hier nahmen die Inlandsbestellungen im Vergleich zum Januar 2004 um 1,8% und die Auftragseingänge aus dem Ausland um 5,8% zu. Damit kam es im Inlandsgeschäft (Dezember 2004: +4,7%) zu einer Verschlechterung der Auftragslage, im Auslandsgeschäft (Dezember 2004: +3,6%) dagegen zu höheren Zuwächsen.

Vergleichbarkeit mit den Vormonaten in der chemischen Industrie eingeschränkt

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 32%) ist die Vergleichbarkeit der Auftragsentwicklung mit den Vormonaten durch erfassungstechnische Änderungen eingeschränkt. Die Auswirkungen lassen sich nicht quantifizieren.

Die Auftragseingänge in der chemischen Industrie erhöhten sich im Januar 2005 um 17,3% gegenüber dem Wert des Vorjahresmonats. Im Vergleich zum Dezember 2004 war damit ein weiterer Anstieg um 1,6 Prozentpunkte zu verzeichnen. Die Inlandsaufträge stiegen im Vergleich zum Januar 2004 um 9% und lagen um 2,1 Prozentpunkte über dem Dezemberwert. Die Entwicklung des Auslandsgeschäftes hat sich wiederum deutlich verbessert. Die Aufträge stiegen hier im Vergleich zum Januar 2004 um 22% und legten auch gegenüber dem Vormonat noch einmal zu.

Steigende Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe bei weiter sinkender Zahl an Baugenehmigungen

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im Januar 2005 um 3,7% gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Nach fünf Monaten mit rückläufiger Entwicklung war im

Dezember 2004 erstmals wieder eine positive Entwicklung zu verzeichnen. Diese fiel mit 7,1% allerdings um 3,4 Prozentpunkte höher aus, als der Anstieg zum Jahresbeginn 2005.

Die Zahl der Baugenehmigungen sinkt seit Anfang 2004 im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat. Im Januar 2005 kam es mit -41,5% zum bisher deutlichsten Rückgang im Jahresvergleich. Zuvor hatte die Veränderungsrate im November und Dezember 2004 bei einem Minus von 24 bzw. 32,5% gelegen.

Austausch der Berichtsbetriebe in den Repräsentativerhebungen im Handel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen und sich verändern. Auch hier wird zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Die sonst übliche Darstellung der Umsatzentwicklung in den Bereichen Einzelhandel, Großhandel und Gastgewerbe kann wegen der Umstellung der Statistiken in diesen Branchen auf einen neuen Berichterstattungskreis vorübergehend nicht erfolgen. Nach Abschluss der Umstellungsarbeiten werden die entsprechenden Ergebnisse wieder verfügbar sein. Daher erfolgt an dieser Stelle noch einmal ein kurzer Rückblick auf die Umsatzentwicklung im November 2004.

Berichtskreiswechsel im Handel und Gastgewerbe führt zu Verzögerungen bei der Ergebniserstellung

Die Einzelhandelsumsätze waren im November 2004 preisbereinigt gegenüber November 2003 um 1,2% gesunken und gingen damit ähnlich stark zurück wie in den beiden Vormonaten.

Rückblick auf die Umsatzentwicklung im November 2004

Die Umsatzentwicklung im Großhandel war ebenfalls rückläufig. Im November 2004 gingen die realen Großhandelsumsätze im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um 1% zurück.

Für das Gastgewerbe hat sich die Abnahmerate in den vergangenen Monaten auf einem hohen Niveau eingependelt. Die Umsätze in Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. verringerten sich im November 2004 gegenüber dem November des Vorjahres real um 6%.

Verbraucherpreisindex im April schwächer gestiegen

Preisanstieg schwächer als in den Vormonaten: +1,7%

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskennzeichen, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Der Verbraucherpreisindex belief sich im April 2005 auf einen Wert von 107,6. Er lag damit um 1,7% über dem Wert vom April des Vorjahres. Die Preissteigerungsrate war etwas geringer als im Vormonat. Binnen Monatsfrist veränderten sich die Preise nicht.

Am stärksten verteuerten sich die alkoholischen Getränke und Tabakwaren (+6,2% im Vergleich zum April 2004) sowie die Preise in den Bereichen Verkehr (+3,9%) und Bildungswesen (+3,7%). Die Preise für Freizeit, Unterhaltung und Kultur (–1,4%), für Nachrichtenübermittlung (–0,7%) sowie für Möbel, Hausrat und ihre laufende Instandhaltung (–0,2%) waren im Vergleich zum Vorjahresmonat dagegen rückläufig.

Arbeitslosigkeit im März leicht gesunken

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Im März hat sich die Lage am Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz etwas verbessert, weil witterungs- und saisonabhängige Betriebe damit begonnen haben, Arbeitskräfte wieder einzustellen, die sie in den Wintermonaten entlassen hatten. Darüber hinaus wurden insbesondere für jüngere Arbeitslose Zusatzjobs im kommunalen, sozialen und kulturellen Bereich geschaffen. Mitte März 2005 waren deshalb nur noch rund 193 800 Frauen und Männer ohne Arbeit – gut 3 200 Personen weniger als im Monat zuvor. Im Vergleich zum März 2004 war die Zahl der Arbeitslosen allerdings um rund 34 600 höher. Hierin kommt der weiterhin belastende Einfluss der Arbeitsmarktreformen zum Ausdruck. Durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird seit Jahresbeginn ein großer Teil der bisher „versteckten Arbeitslosigkeit“ in den Statistiken offen gelegt.

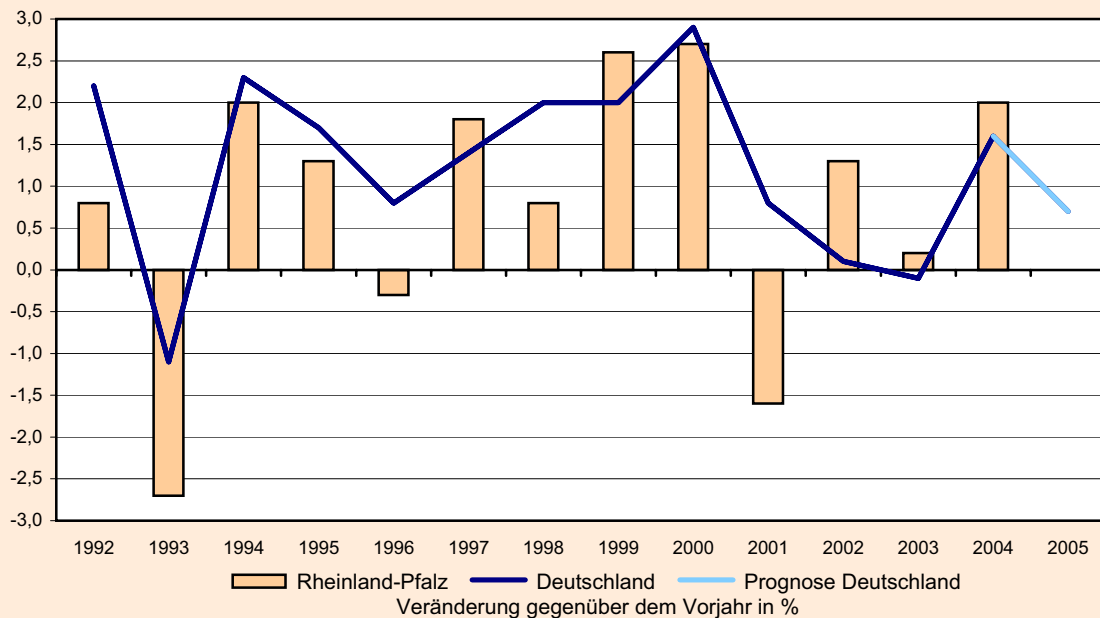
Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, sank im März leicht auf 9,6%; im Februar hatte sie bei 9,8% und im März 2004 bei 7,9% gelegen.

Leichte Entspannung am Arbeitsmarkt

Arbeitslosenquote im Monatsvergleich um 0,2 Prozentpunkte gesunken

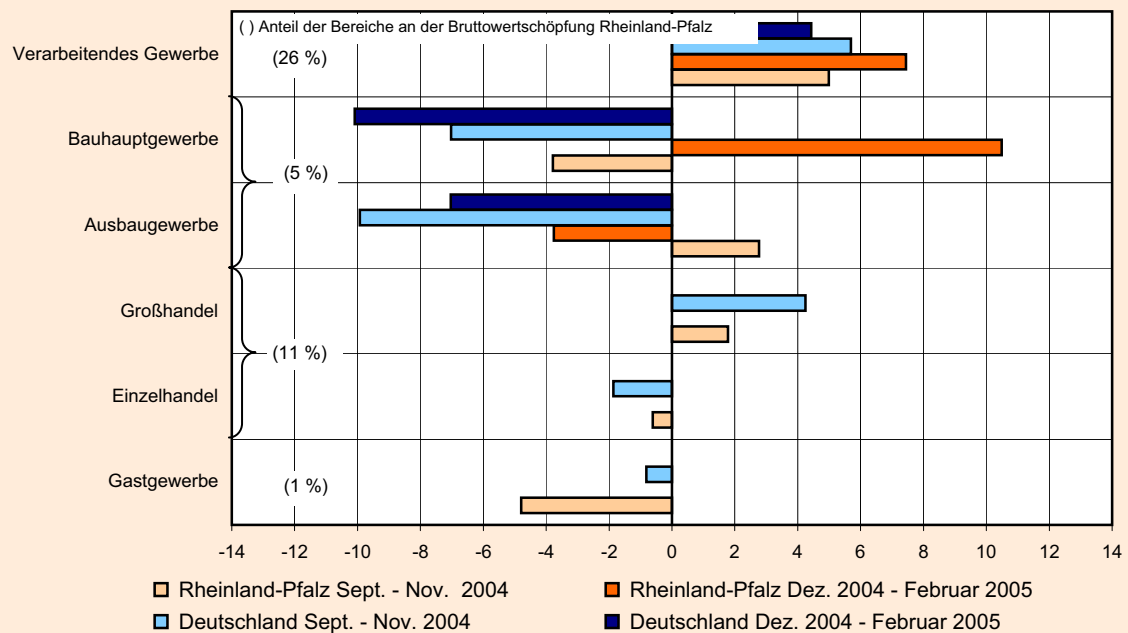
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Prognosen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in diesem Bereich als Referent tätig.

**Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾**
(Berechnungsstand: Januar 2005)



1) Nächster Fortschreibungstermin für das 1. Halbjahr 2005 im September 2005. - Quelle Prognosewert 2005: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.; Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2005.

**Umsatz (nominal) nach ausgewählten Bereichen
in Rheinland-Pfalz und Deutschland**



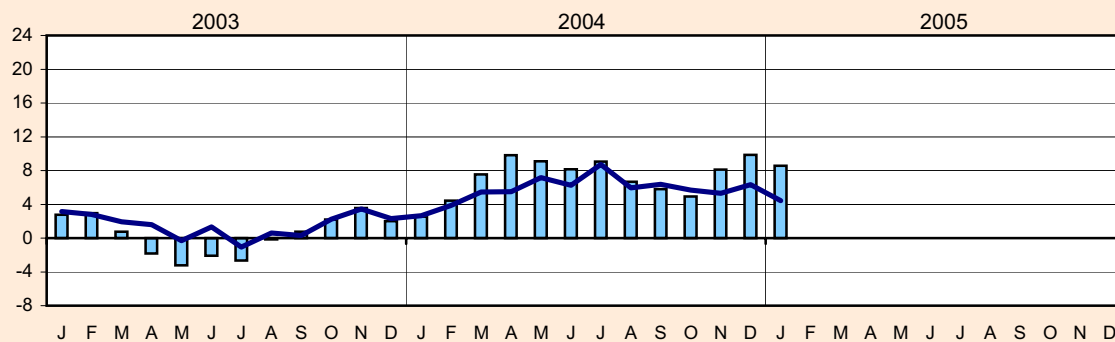
3-Monats-Durchschnitte¹⁾; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Ausbaugewerbe: Quartalsergebnisse; Groß- u. Einzelhandel, Gastgewerbe: Januar u. Februar 2005 liegen noch nicht vor.

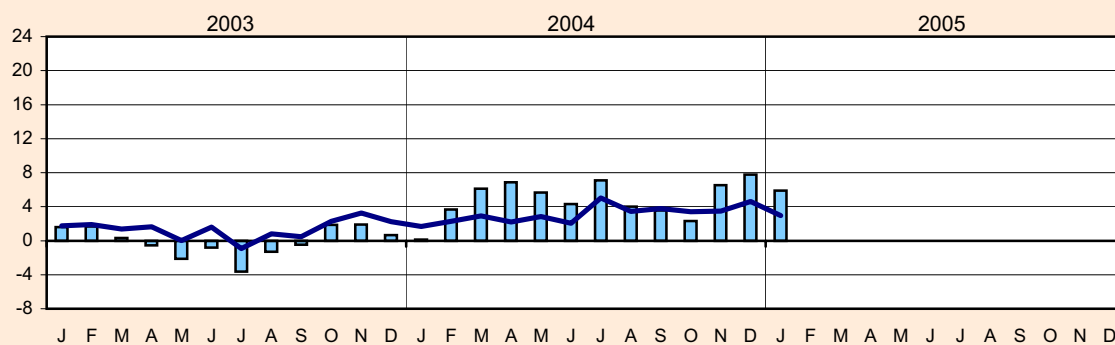
Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Deutschland

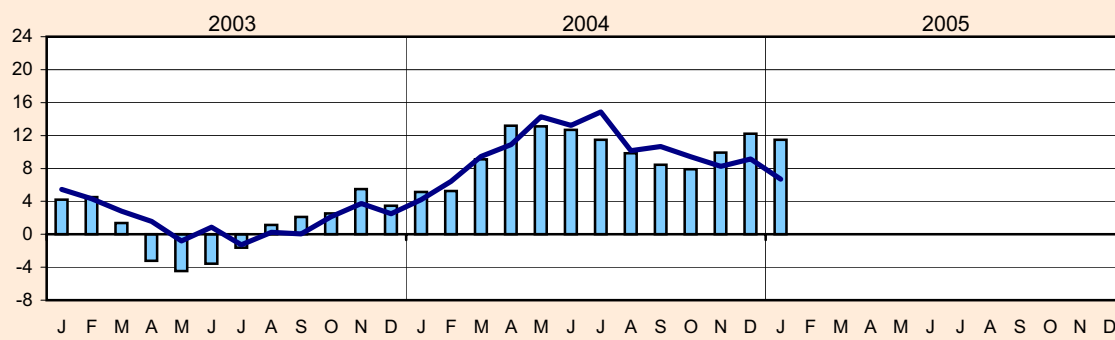
Insgesamt



Inland



Ausland



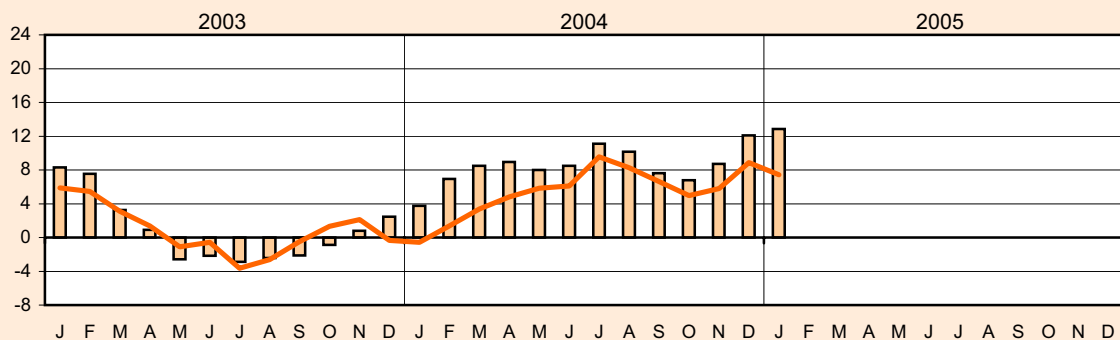
Auftragseingang — Gesamtumsatz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

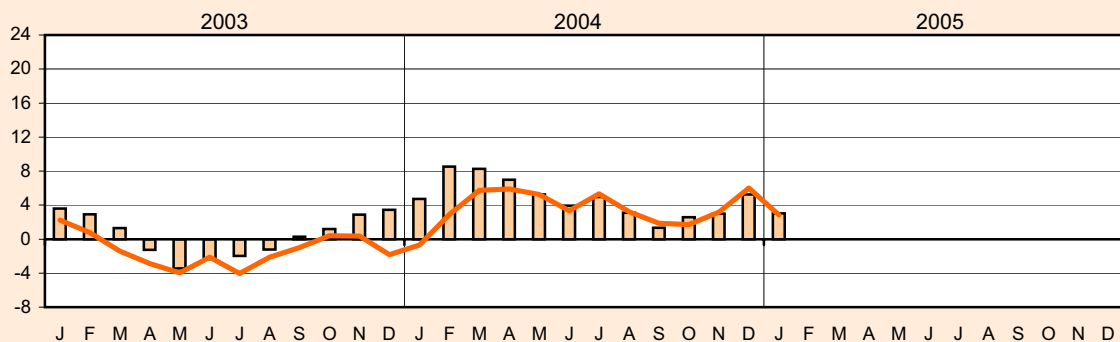
Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Rheinland-Pfalz

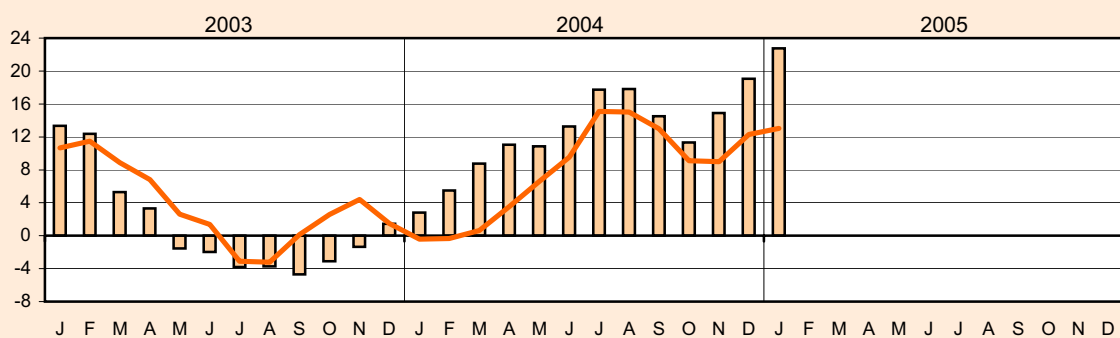
Insgesamt



Inland



Ausland

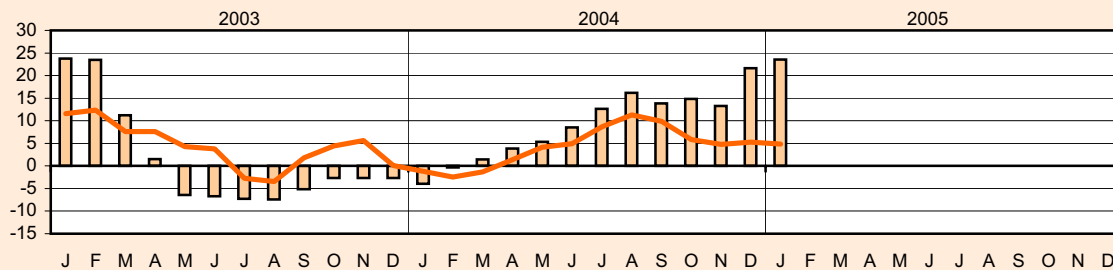


Auftragseingang Gesamtumsatz

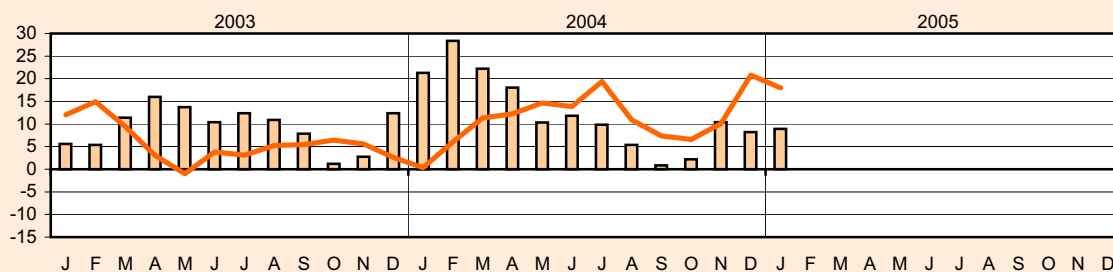
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

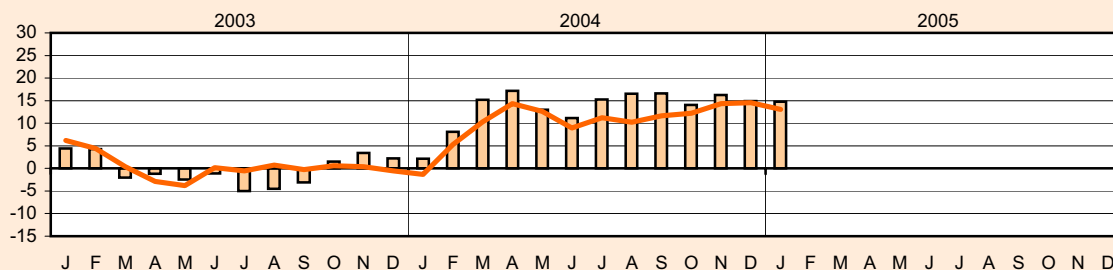
Chemische Erzeugnisse (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 32%)



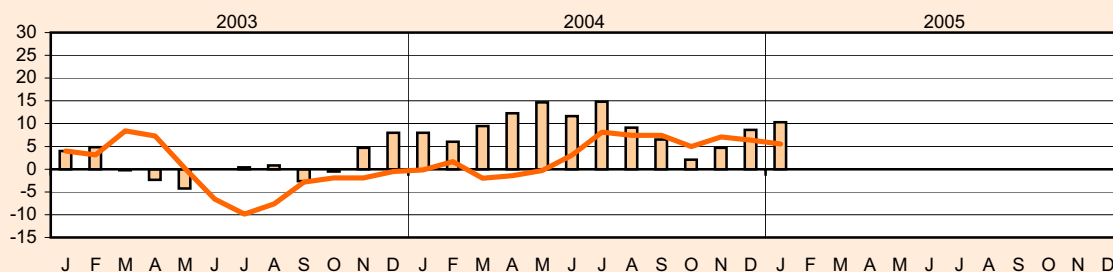
Fahrzeugbau (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 15%)



Metallerzeugung und -verarbeitung (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 10%)



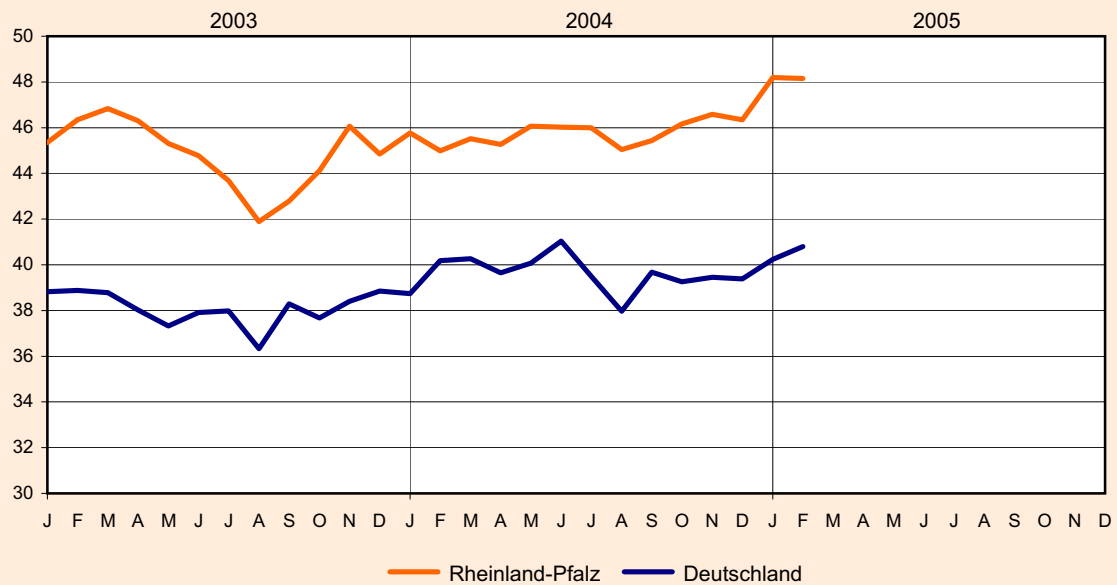
Maschinenbau (Anteil am Gesamtumsatz 2004: 9%)



■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

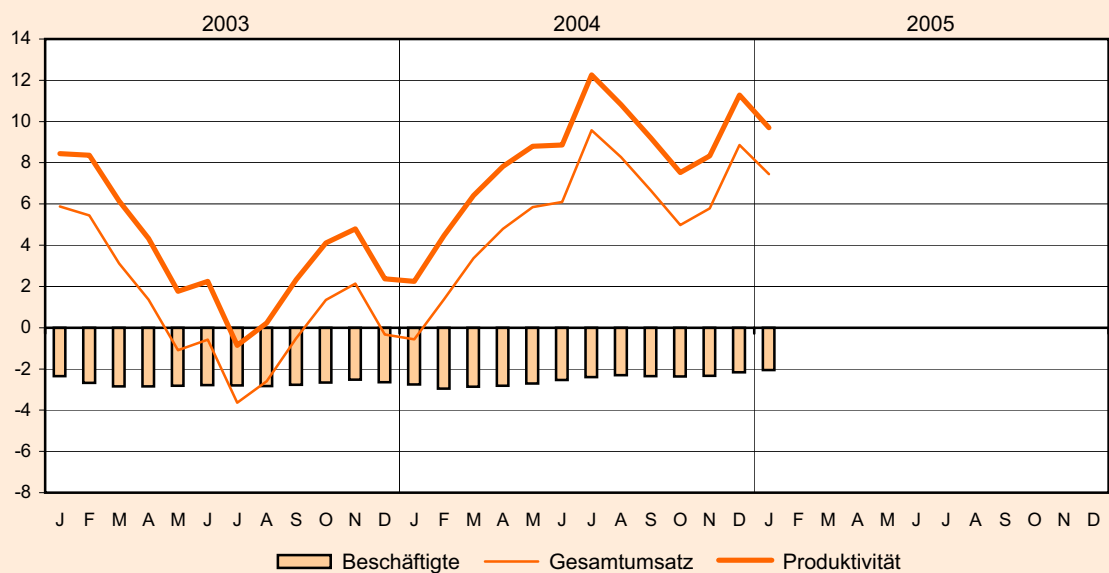
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %.

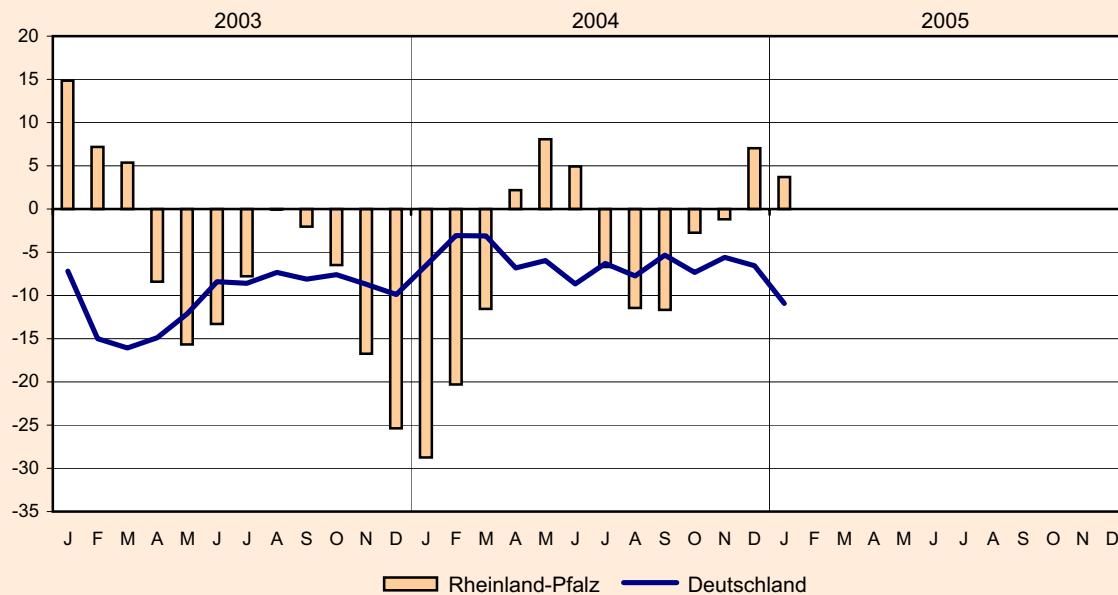
Beschäftigte, Umsatz und Produktivität im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

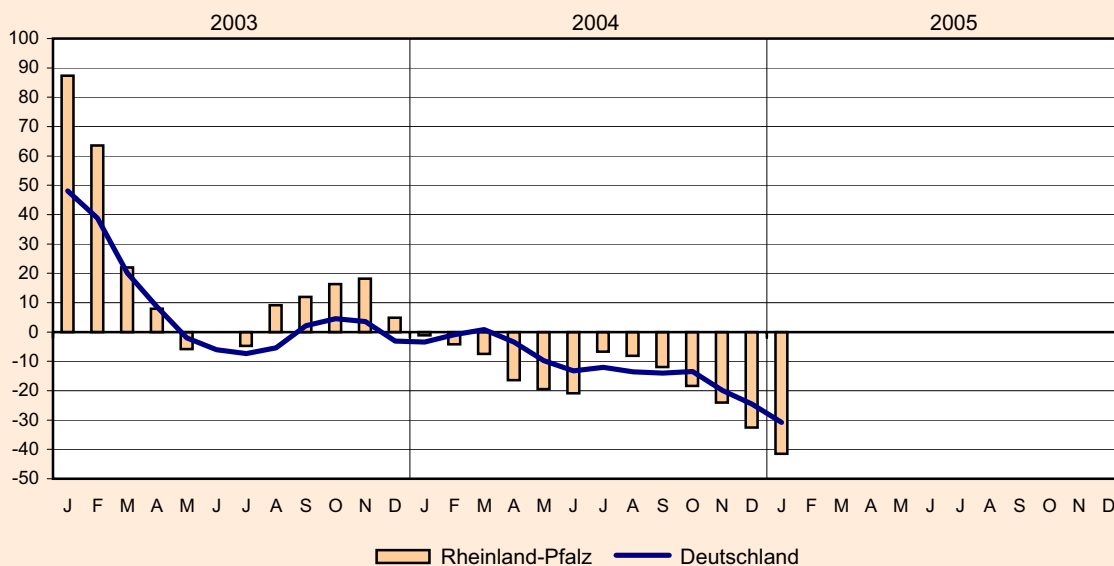
Produktivität: Umsatz je Beschäftigten.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



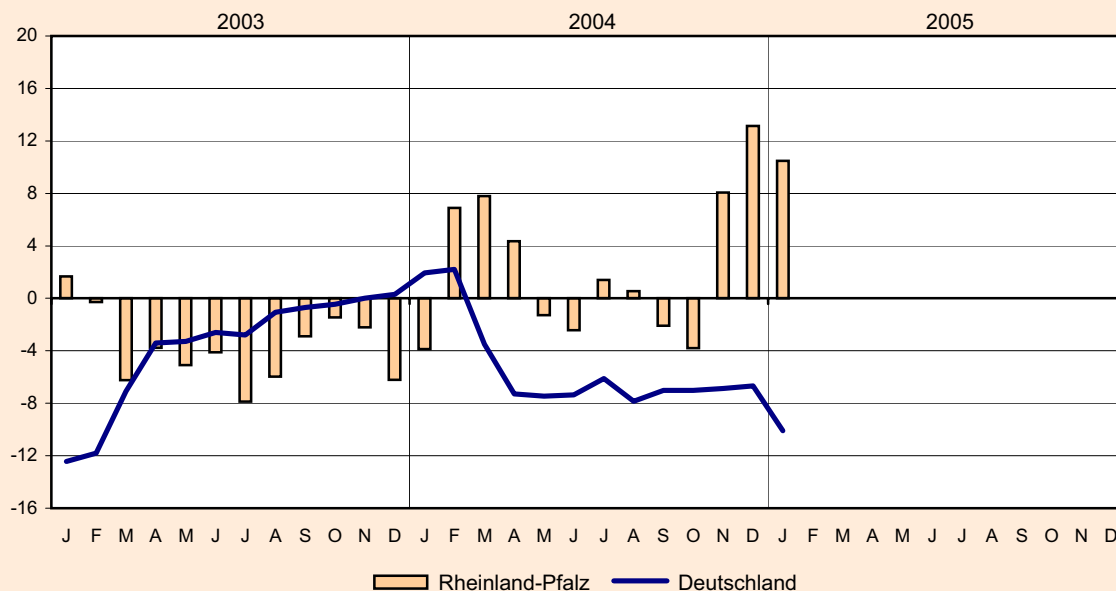
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugenehmigungen Wohnungen in neuerrichteten Wohngebäuden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

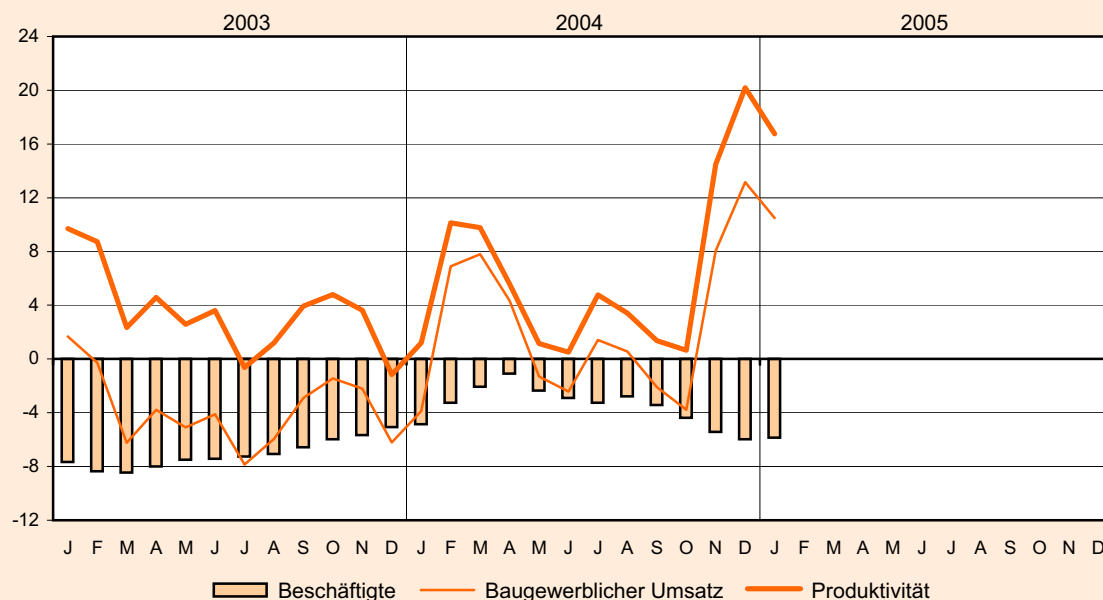
Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugewerblicher Umsatz: Ohne Umsätze aus sonstigen Leistungen.

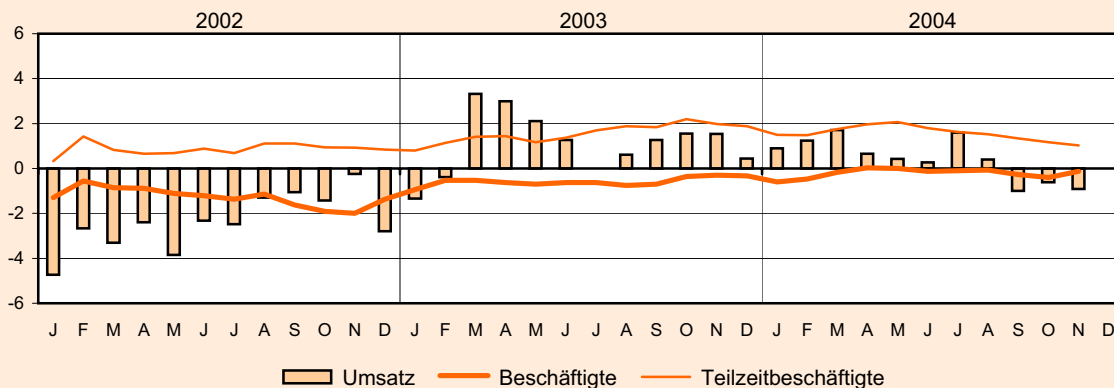
Beschäftigte, baugewerblicher Umsatz und Produktivität im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

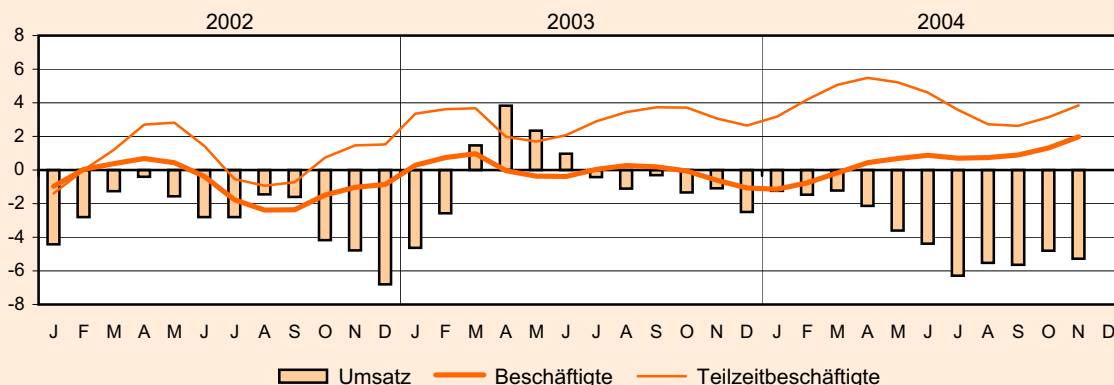
Produktivität: Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Einzelhandel (2000=100) in Rheinland-Pfalz



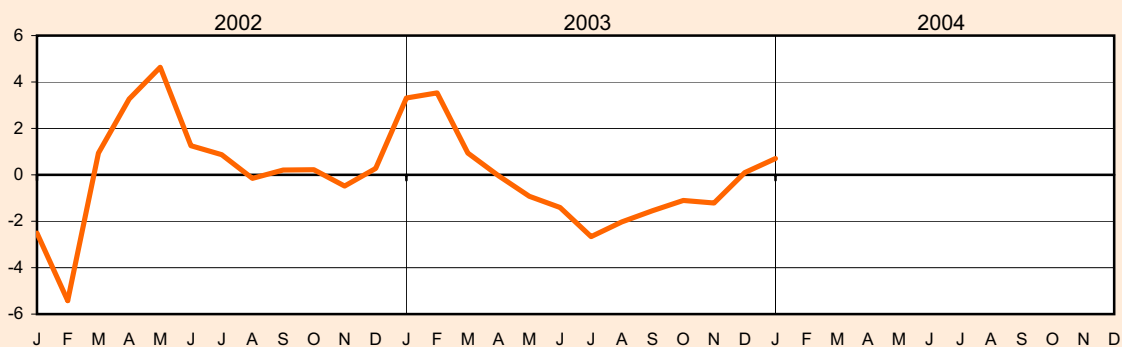
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Gastgewerbe (2000=100) in Rheinland-Pfalz



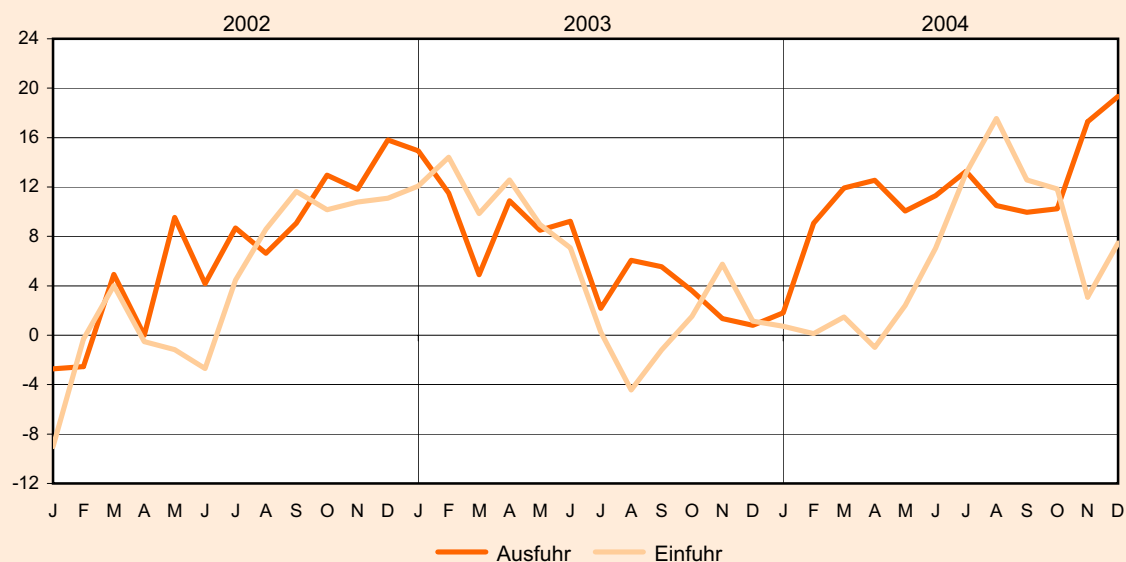
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz



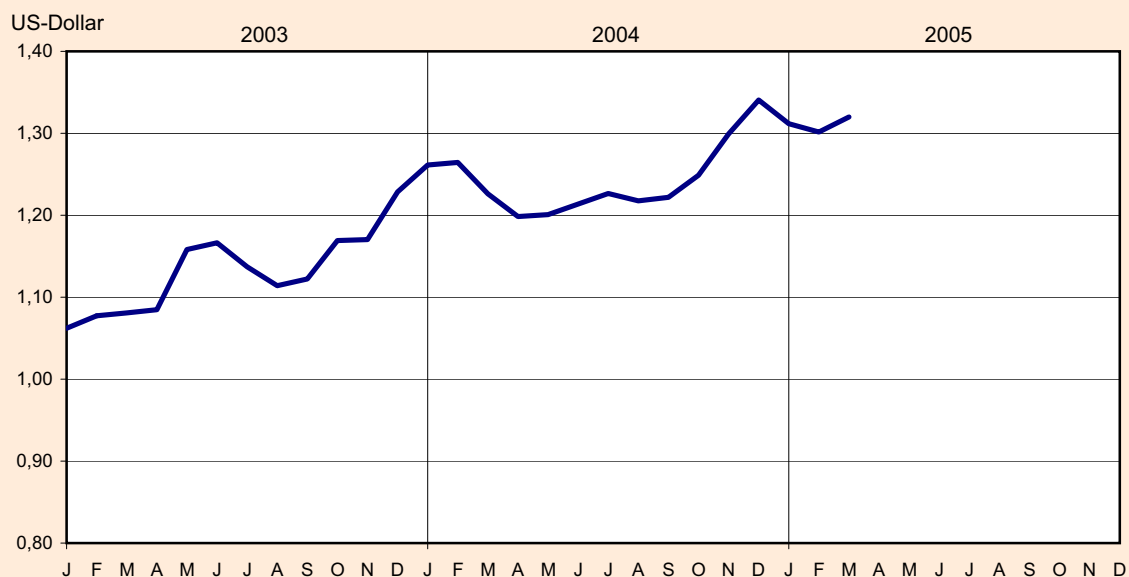
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Außenhandel (nominal) in Rheinland-Pfalz
(Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland)



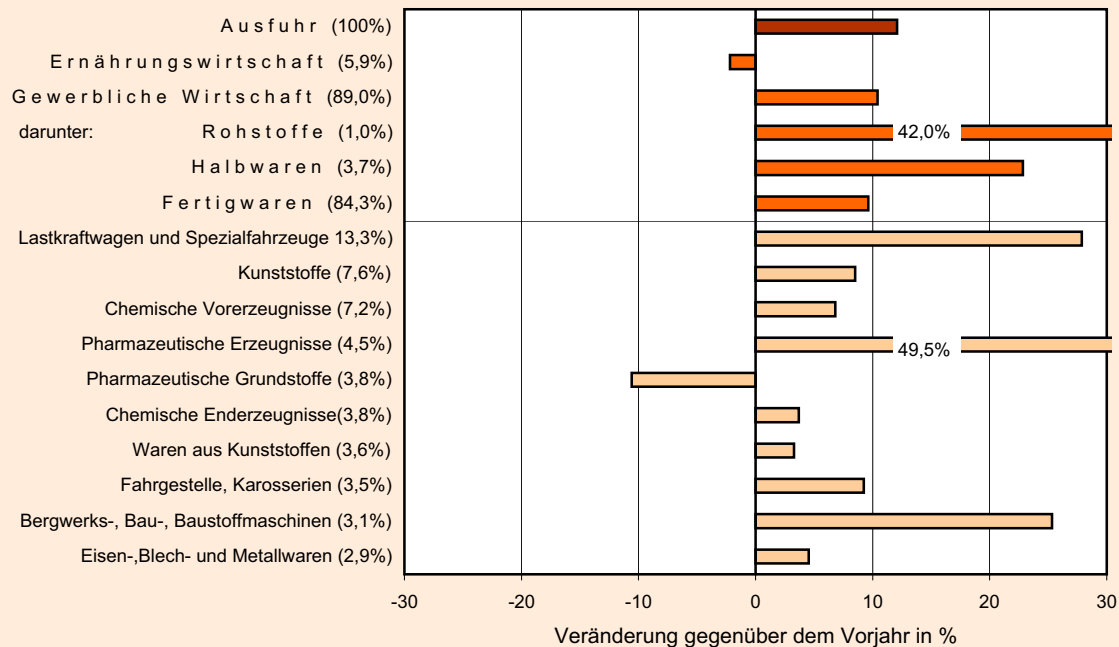
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank
1 EUR = ... US-Dollar
(Monatsdurchschnitt)

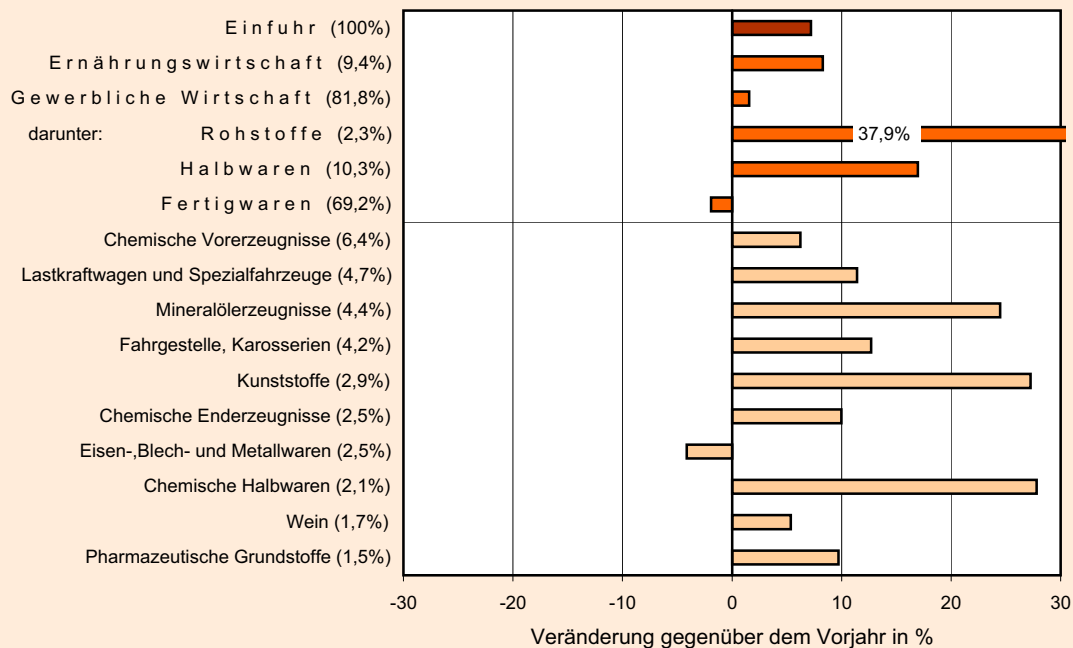


Quelle: Europäische Zentralbank.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(Februar 2004 - Januar 2005)

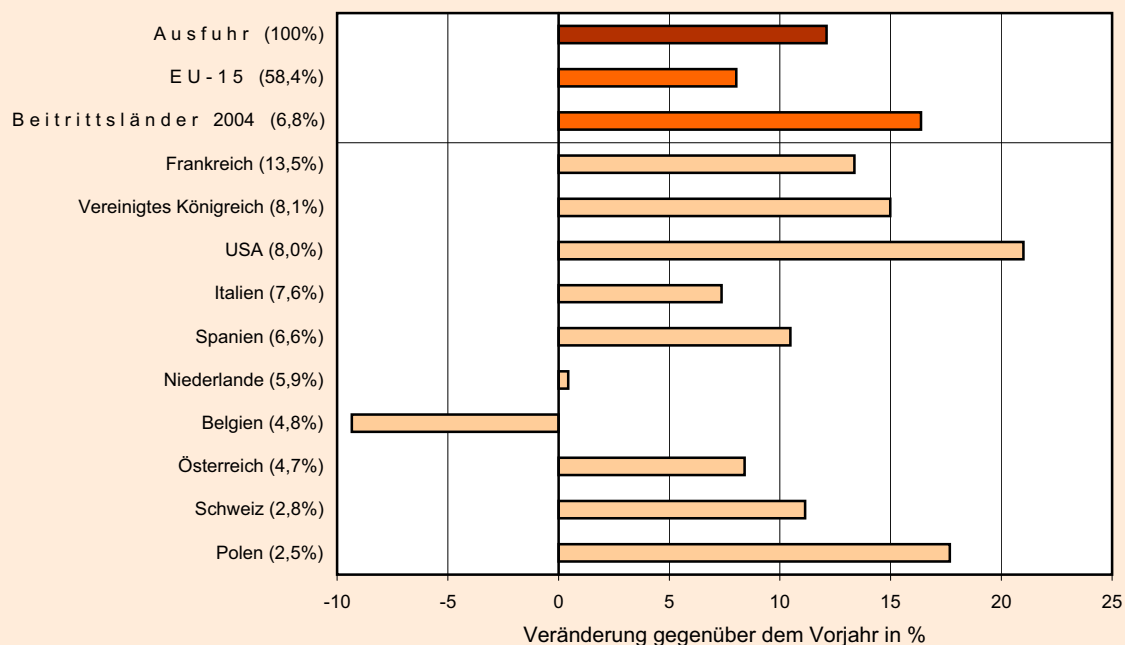


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(Februar 2004 - Januar 2005)

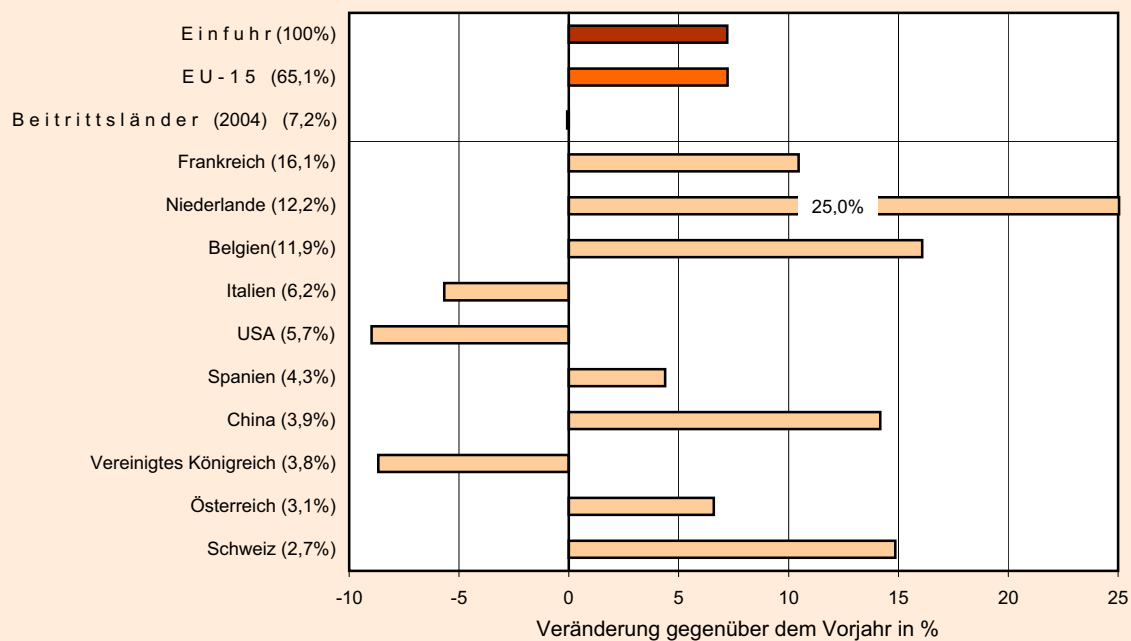


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Warenuntergruppen erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2004.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Bestimmungsländer¹⁾ (Februar 2004 - Januar 2005)

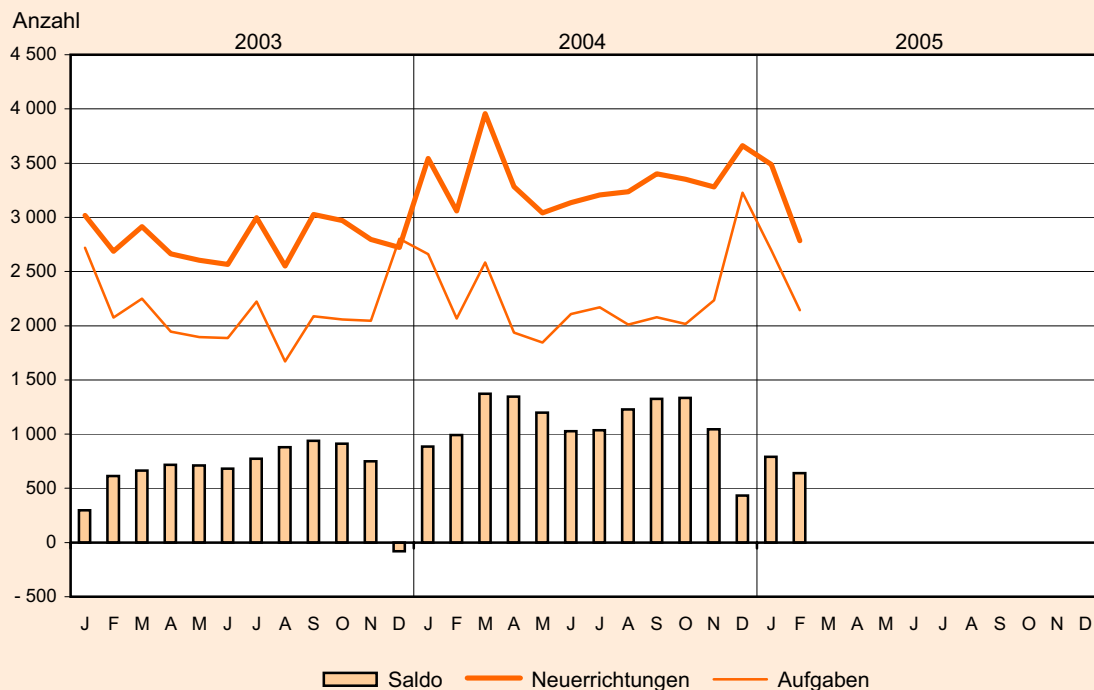


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Herkunftsländer¹⁾ (Februar 2004 - Januar 2005)

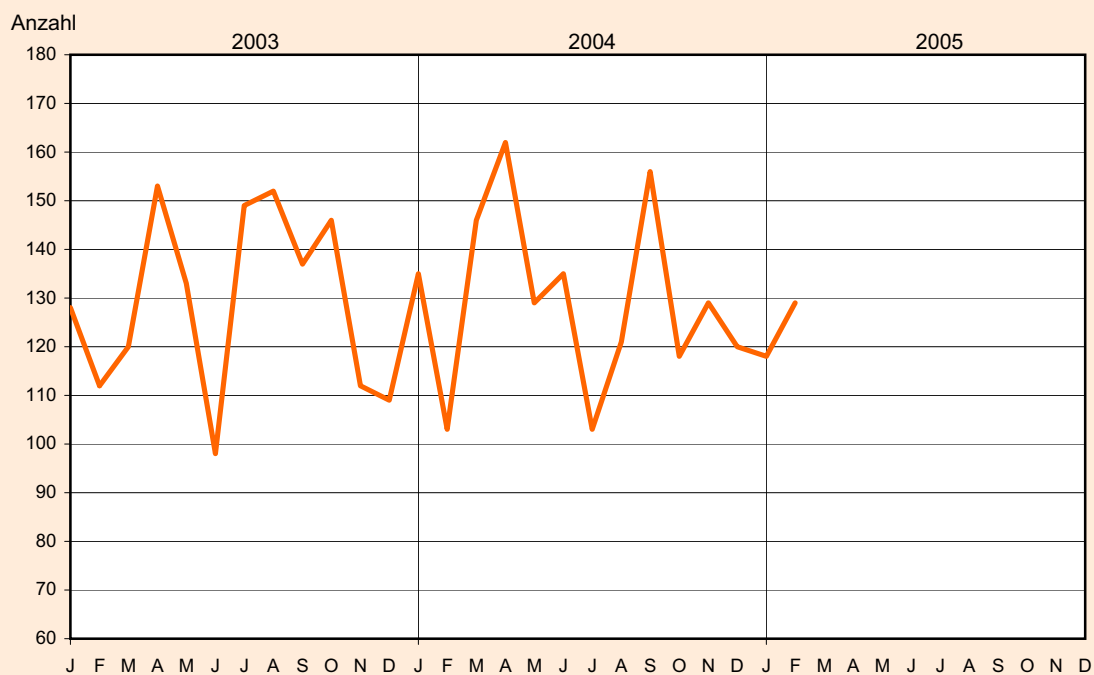


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Länder erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2004.

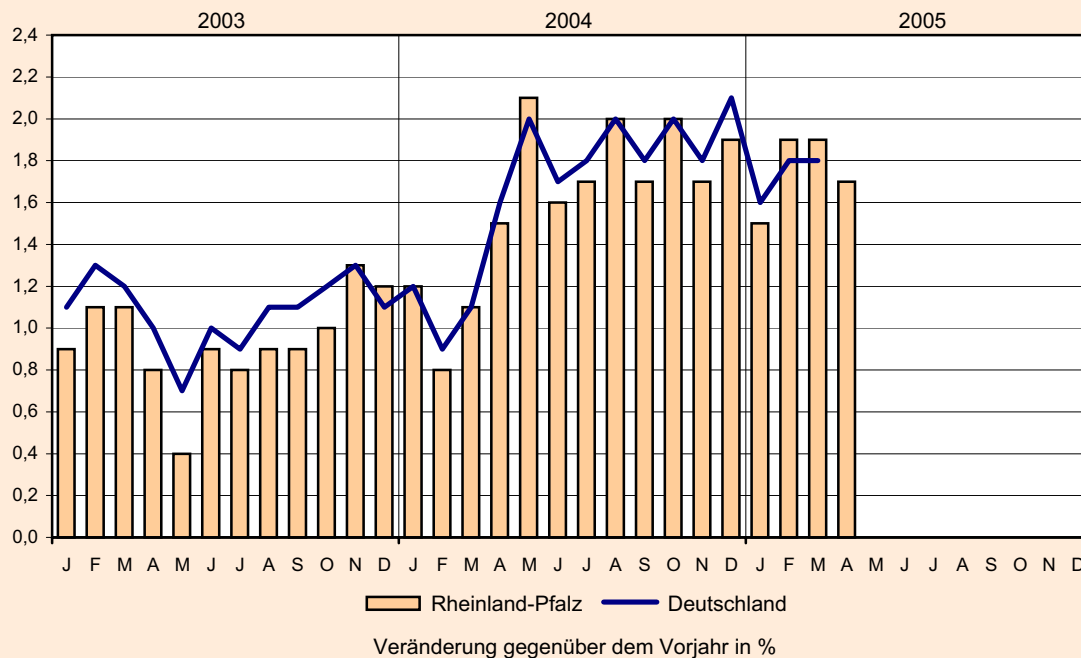
Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz



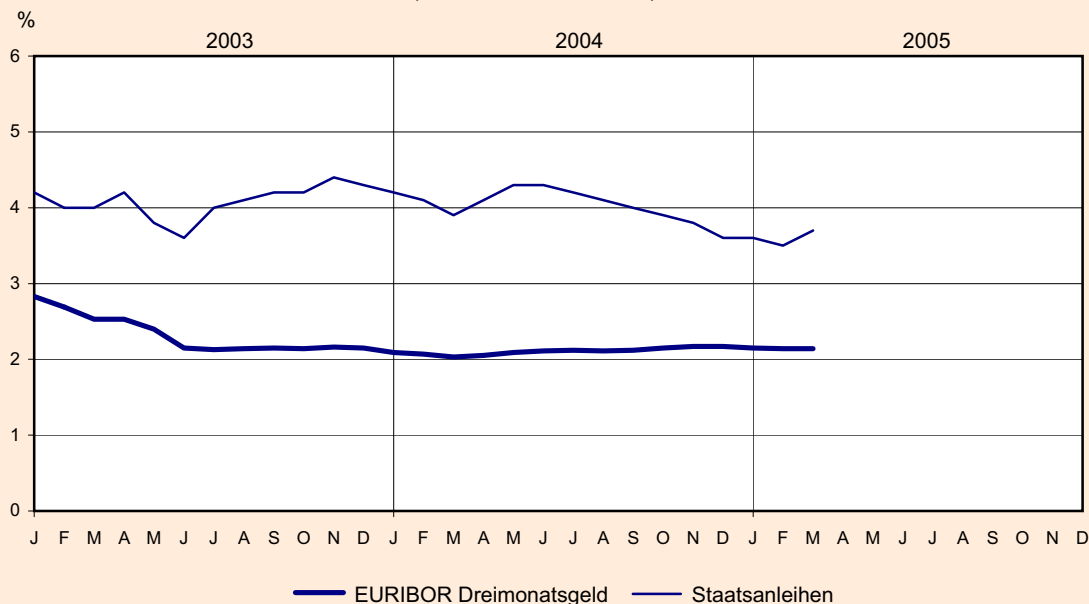
Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

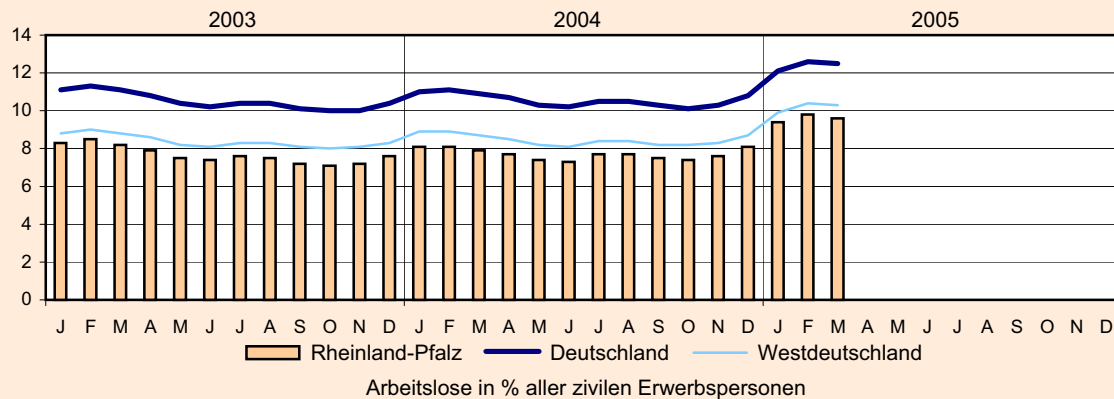


Geldmarktsätze EURIBOR Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit (Monatsdurchschnitt)

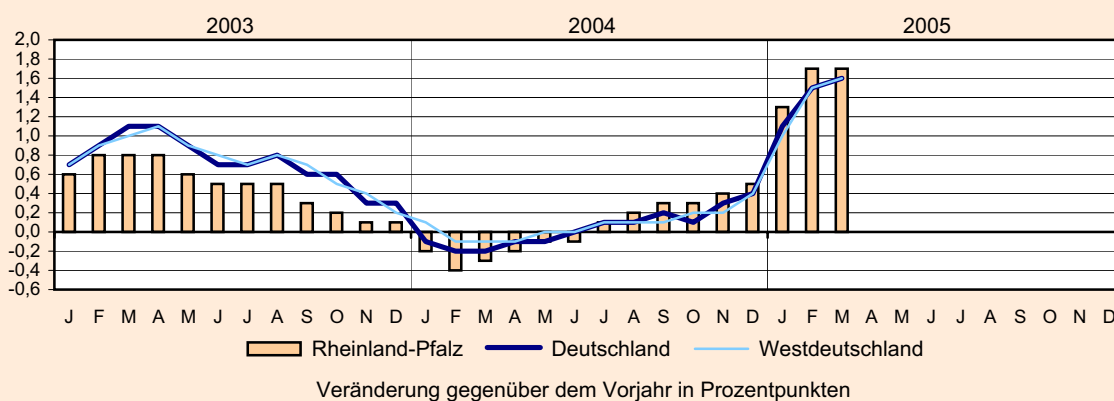


Quelle: Deutsche Bundesbank.

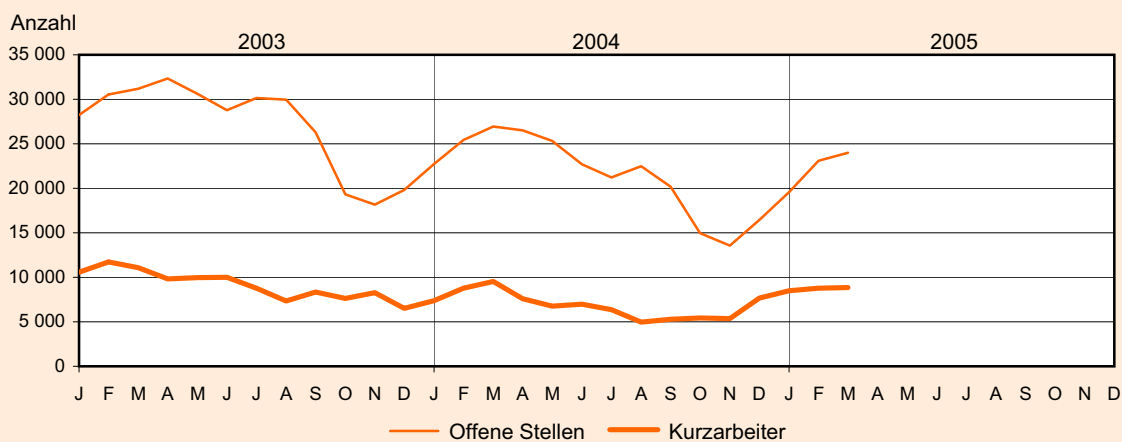
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

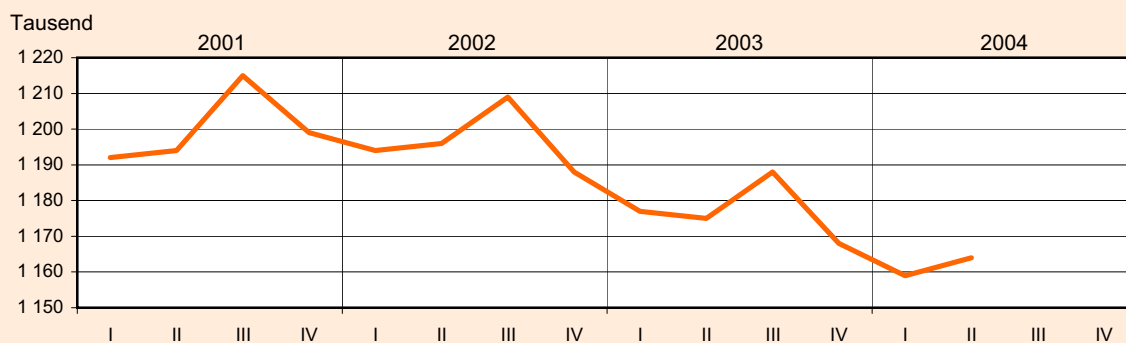


Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

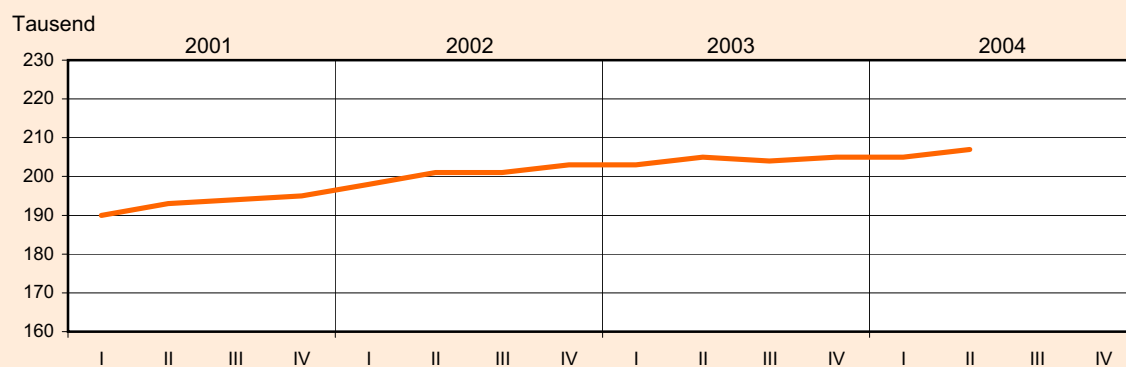


1) Vergleiche mit den Vorjahreszeiträumen sind wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich.

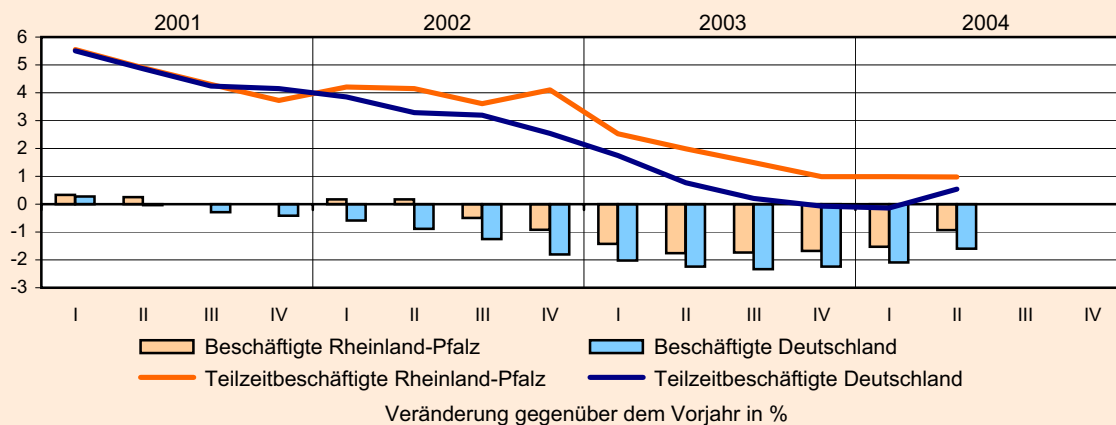
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



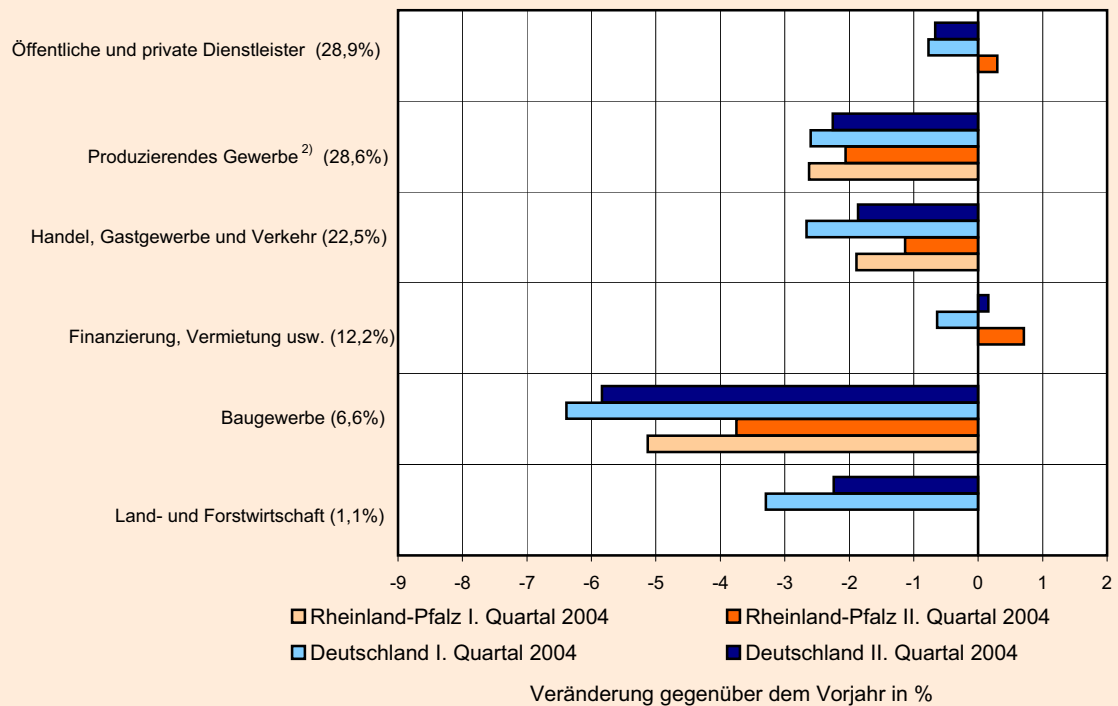
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort (Veränderungsraten)



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾



1) Die Abstufung der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2004. - 2) Ohne Baugewerbe.

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 29. April 2005.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird in einem Wertindex (zu jeweiligen Preisen) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000 = 100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmertätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Bruttoinlandsprodukt

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

Erwerbspersonen

Die EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

EURIBOR

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Euro-Referenzkurs

Die Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenum-

Exportquote

satz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steu-

erfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzubeziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2002	2003				2004			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 058 ¹⁾	4 059 ¹⁾	4 057	4 057	4 059	4 061	4 061	4 061	...
darunter Ausländer ²⁾	1 000	312 ¹⁾	313 ¹⁾	318	318	313	317	318	318	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 733	1 677	1 673	1 119	2 403	1 878	1 713	1 196	...
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 895	2 840	2 791	2 555	2 731	3 066	2 707	2 745	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,6	8,4	8,1	7,7	7,9	9,2	7,8	8,2	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 556	3 661	3 526	3 531	3 732	3 282	3 225	3 533	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,8	10,2	10,6	10,8	9,8	9,4	10,6	...
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	13	14	18	12	16	15	10	10	...
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,6	4,9	5,3	3,8	6,6	4,9	3,7	3,6	...
* Überschuss der Geborenen (+)										
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 661	- 821	- 735	- 976	- 1 001	- 216	- 518	- 788	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,0	- 2,4	- 2,1	- 2,9	- 2,9	- 0,6	- 1,5	- 2,4	...
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 258	8 406	7 847	8 352	10 116	8 692	8 886	8 209	...
* darunter aus dem Ausland ⁸⁾	Anzahl	2 694	2 346	2 107	2 307	2 461	2 371	2 548	2 215	...
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 875	7 505	8 674	6 987	7 736	8 410	7 953	7 532	...
* darunter in das Ausland ⁸⁾	Anzahl	1 724	1 849	1 941	1 963	2 337	2 182	2 102	2 715	...
* Wanderungsgewinn (+)										
bzw. -verlust (-)	Anzahl	1 382	900	- 827	1 365	2 380	282	933	677	...
* Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁹⁾	Anzahl	12 953	12 821	11 379	13 491	19 145	12 885	12 734	13 941	...
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte		2001	2002	2003				2004		
		30.6.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	
* Sozialversicherungspflichtig										
Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 194	1 196	1 188	1 177	1 175	1 188	1 168	1 159	1 164
* Frauen	1 000	525	532	535	531	527	531	527	524	522
* Ausländer/-innen	1 000	78	76	72	72	72	73	69	69	70
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	193	201	203	203	205	204	205	205	207
* darunter Frauen	1 000	169	176	177	178	179	178	179	179	181
davon nach Wirtschaftsbereichen										
* Land- und Forstwirtschaft,										
Fischerei	1 000	13	14	12	12	13	13	11	12	13
* produzierendes Gewerbe										
ohne Baugewerbe	1 000	358	351	347	343	340	342	338	334	333
* Baugewerbe	1 000	88	85	81	78	80	82	77	74	77
* Handel, Gastgewerbe										
und Verkehr	1 000	268	271	268	265	265	268	262	260	262
* Finanzierung, Vermietung und										
Unternehmensdienstleistungen	1 000	138	141	142	141	141	144	141	141	142
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	327	334	338	337	335	338	338	337	336

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2004 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2003	2004					2005		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
* Arbeitslose ²⁾	Anzahl	154 664	155 111	162 967	164 799	159 251	162 676	190 105	197 023	193 821
* Frauen	Anzahl	66 055	66 311	66 620	66 866	65 779	69 229	82 387	86 010	85 378
* Männer	Anzahl	88 609	88 800	96 347	97 933	93 472	93 447	107 718	111 013	108 443
darunter										
Bauberufe	Anzahl	8 181	8 265	10 564	10 732	9 658	9 429	12 017	12 335	12 104
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	44 796	44 605	47 558	49 115	47 240	46 877	54 757	57 434	56 660
* Arbeitslosenquote ²⁽³⁾	%	8,5	8,6	9,0	9,1	8,8	9,0	10,5	10,9	10,7
* Frauen	%	7,8	7,8	7,9	7,9	7,8	8,1	9,7	10,1	10,0
* Männer	%	9,2	9,2	10,0	10,2	9,7	9,7	11,2	11,6	11,3
* Ausländer/-innen	%	17,7	17,7	18,7	18,8	18,5	18,8	22,5	23,8	23,7
* Jüngere unter 25 Jahren	%	8,1	8,3	8,0	8,6	8,2	8,9	11,5	12,7	12,0
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	9 170	6 844	7 384	8 789	9 529	7 672	8 503	8 760	8 840
* Gemeldete Stellen	Anzahl	27 293	21 679	22 749	25 444	26 953	16 447	19 570	23 081	23 999
darunter										
Bauberufe	Anzahl	473	299	264	336	355	134	274	548	833
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	5 473	4 429	3 994	4 199	4 272	3 405	3 461	4 336	4 994
BAUTÄTIGKEIT										
(Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude										
		2002	2003	2004			2005			
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	802	988	1 172	1 940	1 258	598	763	950	618
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	768	949	1 130	1 887	1 213	570	730	923	593
3 und mehr Wohnungen ⁴⁾	Anzahl	35	39	42	53	45	28	33	27	25
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-	Anzahl	3	1	-	2	1	2	2	2	1
tionen ohne Erwerbszweck										
Unternehmen	Anzahl	96	125	180	234	110	80	86	58	66
private Haushalte	Anzahl	703	862	992	1 704	1 147	516	675	890	551
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 084	1 322	1 486	2 362	1 622	970	1 198	1 207	797
* Umbauter Raum	1 000 m³	783	952	1 078	1 778	1 210	592	810	913	599
* Wohnfläche	1 000 m²	141	172	197	316	216	107	143	163	109
Wohnräume	Anzahl	6 159	7 525	8 622	14 094	9 376	4 747	6 128	7 049	4 727
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	176	217	243	400	275	134	185	209	137
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	139	128	91	109	101	93	131	80	99
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-	Anzahl	15	15	12	15	10	14	15	11	18
tionen ohne Erwerbszweck										
Unternehmen	Anzahl	116	106	74	90	81	77	113	69	78
private Haushalte	Anzahl	8	6	5	4	10	2	3	...	3
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	33	16	19	10	6	9	25	8	21
* Umbauter Raum	1 000 m³	778	661	388	370	451	678	811	442	478
* Nutzfläche	1 000 m²	119	98	52	60	67	97	132	64	82
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	82	67	44	40	51	63	80	37	68
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 239	1 491	1 636	2 556	1 773	1 091	1 287	1 329	912
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	7 147	8 660	10 476	15 533	10 486	5 570	6 899	7 802	5 591

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland. – 2) Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeits-suchende. Umstellungsbedingt sind die Ergebnisse nur vorläufig. – 3) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 4) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2002	2003		2004				2005	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 434	10 393	10 747	11 255	9 967	12 430	11 877	10 624	10 096
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 801	2 693	2 932	2 983	2 575	3 709	3 474	2 517	2 589
* Kälber	t	22	18	37	12	13	21	46	12	11
* Schweine	t	7 511	7 595	7 716	8 197	7 266	8 603	8 248	7 966	7 438
* Eiererzeugung ²⁾	1 000	10 321	9 621	9 618	9 084	8 787	9 507	9 844	9 721	11 068
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	62 988	64 148	63 016	64 428	60 411	59 680	63 008	65 212	59 280
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 384	2 260	2 242	2 193	2 184	2 179	2 179	2 127	2 126
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	296 590	288 559	285 558	282 362	281 191	280 511	279 085	277 050	275 494
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	186 727	180 771	177 853	175 915	174 867	174 383	173 519	172 201	170 652
* Geleistete Arbeitsstunden ⁶⁾	1 000 h		36 381	33 635	35 789	34 977	37 221	34 330	35 420	34 419
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	892	889	867	849	825	1 149	860	821	805
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	464	455	449	432	421	584	441	412	405
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	429	434	417	416	405	565	419	409	400
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 183	5 230	5 112	4 737	5 110	5 821	5 647	5 143	5 283
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷⁾	Mill. EUR	2 748	2 779	2 525	2 663	2 757	3 115	2 823	2 726	2 790
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 362	1 366	1 480	1 069	1 342	1 561	1 653	1 373	1 443
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	116	116	115	104	109	134	113	114	113
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	956	968	992	901	902	1 011	1 057	929	937
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 590	1 666	1 596	1 592	1 649	1 862	1 786	1 602	1 682
Fahrzeugbau	Mill. EUR	710	751	803	557	759	916	907	771	821
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 263	2 348	2 292	2 168	2 298	2 712	2 617	2 478	2 544
Exportquote ⁸⁾	%	43,7	44,9	44,8	45,8	45,0	46,6	46,3	48,2	48,2
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	99,5	99,6	92,1	105,1	104,0	107,6	103,0	113,3	112,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	98,5	99,1	85,5	100,9	99,9	105,9	93,7	112,3	107,5
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	99,6	100,5	103,5	111,5	111,4	108,6	121,8	113,8	122,6
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	89,2	89,1	89,7	111,1	96,9	110,5	82,9	106,3	93,7
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	109,4	103,1	90,0	104,0	103,2	114,6	96,0	120,4	117,0
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen ⁹⁾	2000=100	102,6	102,3	89,6	107,6	103,6	112,4	97,9	132,8	122,2
Fahrzeugbau	2000=100	97,8	105,2	104,2	124,1	123,0	112,3	127,3	118,6	136,8
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ³⁾	Anzahl	86	87	87	86	86	85	85	86	86
* Beschäftigte ^{3) 4)}	Anzahl	10 936	10 660	10 519	10 470	10 441	10 321	10 326	10 390	10 279
* Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	1 000 h	1 394	1 363	1 274	1 353	1 290	1 394	1 290	1 335	1 245
* Bruttolohn- und gehaltssumme ³⁾	Mill. EUR	34	34	31	30	36	43	31	30	33
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ¹⁰⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	542	640	784	863	797	713	760	762	652
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	530	624	765	841	778	698	743	747	641

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 6) Bis 2002 geleistete Arbeiterstunden, ab 2003 geleistete Arbeitsstunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Ab Januar 2005 aufgrund erfassungstechnischer Änderungen mit früheren Ergebnissen nur bedingt vergleichbar. – 10) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe	Einheit	2002	2003		2004				2005	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	42 573	39 526	39 100	37 837	36 574	37 245	36 744	35 498	34 635
* Geleistete Arbeitsstunden davon	1 000 h	4 142	3 967	3 221	2 484	2 925	3 853	2 935	2 358	2 055
* Wohnungsbau	1 000 h	1 579	1 568	1 267	1 081	1 226	1 526	1 158	979	863
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	1 083	995	818	690	776	930	752	666	591
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 480	1 404	1 136	713	923	1 397	1 025	713	601
darunter Straßenbau	1 000 h	676	639	508	248	366	643	451	268	230
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	95	90	95	77	72	95	85	70	60
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	71	67	71	55	50	69	63	50	40
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	24	23	23	22	21	25	22	20	20
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	344	332	398	214	208	391	538	198	170
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	107	106	123	65	71	122	217	64	58
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	101	92	102	61	62	96	108	54	47
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	136	133	172	88	75	173	213	80	65
darunter Straßenbau	Mill. EUR	62	56	69	29	24	75	83	34	17
Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sons- tiges Ausbaugewerbe ^{4) 5)}										
		2002	2003			2004				
		Durchschnitt		2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	386	368	370	368	365	331	331	334	331
* Beschäftigte ^{2) 6)}	Anzahl	13 214	12 338	12 333	12 495	12 381	11 569	11 497	11 999	11 767
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 923	3 677	3 643	3 813	3 715	3 446	3 467	3 681	3 636
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	87	80	81	80	86	73	75	78	83
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	61	57	57	58	62	52	54	56	59
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	26	23	23	22	24	21	22	22	24
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	281	270	262	273	348	195	244	281	335
HANDEL										
		2002	2003		2004			2005		
Großhandel ⁷⁾		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Beschäftigte	2000=100	91,0	86,7	84,9	85,0	85,1	83,7	83,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	95,8	92,2	92,7	94,4	95,4	95,6	95,9
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	93,6	94,7	93,4	86,2	84,5	101,1	94,5
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	92,6	92,2	91,2	84,2	82,2	96,2	90,1
Einzelhandel ⁹⁾										
* Beschäftigte	2000=100	101,4	100,3	101,8	100,1	99,4	100,8	102,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	103,8	104,5	107,9	105,6	104,6	107,8	108,9
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	100,3	101,3	121,0	94,9	88,4	103,4	119,7
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	98,8	99,7	119,5	93,6	87,5	101,9	117,7
Kfz-Handel u. Tankstellen ^{9) 10)}										
* Beschäftigte	2000=100	100,6	101,0	101,6	100,8	100,6	105,0	104,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	101,8	103,0	108,2	109,7	109,1	113,3	112,8
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	101,6	103,9	101,7	87,3	91,1	108,2	99,6
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	100,1	101,5	98,6	84,5	88,0	104,8	96,6
GASTGEWERBE ⁹⁾										
* Beschäftigte	2000=100	99,8	99,8	95,8	93,7	95,1	100,0	98,4
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,6	103,5	100,8	99,0	102,3	107,5	104,6
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	100,0	99,4	93,2	82,2	81,0	89,4	88,3
* Umsatz real ⁸⁾	2000=100	94,6	93,2	86,1	77,2	75,7	83,5	80,7

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtszeitjahres. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2002	2003		2004				2005	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Gästeankünfte	1 000	554	561	346	272	326	446	366	310	350
* darunter von Auslandsgästen	1 000	120	123	86	55	79	92	85	65	84
* Gästeübernachtungen	1 000	1 654	1 657	998	779	915	1 128	974	850	953
* darunter von Auslandsgästen	1 000	367	375	245	134	220	221	213	162	232
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle		2002	2003		2004				2005	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 401	2 357	2 248	2 203	2 021	2 364	2 223	2 218	2 015
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 548	1 540	1 401	1 319	1 086	1 480	1 378	1 265	1 177
* Getötete Personen	Anzahl	30	30	21	28	23	24	19	17	27
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	18	17	15	24	14	17	12	7	19
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	2	-	1	4	3	1	-
Radfahrer	Anzahl	2	2	1	1	-	1	1	-	2
Fußgänger	Anzahl	4	3	1	3	7	1	2	8	5
* Verletzte Personen	Anzahl	2 043	2 042	1 831	1 768	1 385	1 967	1 780	1 666	1 548
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	406	409	337	346	256	380	289	305	255
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	202	203	204	230	155	206	176	208	170
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	90	95	37	31	21	84	42	22	24
Radfahrer	Anzahl	49	51	29	17	15	36	28	16	15
Fußgänger	Anzahl	44	40	46	54	51	34	27	47	34
Kraftfahrzeuge										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 836	13 931	10 957	10 093	10 551	12 936	12 899	12 846	10 203
darunter										
Kraftträder	Anzahl	889	898	190	169	233	332	203	231	299
* Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	13 776	11 897	9 848	8 944	9 307	11 417	11 581	11 561	8 812
* Lastkraftwagen	Anzahl	803	741	728	735	669	829	832	751	738
Zugmaschinen	Anzahl	197	196	118	155	205	232	181	163	256
Personenbeförderung		2002	2003		2004				2005	
		Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	71 535	70 036	62 460	72 451
Personenkilometer ⁴⁾	Mill.	623	654	517	776
Binnenschifffahrt		2002	2003		2004				2005	
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Gütereingang	1 000 t	1 239	1 125	1 053	1 009	1 095	1 212	1 352	1 200	1 274
* Güterversand	1 000 t	785	756	777	669	696	848	884	754	774
AUSSENHANDEL ⁵⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 213	2 383	2 497	2 156	2 366	2 676	2 763	2 733	2 756
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	152	162	167	133	134	141	165	138	141
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 061	2 157	2 249	1 939	2 117	2 388	2 446	2 471	2 480
* Rohstoffe	Mill. EUR	18	19	17	18	15	35	15	25	21
* Halbwaren	Mill. EUR	78	83	83	68	81	108	110	102	110
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 965	2 055	2 149	1 854	2 021	2 245	2 320	2 344	2 349
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	609	669	683	537	700	663	722	751	655
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 356	1 387	1 466	1 317	1 321	1 583	1 599	1 593	1 694

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. – 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 5) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2002	2003			2004				2005
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 645	1 780	1 871	1 603	1 754	2 026	2 111	1 788	1 961
* darunter in EU-Länder ²⁾	Mill. EUR	1 331	1 590	1 688	1 416	1 581	1 816	1 894	1 540	1 758
Belgien	Mill. EUR	146	142	145	122	125	129	142	133	133
Luxemburg	Mill. EUR	29	31	37	33	24	44	42	40	29
Dänemark	Mill. EUR	32	33	34	26	36	35	43	27	46
Finnland	Mill. EUR	17	20	20	16	17	21	24	18	24
Frankreich	Mill. EUR	296	317	326	297	329	348	372	315	402
Griechenland	Mill. EUR	23	23	21	15	26	24	31	28	40
Großbritannien	Mill. EUR	177	190	207	154	185	224	239	195	216
Irland	Mill. EUR	9	11	10	10	11	13	11	8	13
Italien	Mill. EUR	182	186	197	156	190	223	217	165	187
Niederlande	Mill. EUR	134	154	165	137	145	164	154	149	150
Österreich	Mill. EUR	98	114	132	115	110	137	140	115	110
Schweden	Mill. EUR	37	44	58	47	46	57	73	48	46
Spanien	Mill. EUR	130	153	164	130	156	185	199	136	175
Portugal	Mill. EUR	19	19	22	14	24	18	17	12	19
* Afrika	Mill. EUR	47	50	36	53	41	66	44	76	67
* Amerika	Mill. EUR	241	260	278	214	257	268	271	482	358
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	180	201	228	164	184	198	215	411	281
* Asien	Mill. EUR	260	271	289	257	282	291	312	360	328
darunter nach Japan	Mill. EUR	44	50	58	37	66	48	54	60	63
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	18	22	23	27	30	24	26	27	41
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 473	1 558	1 696	1 547	1 456	1 695	1 859	1 531	1 618
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	147	157	169	172	168	178	183	158	161
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 326	1 328	1 444	1 298	1 161	1 354	1 496	1 224	1 314
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	41	37	75	17	17	56	51	70	56
* Halbwaren	Mill. EUR	176	165	149	139	153	202	237	151	195
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 109	1 126	1 220	1 141	991	1 097	1 208	1 003	1 062
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	275	275	295	240	235	313	321	297	304
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	834	851	926	902	756	784	886	707	758
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 164	1 244	1 391	1 197	1 104	1 357	1 492	1 227	1 275
* darunter aus EU-Ländern ²⁾	Mill. EUR	941	1 133	1 247	1 105	1 010	1 215	1 352	1 102	1 135
Belgien	Mill. EUR	147	163	164	136	156	225	225	205	185
Luxemburg	Mill. EUR	27	26	29	21	29	31	31	20	27
Dänemark	Mill. EUR	33	31	17	57	20	30	38	32	30
Finnland	Mill. EUR	7	8	10	22	4	6	7	6	8
Frankreich	Mill. EUR	217	240	257	250	225	275	283	250	238
Griechenland	Mill. EUR	3	4	5	3	3	4	4	6	3
Großbritannien	Mill. EUR	68	70	93	55	57	59	60	59	65
Irland	Mill. EUR	12	20	29	25	45	8	6	9	20
Italien	Mill. EUR	104	111	137	96	89	100	116	100	99
Niederlande	Mill. EUR	168	174	183	171	155	186	270	148	204
Österreich	Mill. EUR	46	50	61	48	34	55	56	56	53
Schweden	Mill. EUR	31	37	37	36	19	35	39	33	25
Spanien	Mill. EUR	59	69	88	61	61	71	68	60	69
Portugal	Mill. EUR	18	14	12	11	7	7	11	8	8
* Afrika	Mill. EUR	29	24	19	20	29	30	27	29	30
* Amerika	Mill. EUR	126	138	127	174	180	134	146	124	145
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	106	111	111	149	154	105	116	98	114
* Asien	Mill. EUR	148	147	157	152	140	170	191	147	165
darunter aus Japan	Mill. EUR	31	31	30	28	20	28	30	20	26
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	4	2	4	3	4	2	4	3
GEWERBEANZEIGEN ³⁾		2002	2003		2004				2005	
		Durchschnitt		Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
* Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	3 065	3 278	3 284	4 226	3 570	3 803	4 274	4 247	3 281
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 630	2 658	3 453	3 360	2 594	2 759	3 919	3 479	2 703

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. –

2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN	Einheit	2002	2003		2004				2005	
		Durchschnitt	Dez.	Jan.	Febr.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	
* Insgesamt	Anzahl	344	399	358	395	417	550	464	455	476
davon										
* Unternehmen	Anzahl	125	129	109	135	103	129	120	118	129
* Verbraucher	Anzahl	106	155	135	160	185	273	202	206	214
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	74	100	102	81	114	137	126	115	121
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾										
Nachlässe	Anzahl	39	16	12	19	15	11	16	16	12
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	133	121	89	70	128	112	147	80	105
HANDWERK ²⁾										
		2002	2003				2004			
		Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	
* Beschäftigte ³⁾	2003=100 ⁴⁾	.	98,1	98,0	100,0	96,6	93,1	92,7	95,4	93,0
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 ⁵⁾	.	100,0	101,3	103,4	109,2	85,4	98,2	98,4	104,9
PREISE										
		2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April	
* Verbraucherpreisindex	2000=100	104,3	106,0	105,2	105,6	105,8	106,7	107,2	107,6	107,6
VERDIENSTE ⁶⁾										
		2002	2003		2004				2005	
		Durchschnitt	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	
* Bruttonomatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 465	2 531	2 559	2 540	2 504	2 599	2 578	2 575	2 502
* Männer	EUR	2 537	2 602	2 632	2 611	2 574	2 675	2 651	2 645	2 566
* Frauen	EUR	1 853	1 909	1 916	1 925	1 910	1 930	1 933	1 950	1 936
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	15,00	15,38	15,48	15,37	15,48	15,67	15,53	15,53	15,59
* Männer	EUR	15,41	15,79	15,89	15,76	15,91	16,09	15,92	15,91	15,99
darunter										
Facharbeiter	EUR	16,51	16,96	17,10	16,87	16,99	17,20	16,99	17,02	17,05
angelernte Arbeiter	EUR	14,73	15,12	15,19	15,19	15,36	15,60	15,45	15,40	15,44
Hilfsarbeiter	EUR	12,48	12,60	12,62	12,64	12,68	12,66	12,69	12,64	12,66
* Frauen	EUR	11,48	11,78	11,85	11,84	11,82	11,90	11,96	12,03	12,01
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,66	10,97	11,03	11,05	11,02	11,04	11,11	11,15	11,11
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	37,8	37,9	38,0	38,0	37,2	38,2	38,2	38,2	36,9
Arbeiter	h	37,9	37,9	38,1	38,1	37,2	38,3	38,3	38,3	36,9
Arbeiterinnen	h	37,2	37,3	37,2	37,4	37,2	37,3	37,2	37,3	37,1
* Bruttonomatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 572	3 686	3 689	3 736	3 766	3 785	3 779	3 769	3 788
* Männer	EUR	3 849	3 957	3 960	4 009	4 053	4 069	4 059	4 048	4 058
* Frauen	EUR	2 776	2 888	2 899	2 930	2 927	2 946	2 963	2 966	2 990
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 284	3 394	3 395	3 431	3 442	3 475	3 486	3 479	3 508
Männer	EUR	3 779	3 882	3 874	3 915	3 945	3 981	3 991	3 974	3 998
Frauen	EUR	2 712	2 821	2 832	2 858	2 848	2 872	2 885	2 891	2 915
* technische Angestellte	EUR	3 798	3 909	3 917	3 970	4 020	4 028	4 012	4 002	4 009
Männer	EUR	3 882	3 991	3 999	4 052	4 104	4 110	4 091	4 083	4 087
Frauen	EUR	3 014	3 136	3 144	3 194	3 225	3 233	3 259	3 250	3 275
* Bruttonomatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Verbrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 687	2 780	2 760	2 850	2 871	2 857	2 871	2 900	2 911
* Männer	EUR	2 982	3 068	3 047	3 142	3 164	3 139	3 162	3 197	3 199
* Frauen	EUR	2 303	2 393	2 367	2 461	2 476	2 474	2 475	2 500	2 517
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 700	2 791	2 766	2 867	2 893	2 883	2 895	2 925	2 935
Männer	EUR	3 060	3 133	3 105	3 215	3 246	3 223	3 242	3 278	3 283
Frauen	EUR	2 308	2 401	2 375	2 470	2 486	2 487	2 486	2 512	2 524
* Bruttonomatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Verbrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 140	3 246	3 247	3 294	3 323	3 324	3 327	3 336	3 355

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2002	2003				2004			
		Durchschnitt	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	112 680	112 290	112 720	108 375	112 393	112 230	112 953	113 075	114 728
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 677	13 598	13 155	12 693	12 574	12 674	12 524	12 154	12 506
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 931	10 550	10 407	10 490	10 702	10 424	9 987	9 817	9 525
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	88 072	88 142	89 158	85 192	89 117	89 132	90 442	91 104	92 697
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	106 124	106 069	106 612	102 136	106 242	106 093	106 903	107 220	109 173
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	93 391	92 487	93 847	89 272	92 997	93 207	93 794	94 260	94 486
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	12 734	13 582	12 765	12 864	13 245	12 886	13 109	12 960	14 687
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	6 556	6 221	6 108	6 239	6 151	6 137	6 050	5 855	5 555
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	80 199	84 173	83 542	83 980	86 842	86 538	87 046	87 280	89 470
Sichteinlagen	Mill. EUR	20 241	22 733	22 590	22 381	24 439	23 574	24 394	24 049	24 721
Termineinlagen	Mill. EUR	24 329	25 982	25 576	26 445	26 769	27 559	27 485	28 049	28 883
Sparbriefe	Mill. EUR	5 581	5 215	5 226	5 132	5 130	5 044	5 061	5 182	5 349
Spareinlagen	Mill. EUR	30 049	30 243	30 150	30 022	30 504	30 361	30 106	30 000	30 517
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	77 570	81 610	80 754	81 484	84 429	83 882	84 093	84 568	86 930
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	75 384	79 251	78 360	79 023	81 863	82 012	82 095	82 700	84 934
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	2 186	2 360	2 394	2 461	2 566	1 870	1 998	1 868	1 996
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 629	2 563	2 788	2 496	2 413	2 656	2 953	2 712	2 540
STEUERN		2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 084	2 091	1 977	2 215	1 560	2 760	1 904	2 263	1 564
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	733	691	666	795	273	1 230	597	832	332
Lohnsteuer	Mill. EUR	636	573	561	846	412	792	474	809	409
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	121	115	-	394	-	-	-	364	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	5	7	- 79	- 83	- 267	332	3	- 38	- 209
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	36	51	125	13	10	5	41	13	12
Zinsabschlag	Mill. EUR	23	20	84	26	7	13	84	32	10
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	5	9	-	16	-	-	-	24	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	33	41	- 25	- 6	112	89	- 5	17	110
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	- 10	2	-	- 1	-	-	-	13	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 351	1 400	1 312	1 420	1 287	1 529	1 307	1 431	1 232
Umsatzsteuer	Mill. EUR	354	365	360	433	258	388	359	463	274
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	997	1 035	952	987	1 029	1 141	948	968	958
Zölle	Mill. EUR	96	123	85	108	100	244	104	117	117
Bundessteuern	Mill. EUR	108	86	33	60	115	132	36	57	105
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	66	44	- 7	19	68	62	- 0	12	55
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	33	32	34	20	38	63	29	22	41

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEUERN	Einheit	2003	2004					2005		
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Landessteuern Vermögensteuer Erbschaftsteuer Grunderwerbsteuer Kraftfahrzeugsteuer Rennwett- und Lotteriesteuer Feuerschutzsteuer Biersteuer	Mill. EUR	77	99	281	73	107	82	73	84	94
	Mill. EUR	1	0	1	1	0	0	0	0	- 0
	Mill. EUR	10	30	215	8	19	10	7	11	18
	Mill. EUR	15	16	14	16	24	15	16	19	14
	Mill. EUR	33	35	38	31	41	29	37	35	42
	Mill. EUR	13	14	9	15	16	21	9	16	14
	Mill. EUR	1	1	0	0	3	4	0	0	4
	Mill. EUR	3	3	3	3	3	3	3	3	2
		2002	2003				2004			
		Durchschnitt	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	
Gemeindesteuern Grundsteuer A Grundsteuer B Gewerbesteuer (brutto) sonstige Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. EUR	366	350	382	376	341	355	447	367	445
	Mill. EUR	4	5	5	6	3	4	5	5	4
	Mill. EUR	95	97	103	108	88	91	107	107	90
	Mill. EUR	248	240	261	254	243	251	323	245	346
	Mill. EUR	18	10	12	8	6	8	13	9	6
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Ge- meinden u. Gemeindeverb. Gewerbesteuer (netto) ²⁾ Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	574	546	551	558	663	468	609	546	777
	Mill. EUR	185	160	202	169	113	227	262	173	257
	Mill. EUR	242	247	200	239	405	127	191	222	379
	Mill. EUR	29	29	28	28	47	11	31	29	41
		2003	2004				2005			
		Durchschnitt	Jan.	Febr.	März	Dez.	Jan.	Febr.	März	
Steuereinnahmen des Landes Landessteuern Anteil an den Steuern vom Einkommen Lohnsteuer veranlagte Einkommensteuer Kapitalertragsteuer Zinsabschlag Körperschaftsteuer Anteil an den Steuern vom Umsatz Umsatzsteuer Einfuhrumsatzsteuer Anteil an der Gewerbe- steuerumlage Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE) Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA) Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	577	598	803	618	354	776	549	631	347
	Mill. EUR	77	99	281	73	107	82	73	84	94
	Mill. EUR	263	261	290	287	73	427	256	303	97
	Mill. EUR	220	205	238	309	125	235	202	293	124
	Mill. EUR	2	3	- 34	- 35	- 114	141	1	- 16	- 89
	Mill. EUR	14	22	61	5	2	1	18	3	2
	Mill. EUR	10	11	37	12	3	6	37	14	4
	Mill. EUR	17	19	- 13	- 3	56	44	- 2	8	55
	Mill. EUR	220	224	239	248	174	228	218	227	156
	Mill. EUR	155	160	164	199	106	155	148	191	106
	Mill. EUR	65	64	75	50	68	72	70	36	50
	Mill. EUR	8	5	- 3	4	0	13	1	5	- 0
	Mill. EUR	2	2	- 1	1	0	4	0	2	- 0
	Mill. EUR	7	7	- 2	3	0	18	1	8	- 0
	Mill. EUR	1	1	- 1	1	0	4	0	2	- 0
	Steuereinnahmen des Bundes Bundessteuern Anteil an den Steuern vom Einkommen Anteil an den Steuern vom Umsatz Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	1 116	1 071	945	1 075	858	1 403	977	1 163
Mill. EUR		108	86	33	60	115	132	36	57	105
Mill. EUR		317	314	291	338	125	530	257	356	150
Mill. EUR		683	667	624	672	619	728	683	745	646
Mill. EUR		8	5	- 3	4	0	13	1	5	- 0

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

April

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im 3. Vierteljahr 2004 (vorläufige Ergebnisse)
Bestellnr.: A1013 200443

Abgekürzte Sterbetafel 2001/2003
Bestellnr.: A2033 200301

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Rheinland-Pfalz am 30. Juni 2004 (vorläufige Ergebnisse)
Bestellnr.: A6013 200442

Bildung, Rechtspflege, Wahlen

Allgemein bildende Schulen im Schuljahr 2004/2005 – Teil I: Schulen, Klassen, Schülerinnen und Schüler, Schulabgängerinnen und Schulabgänger
Bestellnr.: B1013 200400

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Bestockte Rebflächen 2004
Bestellnr.: C1073 200400

Weinerzeugung 2004
Bestellnr.: C4043 200400

Agrarstrukturhebung 2003 – Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe
Bestellnr.: C4093 200302

Agrarstrukturhebung 2003 – Rechtsform, Bodennutzung und Viehhaltung der landwirtschaftlichen Betriebe
Bestellnr.: C4093 200303

Milcherzeugung und -verwendung, Schlachtungen, Legehennenhaltung und Eierzeugung 2004
Bestellnr.: C3053 200444

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Januar 2005
Bestellnr.: D1023 200501

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2004
Bestellnr.: E1013 200400

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im Februar 2005
Bestellnr.: E1033 200502

Bauhauptgewerbe 2004 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau –
Bestellnr.: E2013 200400

Bauhauptgewerbe im Februar 2005 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
Bestellnr.: E2023 200502

Stromabsatz und Erlöse 2003
Bestellnr.: E4053 200300

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung im Februar 2005
Bestellnr.: E4023 200502

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Februar 2005
Bestellnr.: F2033 200502

Bauüberhang am 31. Dezember 2004
Bestellnr.: F2063 200400

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen am 31. Dezember 2004
Bestellnr.: F2073 200400

Baufertigstellungen im Jahr 2004
Bestellnr.: F2053 200400

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Großhandel 2004
Bestellnr.: G1033 200400

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel und im Gastgewerbe 2004
Bestellnr.: G1013 200400

Aus- und Einfuhr 2003
Bestellnr.: G3013 200300

Neuerscheinungen

Gäste und Übernachtungen im
Fremdenverkehr 2004
Bestellnr.: G4013 200400

Gäste und Übernachtungen im
Fremdenverkehr im Januar 2005
Bestellnr.: G4023 200501

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Januar
2005
Bestellnr.: H1023 200501

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-
Pfalz und Deutschland im März 2005
Bestellnr.: M1013 200503

Preisindizes für Bauwerke in
Deutschland im Februar 2005
Bestellnr.: M1043 200541

Löhne und Gehälter, Arbeits- kosten

Verdienste und Arbeitszeiten im
produzierenden Gewerbe, Handel,
Kredit- und Versicherungsgewerbe
im Januar 2005
Bestellnr.: N1013 200541

Querschnittsthemen

Daten zur Konjunktur im Februar
2005
Bestellnr.: Z1013 200502

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Gemeinschaftsveröffentlichun- gen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Museumsbericht 2004
Bestellnr.: B5015 200401

Anlagevermögen in den Ländern
und Ost-West-Großraumregio-
nen Deutschlands 1991 bis 2003
– Reihe 1 Länderergebnisse, Band
4 (E-Mail-Versand)
Bestellnr.: P1055 200301

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der
Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322,
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de sind die Neuerscheinungen
der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller
Veröffentlichungen abrufbar.

Museumsbericht 2004

Der Museumsbericht 2004 ist der erste Ergänzungsband zum Kulturfir-
manzbericht 2003, der – ebenfalls als Gemeinschaftsveröffentlichung der
Statistischen Ämter des Bundes und der Länder – regelmäßig Finanzda-
ten aus allen Kulturbereichen bereitstellt. In Ergänzungsbänden werden
wichtige Bereiche der deutschen Kulturlandschaft näher beleuchtet. Der
vorliegende Bericht zeigt die Entwicklung der Museen seit 1990 auf und
enthält umfassende statistische Angaben zu Anzahl, Art, Besuchen und
weiteren Aspekten der deutschen Museumslandschaft. Neben Bundes-
und Landesergebnissen werden auch Angaben zu Museen und Muse-
umsbesuchen in ausgewählten Städten dargestellt.

Der Museumsbericht 2004 wurde in Zusammenarbeit mit den Statisti-
schen Ämtern des Bundes und der Länder vom Institut für Museumskun-
de der Staatlichen Museen zu Berlin-Preußischer Kulturbesitz auf Basis
der Ergebnisse der Museumsstatistik erstellt.



Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Dr. Birgit Hübbers

Layout, Satz und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Achim Steinhäuser
und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Bezugspreis: Einzelheft 2,10 EUR

Jahresabonnement 22,- EUR zuzüglich Versand

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Bad Ems · 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.